



Starke Kinder – Starke Familie
Wohlbefinden von Kindern in
Städten und Gemeinden

Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch **Stiftung**

Starke Kinder – Starke Familie
Wohlbefinden von Kindern in
Städten und Gemeinden

Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung

	Vorwort	06
	Zusammenfassung	08
1	Einleitung	12
2	Opening – Fallbeschreibung	18
<hr/>		
	Wohlbefinden von Kindern	
	Studie von Roland Berger Strategy Consultants –	
	Recherche von guter Praxis in Deutschland	21
A	Internationale Anwendung des Konzepts	25
B	Wohlbefinden von Kindern in Deutschland	27
C	Wohlbefinden von Kindern in lokalen Lebensräumen –	
	Recherche zur aktuellen Praxis in Deutschland	29
D	Der Weg nach vorn	43
E	Praxisbeispiele – Kurzprofile der Initiativen	50
<hr/>		
3	Wohlbefinden von Kindern und kleine Lebenskreise	
3.1	Ökonomischer, demographischer und regionaler Wandel	61
3.2	Wissenschaftliche und politische Reaktionen auf diesen Wandel	65
3.3	Glauben Sie an Magie?	67
3.4	Von der Magie zur Evidenz: Das Interaktionsmodell	70
3.5	Von der Magie zur Evidenz: Das kindliche Wohlbefinden	74

4	Familie – Gesellschaft – Staat: Neue Kooperationen für starke Kinder	78
4.1	Die Beispiele aus der Praxis: Was fällt auf?	80
4.2	Subsidiaritätsprinzip und Sozialstaat	81
4.3	Besondere Qualitäten der Arbeit der Initiativen und die Chancen neuer Kooperationsformen	84
4.4	Politische Schlussfolgerungen und offene Fragen	87
<hr/>		
	Seitenblick USA – Was lässt sich von den Vereinigten Staaten lernen?	92
<hr/>		
5	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	100
	Anhang	
	Literaturverzeichnis	110
	Autoren	113

Vorwort

Starke Kinder sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit jeder Gesellschaft. Leider ist der allgemeine Wohlstand eines Landes keineswegs ein zuverlässiger Indikator für das Wohlbefinden von Kindern. Gerade in reichen Ländern wie der Bundesrepublik stehen Kinder vor großen Herausforderungen: Sie müssen mit einer komplexen Welt zurechtkommen, einer Gesellschaft, die geprägt ist von Unsicherheit, Mobilität, Zeitknappheit und Vereinzelung. Der Alltag der Kinder wandelt sich durch fragile Familienstrukturen, neue Erziehungswerte und -ziele, Umbrüche im Bildungssystem und einer Flut von Medien und neue Freizeitangebote.

In Vergleichsstudien zwischen den Industrieländern zur Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen belegt Deutschland regelmäßig einen guten mittleren Platz. Tatsächlich zeigen sich jedoch große regionale Unterschiede: Viele Kommunen haben sich Kinderfreundlichkeit zum Ziel gesetzt und weisen eine große Zahl an Initiativen und Unterstützungsangeboten für Kinder auf. Zugleich wächst in anderen Regionen die soziale Kluft und die Kinderarmut. Insbesondere in den Metropolen zeigt sich eine Bandbreite unterschiedlicher Lebensverhältnisse, in denen Kinder aufwachsen.

Das Konzept »Wohlbefinden von Kindern« betrachtet die Lebensqualität, die Entwicklungschancen und die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern. Um »starke Kinder« und deren Entwicklung zu fördern, müssen die Lebenswelt und die Angebote für Kinder vor Ort entsprechend gestaltet sein. Dies erfordert einen Perspektivwechsel, der das Kind mit seinen Bedürfnissen und seiner eigenen Wahrnehmung in den Mittelpunkt rückt.

Die vorliegende Studie kommt zu dem Schluss, dass dieser Ansatz eine übergreifende Kooperation zwischen Familie, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Wirtschaft und staatlichen Stellen erfordert. Im Ergebnis sollten lokale Kooperationen entstehen, in denen gemeinsam Handlungsfelder für die kindliche Lebenswelt identifiziert und neue oder erweiterte Angebote für Kinder initiiert werden. Die Kommune kann dabei die Rolle eines Koordinators und Vermittlers der Angebote übernehmen.

Mit dieser Studie knüpft die Robert Bosch Stiftung an die Empfehlungen der Kommission »Familie und demographischer Wandel« an, die 2009 im zweiten Bericht »Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise« veröffentlicht wurden. Das vorliegende Konzept einer neuen Familienpolitik widmet sich insbesondere dem Wohlergehen von Kindern. Es propagiert eine individuelle Unterstützung, die als Querschnittsaufgabe nach dem Grundsatz der Subsidiarität und personaler Solidarität in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen zu verwirklichen ist.

Wir danken dem Team von Ina Wietheger von Roland Berger Strategy Consultants für die Durchführung der Recherche von guter Praxis in Deutschland. Eine wissenschaftliche Einordnung, nachhaltige Diskussion und insbesondere weitsichtige Handlungsempfehlungen verdanken wir Prof. Tine Stein von der Universität Kiel und den Kommissionsmitgliedern Elisabeth Niejahr und Prof. Hans Bertram, der als Leiter der Expertengruppe das Thema mit besonderer Leidenschaft vertritt.

Dr. Ingrid Hamm

Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie zeigt, wie in Kommunen die Lebensqualität, Entwicklungschancen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern unterstützt und gefördert werden können. Insbesondere die Metropolregionen lassen die gesamte Bandbreite der sozialen und ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft und damit auch die Vielfalt der Lebensbedingungen für Kinder erkennen. Für die erfolgreiche (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von Förderansätzen, die Kinder zu starken Kindern machen, ist die gemeinsame Übernahme von Verantwortung durch eine Vielzahl von Akteuren unerlässlich.

Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung hat ein Expertenkreis, bestehend aus dem Soziologen Prof. Hans Bertram, der Politikwissenschaftlerin Prof. Tine Stein, der Journalistin Elisabeth Niejahr und Mitarbeitern von Roland Berger Strategy Consultants, das Konzept des kindliche Wohlbefindens und seine Auswirkungen auf das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft diskutiert, wissenschaftlich untersucht und in der kommunalen Praxis überprüft sowie Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern erarbeitet.

Dabei legten die Experten den ganzheitlichen Ansatz des kindlichen Wohlbefindens zugrunde, wie er von UNICEF 2005 entwickelt wurde. Dieses mehrdimensionale, integrative Konzept orientiert sich an den Kinderrechten und formuliert die aktive Teilhabe als ein eigenes Recht von Kindern: Die sechs Dimensionen des Ansatzes, »Materielles Wohlbefinden«, »Gesundheit und Sicherheit«, »Bildung und Ausbildung«, »Beziehungen zu Gleichaltrigen und zur Familie«, »Verhaltensrisiken« und »Subjektives Wohlbefinden«, sind unmittelbar auf die 41 Artikel der UN-Kinderrechtskonvention zu beziehen.

Roland Berger Strategy Consultants zeigt in einer empirischen Untersuchung »Wohlbefinden von Kindern - Recherche von guter Praxis in Deutschland«, dass bereits zahlreiche Initiativen sich für das Wohlbefinden von Kindern engagieren, jedoch nur wenige einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Die meisten Unterstützungsangebote setzen an einzelnen Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens an. Ebenso wird deutlich, dass die Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern nur im abgestimmten Zusammenwirken der Akteure vor Ort gelingen kann. Die Stärkung des Wohlbefindens von Kindern bedarf einer vertieften Kooperation und einander ergänzender Angebote.

Roland Berger Strategy Consultants schlägt vier Ansätze zur Förderung des Wohlbefindens von Kindern in Kommunen vor:

- :: die Förderung einzelner erfolgreicher Initiativen,
- :: ein bundesweites Professionalisierungs- und Vernetzungsangebot dieser erfolgreichen Initiativen,
- :: die Förderung lokaler Vernetzungsakteure
- :: und eine überregionale Vernetzung von lokalen Netzwerkkordinatoren.

Prof. Hans Bertram beschreibt im Kapitel »Wohlbefinden von Kindern und kleine Lebenskreise« vor dem Hintergrund demographischer, regionaler und ökonomischer Veränderungen in der Gesellschaft die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Förderung der Entwicklung von Kindern. Er zeigt auf, dass die bildungspolitische Debatte in Deutschland die kindliche (Früh-)Förderung intellektueller Fähigkeiten, vor allem der sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen, womöglich überschätzt, insbesondere wenn es sich um isolierte Förderansätze handelt. Sowohl die starke Betonung der Förderung im frühen Lebensalter als auch die Fokussierung auf die kognitiven Fähigkeiten, die in Bildungsinstitutionen vermittelt werden, greifen zu kurz, wenn diese Maßnahmen nicht als Bausteine in ein Gesamtförderkonzept eingegliedert werden, das Kinder langfristig in ihrer Entwicklung unterstützt. Die Maßnahmen müssen im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes ergänzt werden: um direkte Unterstützung des familiären Kontexts, um eine Gestaltung des Lebensumfeldes, die Kindern die Ausschöpfung ihrer Potenziale ermöglicht, und um Förderangebote für ältere Kinder und Jugendliche. Ein solches interaktives Modell für die Förderung kindlicher Entwicklung beinhaltet eine Integration verschiedener wissenschaftlicher Ansätze (einer Lebenslaufperspektive, einer Kompensationsperspektive sowie einer neurobiologischen Perspektive).

Die Orientierung an dem ganzheitlichen Modell des kindlichen Wohlbefindens mit all seinen Dimensionen fördert und unterstützt gerade auch jene Kinder, die möglicherweise nicht die erwünschte optimale Bildungsentwicklung durchlaufen. Diese bekommen durch die breitere Förderperspektive die Chance, später als selbstbewusste und selbstständige Erwachsene, ihren Potenzialen entsprechend, an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben.

Im Kapitel »Familie - Gesellschaft - Staat: neue Kooperationen für starke Kinder« untersucht Prof. Tine Stein Chancen und Möglichkeiten einer besseren Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft in der gemeinsamen Verantwortung für das kindliche Wohlbefinden. Ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip werden Staat und Bürgergesellschaft als einander komplementär zugeordnet und nicht in Konkurrenz stehend verstanden. Es geht um eine neue Aufgabenverteilung und ein Verständnis einer gemeinsamen Aufgabenstellung, bei der jeder das tun sollte, was seinen spezifischen Kompetenzen entspricht.

Die von Roland Berger Strategy Consultants untersuchten Praxisbeispiele werden eingeordnet und daraus Überlegungen für folgende Bereiche skizziert:

- :: eine staatliche Politik der Engagementförderung,
- :: die Ausrichtung von Verwaltungen für eine neue Zusammenarbeit mit bürgergesellschaftlichen Initiativen,
- :: die Definition des Wohlbefindens von Kindern als Querschnittsaufgabe innerhalb der Kommune mit zentralem Stellenwert,
- :: die Entwicklung eines neuen Rollenbewusstseins bei den Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe hin zum moderierenden Dienstleister
- :: und eine Reform der Ausbildung von Sozialarbeitern.

Wenn die Gesellschaft ein Interesse an starken Kindern hat und ihnen gleiche Chancen einräumen will, dann muss, so die Schlussfolgerung, der Staat diese Aufgabe gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen wahrnehmen, wobei es auf die jeweils passende Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ankommt. Richtig verstanden, kann das Subsidiaritätsprinzip eine Orientierung geben, die sich auf der Höhe der heutigen Herausforderungen bewegt.

Elisabeth Niejahr beschreibt in einem Exkurs »Was lässt sich von den Vereinigten Staaten lernen?« Beispiele für Förderangebote zum Wohl der Kinder im Großraum Boston und analysiert diese vor dem Hintergrund einer großen Vielfalt privater Initiativen und einer anderen Kultur der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft in den USA. Entscheidend sind ein besonderes Bewusstsein für gemeinschaftliche Aufgaben und die Auffassung, dass community und gemeinnützige Organisationen soziale Probleme am besten lösen können. Staatliche Stellen haben oft nur die Rolle von Koordinatoren, sie organisieren und unterstützen durch Personal und Infrastruktur. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen zeichnen sich durch eine größere Professionalität aus, die auf unterschiedliche Maßnahmen zurückzuführen ist:

- :: die Möglichkeiten eines passgerechten Engagements,
- :: eine verbesserte Kommunikation zwischen Freiwilligen und Organisatoren durch soziale Medien,
- :: eine besondere Kultur der Anerkennung
- :: und die Betonung der Vorzüge von Engagement.

Darüber hinaus können die Vereinigten Staaten in einem weiteren Punkt Vorbild für Deutschland sein: Insbesondere das Engagement junger Menschen wird dort ganz selbstverständlich als Potenzial erkannt und gefördert.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass für die Förderung der kindlichen Entwicklung und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe die Kommune eine spezifische Verantwortung innehat. Bei einer breiten, ganzheitlichen Förderperspektive werden nicht allein kognitive Fähigkeiten betrachtet, sondern auch die gesundheitliche Entwicklung und die soziale Einbettung in der Familie, im Freundeskreis und in der Nachbarschaft. Die ökonomischen Rahmenbedingungen, die eine Familie für ihre Kinder bereithält, werden ebenso berücksichtigt wie die Risiken, denen Kinder im Straßenverkehr oder durch Drogenmissbrauch ausgesetzt sind. Dies setzt neue Formen der Kooperation zwischen Ämtern und Bürgerinitiativen und eine

integrative Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsinstanzen voraus.

Die Experten kommen zu folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

- :: Das Konzept »Wohlbefinden von Kindern« kann als ein Fixpunkt für eine Sozialberichterstattung für Kinder und Familien in Kommunen dienen. Ziel ist dabei, die Qualitätsunterschiede kindlichen Wohlbefindens in verschiedenen Lebensräumen aufzuzeigen und zu verdeutlichen, wie vielfältig und unterschiedlich politische Handlungsstrategien in den Kommunen sein müssen, wenn sie kein Kind zurücklassen wollen.
- :: In Metropolregionen spiegelt sich bereits die künftige Entwicklung von Lebensräumen und -perspektiven für einen Großteil der Kinder wider. Insbesondere dort müssen innovative Formen der integrativen Zusammenarbeit zum Wohl von Kindern entwickelt werden. Unterstützend kann dabei die Förderung von guter Praxis oder die Auslobung von Preisen wirken.
- :: Die Lebenssituation der Eltern beeinflusst die kindliche Entwicklung und Teilhabe stark und muss daher mitbetrachtet werden. Kinder sind zugleich sehr wohl in der Lage, ihre eigenen Angelegenheiten wie auch Aspekte ihrer Lebensumwelt einzuschätzen. Die Partizipation von Kindern sollte ernst genommen werden.
- :: Nur spezifisch zusammengesetzte Netzwerke mit gezielten Akzenten können auf die vielfältigen Lebensbedingungen und Förderbedarfe reagieren. Die Kommunen konzentrieren sich dabei auf jeweils eigene Problemlagen und Ziele.
- :: Das Wohlbefinden von Kindern wird durch den unmittelbaren Lebensraum, die Kommune, geprägt. Es ist Aufgabe der Kommune, Bürger als Experten zu akzeptieren und gemeinsam mit ihnen an der Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern zu arbeiten. Nicht zuletzt dafür ist eine Reform der Aus- und Weiterbildung von kommunalen Verantwortlichen zu überdenken.
- :: Ein integratives Modell erfordert eine umfassendere Forschungsperspektive. Es besteht Forschungsbedarf u. a. für Faktoren und Wirkung einer gelingenden Kooperation im Sinne einer echten Vernetzung von Staat und Zivilgesellschaft sowie für eine Diskussion des klassischen Modells der Chancengerechtigkeit, wenn der Kontext und die Vernetzung der Lebenswelt von Kindern stärker Berücksichtigung finden.

Das Wohlbefinden von Kindern ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Es muss gelingen, Kinder in ihrem Lebensraum angemessen zu fördern und Chancen aufzuzeigen, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig bleibt.

1 Einleitung

Hans Bertram, Tine Stein

Konzept Wohlbefinden von Kindern

Seit einer Generation sind in Deutschland die Geburtenraten deutlich gesunken. Als eine Konsequenz davon ist die Zahl der Frauen, die Mütter werden können, deutlich zurückgegangen, sodass selbst bei einer deutlichen Steigerung der Geburtenrate pro Frau die Zahl der Kinder in den nachwachsenden Generationen gering bleibt. In der öffentlichen Debatte werden vor allem die Konsequenzen der geringen Kinderzahlen diskutiert: drohender Fachkräftemangel, Finanznot der Rentensicherungssysteme oder ein möglicher Pflegenotstand.

Die Robert Bosch Stiftung hat in zwei Kommissionsberichten Wege und Möglichkeiten beschrieben und diskutiert, wie junge Erwachsene in ihren Lebensvorstellungen und ihrer Lebensplanung so zu unterstützen sind, dass darin auch Kinder möglich sind.¹ Mit der Entwicklung des Konzepts der »kleinen Lebenskreise« wurde versucht, die Möglichkeiten der Unterstützung für unterschiedliche familiäre Lebensformen im unmittelbaren Lebensumfeld der Familie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu erweitern. Dabei war es immer das Anliegen dieser Berichte, konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, einerseits für die Entwicklung der Lebensplanungen von jungen Erwachsenen und andererseits für die zivilgesellschaftliche Unterstützung von Familien in verschiedenen Lebensformen.

In der vorliegenden Studie werden die Ideen und Vorstellungen aus den beiden früheren Berichten aufgenommen und, so hoffen die Autoren, konsistent und in sich schlüssig weiterentwickelt, sodass sich daraus ein systematischer und gut nachvollziehbarer Ansatz zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Familien auf kommunaler und regionaler Ebene ableiten lässt. Denn die konkreten Teilhabechancen von Kindern an der gesellschaftlichen Entwicklung, ihre gesundheitlichen, sozialen und kognitiven Entwicklungschancen wie aber auch ihre Risiken, etwa durch Drogen, Mobbing in der Schule oder Verkehrsgefahren, erleben Kinder zunächst in ihrer unmittelbaren Lebensumwelt.

Die Zukunft der Kinder und damit die Zukunft der Gesellschaft hängen entscheidend davon ab, dass diese Kinder in den ganz unterschiedlichen Lebenskontexten, in denen sie aufwachsen, die Zuwendung, Unterstützung und Förderung erfahren, die es ihnen ermöglicht, ihre Zukunft selbst zu gestalten, und ihnen zugleich die Möglichkeit gibt, auch für andere zu sorgen.

1 Biedenkopf, K./Bertram, H./Niejahr, E. 2009: Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Traditionellerweise sah die deutsche Diskussion die emotionale Unterstützung und die personale Zuwendung für die kindliche Entwicklung vor allem als von der Familie geleistet an, während die Entwicklung des Humankapitals durch Institutionen wie Krippe, Kindergarten und Schule gesichert wird. Heute wissen wir, dass infolge der Vielfalt der Lebensformen in Deutschland, insbesondere in den urbanen Metropolen mit ihren unterschiedlichen kulturellen Mustern, die Interpretation von einer angemessenen kindlichen Entwicklung auf der Basis der einfachen Zweiteilung in private und familiäre Unterstützung auf der einen und öffentliche Förderung auf der anderen Seite nicht mehr ausreicht. Vielmehr ist heute ein zusätzliches zivilgesellschaftliches Engagement erforderlich, um angesichts der Vielfalt der Lebensverhältnisse der Eltern wie auch der institutionellen Angebote die Vielfalt der Entwicklungsbedingungen von Kindern zu sichern.

Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann weder die institutionelle Förderung noch die familiäre Zuwendung und Unterstützung ersetzen. Es kann aber den Familien und den Kindern helfen, auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Zugleich ist die konkrete Lebensumwelt der Kinder und der Familien so zu beeinflussen, dass sich die kindlichen Chancen auch in solchen Quartieren verbessern, die aus vielerlei Gründen für die kindliche Entwicklung nicht optimal sind. Ein solches Konzept steht theoretisch, empirisch und auch praktisch-politisch vor zwei großen Herausforderungen. Wir hoffen in dieser Studie, diese hinreichend deutlich zu machen und auch perspektivisch so weiterzuentwickeln, dass sich daraus Handlungsstrategien für den konkreten kommunalen Bereich ableiten lassen.

Zum einen bedarf es einer klaren, neuen und in sich konsistenten Beschreibung, wie die Kooperation von zivilgesellschaftlichem Engagement und professionellen Angeboten von staatlichen oder im Auftrag des Staates betriebenen Einrichtungen in der Kommune so gestaltet werden kann, dass beide Seiten nicht nur gleichberechtigt in bestimmten Angelegenheiten miteinander kommunizieren können, sondern dass auch keineswegs daraus abgeleitet wird, dass eine könne das andere ersetzen. Genau das soll mit dem hier skizzierten Ansatz der »kleinen Lebenskreise« nicht passieren. Es geht hier nämlich um ein neues Angebot von familiären Unterstützungsleistungen in einer pluralen Gesellschaft, das auf die Vielfalt der familiären Lebensverhältnisse im konkreten Kontext reagiert.

Zum anderen aber müssen die kindlichen Teilhabe- und Entwicklungschancen so klar und eindeutig definiert werden, dass sich daraus präzise Maßstäbe ableiten lassen, in welchem Bereich in einem konkreten Kontext der kindlichen Lebensbedingungen besondere Unterstützungsleistungen und Angebote erforderlich sind. Solche Maßstäbe ersetzen nicht die bisherigen Analysen und Kriterien, etwa die Messung der kognitiven Leistungsfähigkeit von Kindern oder die Überprüfung ihrer gesundheitlichen Entwicklung. Vielmehr liegt die Intention in dem Versuch, die vielfältigen Kriterien zur Analyse der Wirkungen der verschiedenen Ansätze zur Verbesserung der kindlichen Lebensbedingungen in ein kohärent-integratives Konzept zu überführen, in dem sich die einzelnen auch heute schon analysierten Elemente wiederfinden.

Aus unserer Sicht bietet sich dazu das Konzept des kindlichen Wohlbefindens an, wie es zunächst UNICEF auf der Basis der Kinderrechtskonvention entwickelt hat.² Es wurde inzwischen auch von der OECD (2010) und der EU (2011)³ übernommen, um die Entwicklungschancen von Kindern international vergleichen zu können. Der Kindheitsbegriff beschreibt eine Person im Alter bis 18 Jahre. Auch bei diesen internationalen Organisationen ist die Einsicht gewachsen, dass die Bewältigung der Zukunft durch die nachwachsende Generation nur dann gelingen kann, wenn die wichtigsten Entwicklungsdimensionen in gleicher Weise gefördert werden und nicht ausschließlich auf einzelne Dimensionen der kindlichen Persönlichkeit gesetzt wird.

Der Ansatz des kindlichen Wohlbefindens enthält bei allen Unterschieden der einzelnen Konzepte immer die materiellen Lebensbedingungen von Kindern, ihre gesundheitlichen Entwicklungschancen, ihre Bildungschancen einschließlich der Partizipationsmöglichkeiten und der Integration in den Arbeitsmarkt, Verhaltensrisiken etwa beim Umgang mit Drogen sowie den Umgang mit Freunden und Eltern. Spezifisch bei UNICEF kommt noch die subjektive Selbsteinschätzung des eigenen Wohlbefindens der Kinder dazu.

Ein solches integratives Modell formuliert den Anspruch, dass bisher eher getrennt agierende Bereiche lernen, miteinander die Lebensverhältnisse von Kindern im konkreten Kontext zu analysieren und darauf aufbauend sowohl von den kommunalen Angeboten her wie vom zivilgesellschaftlichen Engagement neue Kooperationsformen zu entwickeln, mit denen die vernetzt-gemeinsame Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern zum Maßstab des eigenen Handelns wird. Dieser Perspektivwechsel wird inzwischen in einigen deutschen Kommunen praktiziert, etwa mit lokalen Familienberichten oder durch spezifische lokale Bündnisse zwischen Kommunalverwaltung, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichem Engagement und Bildungseinrichtungen, aber er hat sich noch längst nicht überall durchgesetzt.

Denn es geht nicht allein darum, schon existierende Angebote besser zu vernetzen. Vielmehr setzt dieser Paradigmenwechsel darauf, dass sich starke Kinder im kommunalen Kontext nur dann so entwickeln können, wie es ihren Potenzialen entspricht, wenn darüber hinaus Verwandte, Nachbarn, Paten und andere Hilfestellung leisten und in der Vielfalt der modernen Lebensverhältnisse vor allem in den Metropolen Wege aufzeigen, um jene Entwicklungsbedingungen zu schaffen, die es den Kindern ermöglichen, ihre Teilhabechancen an der Zukunft so zu realisieren, wie es ihren Kompetenzen entspricht.

Der amerikanische Soziologe James Coleman hat den engen Zusammenhang zwischen kindlicher und jugendlicher Entwicklung schon 1973 gezeigt.⁴ Aber nicht nur in der

2 UNICEF Innocenti Research Centre 2007: Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in rich countries. A Comprehensive Assessment of the Lives and Well-Being of Children and Adolescents in the Economically Advanced Nations. Innocenti Report Card No. 7, Florence.

3 EU Hungarian TARKI Social Research Institute (Hrsg.) 2011: Child Well-Being in the European Union. Better Monitoring Instruments for better policies, by Gabos, A./György, T., Budapest: TARKI Inc.

4 Coleman, J. S. 1986: Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen, Weinheim & Basel: Beltz.

amerikanischen Literatur ist dieser Gedanke präsent; der Soziologe Ludwig von Friedeburg⁵ hat gemeinsam mit englischen Kollegen die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt darauf zurückgeführt, dass im deutschen dualen Ausbildungssystem die Lehrlinge als noch zu erziehende Jugendliche angesehen werden, für die die Erwachsenen, nämlich die Lehrmeister, nicht allein eine Erziehungsaufgabe übernehmen, sondern sie auch zu unterstützen haben, um sich in der Welt der Erwachsenen zurechtzufinden. Im Gegensatz dazu werden nach dieser These die Schulabsolventen im angelsächsischen System mit seiner vom Berufssystem getrennten Schulstruktur eher als Konkurrenten der älteren Arbeitnehmer mit auch noch geringerer Qualifikation angesehen.

Die Vorstellung, dass die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nur dann gelingen kann, wenn neben Familie und Schule die Unterstützung durch Verwandte, Nachbarn und Gemeinden in diesem Prozess gegeben ist, findet sich auch im Bericht der Amerikanischen Akademie der Wissenschaft wieder, mit dem bezeichnenden Titel «From Neurons to Neighbourhoods». In diesem Werk tragen amerikanische Entwicklungspsychologen, Mediziner, Biologen, Pädagogen und Soziologen das aktuelle Wissen zur kindlichen Entwicklung und zur Förderung der Teilhabechancen von Kindern aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Einer zentralen These der Autoren zufolge, die schon im Titel zum Ausdruck kommt, kann sich die aktive Gestaltung der Lebensumwelt von Kindern nicht darin erschöpfen, dass ihnen Schulen und andere Betreuungsangebote für ihre intellektuelle Entwicklung zur Verfügung stehen. Auch wenn das sehr wichtig ist, kommt es darüber hinaus wesentlich darauf an, wie die verschiedenen Menschen in der Lebenswelt der Kinder mit den Kindern umgehen und wie sie sie fördern. Denn die Entwicklung von Kindern, ihr Wohlergehen und auch ihre Entfaltungsmöglichkeiten hängen entscheidend davon ab, wie sich ihnen diese konkrete Lebensumwelt darstellt. Auch wenn das im Grundsatz für alle Kinder richtig ist, so gilt es doch in besonderem Maße für die Kinder, die in besonders benachteiligten Quartieren leben oder in Familien, in denen ihre Entwicklungschancen nicht so gefördert werden können, wie es den Möglichkeiten der Kinder entspricht.

Coleman glaubte noch, dieses Problem durch ein ausgeklügeltes System von Bus-transporten lösen zu können, die die Kinder aus benachteiligten Quartieren zu Schulen in »guten« Quartieren bringen. Jedoch haben die Arbeiten von Wilson unter anderem aufgezeigt, dass es nicht allein auf die Schule, sondern auch auf die Gestaltung der weiteren Lebensumwelt der Kinder ankommt.⁶

In den USA wie in Deutschland haben sich inzwischen eine Vielzahl von bürgerschaftlich organisierten Initiativen, häufig mit Unterstützung durch Reformen in der öffentlichen Verwaltung, daran gemacht, die Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen durch persönliches Engagement und die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mitzugestalten. Durch diese Initiativen sollen das Wohl-

5 Friedeburg, L. v./Maier, H. 1995: Bildungsreformen im Rückblick: ein Dialog zwischen Professor Dr. von Friedeburg und Professor Dr. Hans Maier am 17. Oktober 1994 im Dominikanerkloster zu Frankfurt am Main, Frankfurt am Main: Ges. zur Förderung pädagogischer Forschung.

6 Wilson, W. J. 1990: *The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy*, Chicago: University Of Chicago Press.

ergehen der Kinder und ihre Teilhabechancen nicht mehr vornehmlich davon abhängen, dass ihre Eltern dies alles allein leisten können, sondern davon, dass entsprechende ergänzende Angebote vorhanden sind. Ihrem Selbstverständnis nach wollen diese Initiativen aber nicht staatliche Aufgaben und staatliche Angebote ersetzen, sondern den Staat ergänzen und dort aktiv werden, wohin staatliche Angebote nicht reichen oder wo sie nicht ankommen.

In dieser Studie stellt die Untersuchung von Roland Berger Strategy Consultants dazu eine beeindruckende Auswahl unterschiedlicher Ansätze vor. Die Initiativen zeigen sich in zweierlei Hinsicht als besonders innovativ. Erstens gehen viele von ihnen implizit oder explizit vom Ansatz des kindlichen Wohlbefindens aus. Dabei kommt es nicht allein auf die Messung quantifizierbarer Indikatoren an, wie Einkommen der Eltern, Gesundheit und Bildung, sondern vor allem darauf, das subjektive Wohlbefinden der Kinder zu stärken. Dazu gehört, dass die Kinder in vielfältigen sozialen Beziehungen leben, dass sie lernen, selbst zu sagen, was ihnen gefällt, was ihnen fehlt, was sie verändern möchten und wie sie das tun können: Das »empowerment« der Kinder rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt. Zum Zweiten scheint in den vorgestellten Beispielen eine neue Kooperationsform zwischen Bürgergesellschaft und Staat auf. Sie zeigt einen Weg, wie sich öffentliche soziale Verantwortung auch unter den Bedingungen einer Postwachstumsgesellschaft mit sinkenden staatlichen Einnahmen realisieren lässt.

Auch die hier betrachteten Initiativen der Bürgergesellschaft zur Unterstützung von Eltern in Nachbarschaft und Gemeinde formulieren den Anspruch, die Verantwortungsübernahme der Kinder und Jugendlichen für sich selbst zu vermitteln. Dabei, und das sei besonders betont, geht es nicht um Aufgaben, die der Staat und seine Institutionen zu erledigen haben, und auch nicht um die Entwicklung von Alternativen zu solchen staatlichen Aufgabenstellungen. Vielmehr geht es um die Entwicklung von Perspektiven, wie in den Kommunen, manchmal auch auf der Ebene der Bundesländer, neue Formen der Zusammenarbeit erprobt und entwickelt werden können: bürgerschaftliche Initiativen und staatliche Angebote in der frühkindlichen Erziehung, in der Schule, beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Gesundheitsentwicklung, beim Risikoverhalten von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Teilhabechancen.

Die hier vorgelegte Studie verschränkt drei Perspektiven: eine unternehmerische, eine journalistische und eine akademische. Indem die Mitarbeiter einer Unternehmensberatung, eine Journalistin sowie ein Soziologe und eine Politikwissenschaftlerin sich gemeinsam der Frage angenommen haben, wie das Wohlbefinden von Kindern durch bürgerschaftliche Initiativen und Kooperation mit dem Staat gefördert werden kann, haben sich empirisch-analytische Beobachtungen dieser Initiativen mit wissenschaftlicher Aufbereitung der relevanten Konzepte und Begriffe verbunden. Besonderen Gewinn zieht die Studie aus dem Seitenblick in die Vereinigten Staaten, wo die Ausrichtung sozialen Engagements an dem, was für Kinder wichtig ist, wie auch die Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft gerade auf der kommunalen Ebene eine traditionsreiche und vitale Praxis ist.

»Wer reich stirbt, stirbt in Schande«, so hat Carnegie das Credo vieler Philanthropen zusammengefasst, die von dem Ethos geleitet sind, der Gesellschaft, die es ihnen

ermöglicht hat, erfolgreich als Unternehmer tätig zu sein, etwas zurückzugeben. Offensichtlich empfinden immer mehr Bürger so und sehen es als ihre Verpflichtung an, von ihrem spezifischen Vermögen – ihrer Kompetenz, ihrer Begeisterungsfähigkeit, ihrer Hingabe, ihrer Zeit – etwas dem Gemeinwesen zurückzugeben. Und sie wollen es an jene Gruppe weitergeben, die für die Zukunft der Gesellschaft die bedeutsamste ist. Hier liegt ein großes Potenzial: sowohl für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft als auch und vor allem für das Wohlbefinden jetzt benachteiligter Kinder.

Zum Aufbau der Studie

Der Bericht beginnt mit einem ersten Blick in die Praxis durch ZEIT-Journalistin Elisabeth Niejahr, um einen lebensweltlichen Eindruck zu vermitteln, wie innovative Initiativen zur Stärkung des kindlichen Wohlbefindens arbeiten.

Das erste Kapitel umfasst eine empirische Studie »Wohlbefinden von Kindern – Recherche zu guter Praxis in Deutschland«, mit der die Robert Bosch Stiftung Roland Berger Strategy Consultants beauftragt hat. Die Studie dient als Ausgangspunkt der nachfolgenden theoretischen Betrachtungen, Diskussionen und Schlussfolgerungen.

Im zweiten Kapitel von Prof. Hans Bertram werden die demographischen, regionalen und ökonomischen Veränderungen in der Gesellschaft dargestellt und in ihrer Bedeutung für die Lebenswelt der Kinder skizziert. Für die Förderung der kindlichen Entwicklung müssen die relevanten wissenschaftlichen Erkenntnisse integrativ betrachtet werden; dies wird in einem Interaktionsmodell beschrieben. Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz unter der Zielvorstellung: Kinder sollen selbstverantwortliches Handeln lernen, um dauerhaft an den gesellschaftlichen Chancen teilhaben und sich schließlich wohlfühlen zu können.

Das dritte Kapitel von Prof. Tine Stein widmet sich der Analyse und Bewertung der Arbeit der Initiativen vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Insbesondere werden innovative Potenziale der Initiativen mit Blick auf ihre Problemdiagnose- und Problemlösungsfähigkeit gekennzeichnet und Chancen unterstrichen, die sich mit den hier aufscheinenden neuen Kooperationsformen zwischen Staat und Zivilgesellschaft ergeben, vor allem dort, wo die Zivilgesellschaft als Bürgergesellschaft agiert. Unter Zuhilfenahme des Subsidiaritätsprinzips als Ordnungsbegriff werden Staat und Bürgergesellschaft als einander ergänzend und nicht in Konkurrenz stehend verstanden. Damit das Potenzial in der Gesellschaft zum bürgerschaftlichen Engagement wie auch das Potenzial in den staatlichen Institutionen, neue Wege zu gehen, sich aktualisieren kann, sind Reformen nötig.

Mit einem Seitenblick in die USA stellt Elisabeth Niejahr das Zusammenwirken von Bürgerengagement und staatlichen Institutionen zum Wohl der Kinder in der regionalen Community mit Beispielen dar. Was in der Bundesrepublik gewissermaßen erst in der Pilotphase ist, kann in den USA als vielfältige und auch vielfach bewährte Praxis gelten.

Den Abschluss der Studie bilden Handlungsempfehlungen, in denen die im Verlauf der Untersuchung gesammelten Reformideen gebündelt werden.

2 Opening – Fallbeschreibung

Elisabeth Niejahr

»WELLCOME«: Ein Beispiel aus Berlin

Berlin, Klausener Platz, am frühen Nachmittag. Im Straßencafé sitzen Mütter mit bunten Kinderwagen, auf dem Bürgersteig bietet ein Öko-Markt Lebensmittel, Kerzen und handgestrickte Pullover an. Hier, in Berlin-Charlottenburg, erprobten früher einmal viele Wohngemeinschaften neue Formen des Zusammenlebens. Inzwischen ist die Gegend sehr bürgerlich geworden. Viele Initiativen sitzen allerdings nach wie vor hier. Man sieht es an den Namensschildern. Eines fällt besonders auf: »wellcome« steht darauf. Das sieht nach einem Schreibfehler aus, aber das zweite »l« soll an »well-being« erinnern, den auch in Deutschland zunehmend verwendeten Begriff für »Wohlbefinden«, der zu einem Schlüsselbegriff geworden ist für alle, die sich gezielt mit Angeboten für Kinder und ihre Eltern beschäftigen.

Wellcome kümmert sich um das Wohlbefinden von Neugeborenen und ihren Familien, und das mit riesigem Erfolg. Im März 2002 wurde die Initiative in Norddeutschland von einer überforderten Mutter aufgrund eigener Erfahrungen gegründet, heute bieten 250 Teams von freiwilligen Helfern ihre Dienstleistungen in ganz Deutschland an. Es gibt zwei Gründe für das große Interesse: erstens eine besonders professionelle Arbeit der Initiative, zweitens ein Angebot, das in die Zeit zu passen scheint. Viel mehr Menschen als früher leben in Städten und ihren Großräumen, auch Familien ziehen seltener ins Grüne. Auf das Leben mit Kindern sind die Städte mit ihrer Infrastruktur aber oft nicht ausgerichtet. Wellcome setzt auf ein uraltes Prinzip: den Geist guter Nachbarschaft. Freiwillige übernehmen kleine und große Hilfeleistungen für Familien mit Neugeborenen, die dafür etwas bezahlen können, das aber nicht tun müssen. Idealerweise sitzen Familien und Helfer im gleichen Viertel. Auf der Homepage wirbt wellcome mit dem bekannten afrikanischen Sprichwort, wonach ein ganzes Dorf nötig sei, um ein Kind zu erziehen. In diesem Geist arbeitet der Verein, er macht quasi die Dorfbewohner miteinander bekannt. Im Grunde wird am Klausener Platz also nach wie vor mit neuen Formen des Zusammenlebens experimentiert.

Drinne, im wellcome-Büro, bietet die Sozialpädagogin Katja Brendel einen grünen Tee und Kekse an. Eine der vielen Freiwilligen, Susanne H., ist zu Besuch. Sie geht an diesem Nachmittag zum vorerst letzten Mal zu jungen Eltern, die mitten im Endspurt des Jura-Studiums stecken und zu deren 13 Monate alter Tochter. »Beim letzten Mal hat die Kleine mich so selig und entspannt angeschaut, dass ich der Mutter beinahe gesagt hätte, sie soll nicht eifersüchtig sein«, erzählt Susanne H. Der Abschied wird hart, das ist jetzt schon klar. Es gehört aber zum wellcome-Konzept, dass jeder Einsatz befristet ist.

»Wir wollen den Familien in einer besonders schwierigen Phase helfen, aber keine Dauerbetreuung organisieren«, sagt Katja Brendel, eine der fest angestellten wellcome-Mitarbeiter in Berlin.

Umso intensiver ist der Kontakt zwischen der Organisation und den Helfern, man kennt sich von regelmäßigen Treffen der Freiwilligen-Teams, außerdem bietet wellcome auch Fortbildungen wie Erste-Hilfe-Kurse an. Beides ist entscheidend für das große Interesse der Helfer. Viele Ehrenamtliche, so beschreibt es auch der Freiwilligensurvey der Bundesregierung, verbinden sehr genaue Erwartungen mit ihrem Engagement. Menschen, die aus reinem Pflichtgefühl helfen, gibt es seltener als früher. Manche Freiwillige wünschen sich Kontakte, andere wollen etwas lernen und sich zusätzlich qualifizieren, fast immer ist der Wunsch nach Sinnstiftung und erfüllenden Erlebnissen da. In Berlin spielt insbesondere die Kontaktvermittlung eine große Rolle – häufig melden sich Zugezogene, die Menschen kennenlernen und sich in ihrem Stadtteil integrieren wollen.

Susanne H., eine Mittfünfzigerin ohne eigene Kinder, will möglichst schnell die nächste Familie übernehmen. Wer es sein wird, steht noch nicht fest, aber sie freut sich schon darauf. Seit einem Jahr gehört sie zum Freiwilligen-Team von wellcome. Sie ist ausgebildete Heilpraktikerin, war lange arbeitslos und bezieht inzwischen eine Erwerbsminderungsrente. Sie will »etwas zurückgeben«, erzählt sie, weil sie selbst so viel Unterstützung bekommen habe.

Bei wellcome scheint für sie alles zu stimmen. Die Möglichkeit, den Zeitaufwand und auch die Termine gemeinsam mit der Familie selbst festzulegen, ist wichtig, aber auch eine gute Betreuung durch die Organisation und der Austausch mit anderen Helfern.

Dass Engagements in der Regel nicht länger als drei Monate dauern, ist ein entscheidender Grund, warum wellcome innerhalb kurzer Zeit schnell gewachsen ist. Im Freiwilligensurvey der Bundesregierung ist nachzulesen, dass die Zahl der Engagements zwar steigt, der Trend aber klar zu kürzeren und inhaltlich fest umrissenen Einsätzen geht. Hier wird auch das größte Potenzial für die Zukunft gesehen. 36 % der Deutschen über 14 engagieren sich laut Bericht heute schon, weitere 37 % sagen, sie hätten grundsätzlich Interesse. Entscheidend für die Frage, ob sie dieses Interesse auch umsetzen, sei unter anderem der Zeitaufwand.

Katja Brendel hat eine Statistik mitgebracht, aus der sie abliest, wer sich engagiert: 16 % sind unter 30 (einige davon gerade erst volljährig geworden), 38 % zwischen 30 und 50, 46 % über 50. Das sind Zahlen für Berlin. Im Rest des Landes ist der Anteil der letzten Gruppe noch etwas höher. Die meisten Helfer sind Frauen. »Wir haben aber einen älteren Mann, Typ netter Großvater, und einen jungen Medizinstudenten, der Kinderarzt werden will. Die kommen beide super an«, sagt Katja Brendel.

Ihr ist besonders wichtig, dass wellcome zwar Unterstützungsleistungen für bedürftige Familien anbietet, ausdrücklich aber Eltern und Kindern aus allen Einkommensgruppen offensteht: »Wir bieten auch Hilfe an für die Akademikerin, die mit Mann

und Kind neu nach Berlin gezogen ist, wegen der Dienstreisen ihres Mannes de facto allein erzieht und noch keine gewachsene Struktur von Helfern hat.« Können die sich nicht andere Hilfen leisten? Schon, sagt Brendel, aber oft hätten Mütter weniger Bedenken, eine ehrenamtliche Helferin mit ihrem sehr kleinen Kind allein zu lassen, als eine fremde, bezahlte Babysitterin: »Bei den Ehrenamtlichen unterstellt man, dass das Menschen sind, die Freude am Zusammensein mit einem Kind haben, die Wärme und Einfühlungsvermögen mitbringen. Da ist für viele Mütter die Hemmschwelle kleiner, Hilfen anzunehmen.«

Unter den Müttern, denen wellcome hilft, »gibt es alles, die Ärztin und die Hartz-IV-Empfängerin«, sagt Brendel. »Wer zu uns kommt, outet sich damit nicht als jemand, der ein Problem hat«, so die Sozialarbeiterin. »Dass Nachbarn sich helfen, ist doch selbstverständlich«.

Aus dieser Haltung ergibt sich auch eine unkomplizierte Arbeitsteilung mit staatlichen Hilfsangeboten, etwa von Sozialämtern. »Es gab schon Fälle, in denen ein Helfer von uns regelmäßig einen Kinderwagen mit einem Säugling durch den Park geschoben hat, während ein Sozialarbeiter mit den Eltern sprach. So etwas machen wir, solange klar ist, dass die Aufgabe klar definiert und begrenzt ist und der Ehrenamtliche nicht überfordert wird«, sagt Brendel.

Susanne H. muss gehen, sie will das schöne Wetter für ein paar Stunden im Park nutzen. Sie erzählt davon, wie leicht das kleine Mädchen inzwischen auf ihrem Arm einschläft. Es klingt wehmütig. Es gibt Ehrenamtliche, die am Ende ihres Einsatzes so an den Familien hängen, dass sie als bezahlte Babysitter weitermachen. »Wir hatten Fälle, in denen beide Seiten sich regelrecht ineinander verliebt haben – das ist einerseits schön, andererseits ein Problem, denn wenn das ständig passieren würde, könnten wir unsere Arbeit vergessen«, sagt Brendel.

Wer bei wellcome mitmacht, muss zweierlei können: sich einlassen – und dann wieder loslassen. Das klingt schwierig, scheint aber gleichzeitig zu den Bedürfnissen vieler Großstadtmenschen mit schwankenden Arbeitszeiten zu passen.

In der Kartei von Katja Brendel gibt es eine Steuerberaterin, die grundsätzlich keine Fälle zwischen Dezember und Februar übernimmt. Es gibt Studenten, die während der Semesterferien Praktika machen, und Berufstätige, die sich in Phasen mit vielen Dienstreisen zurückziehen. Dass die Menschen mobiler sind als früher, ändert nichts an ihrer Sehnsucht nach Familie, eher im Gegenteil, sagt Katja Brendel. Man muss nur die passenden Angebote finden.

Studie von Roland Berger Strategy Consultants –
Recherche von guter Praxis in Deutschland

Die Robert Bosch Stiftung hat Roland Berger Strategy Consultants mit der Durchführung der Studie »Starke Kinder – starke Familien – Studie zu kindlichem Wohlbefinden in Städten und Gemeinden« beauftragt. Ziel war die Analyse der Bedeutung des Konzepts Wohlbefinden von Kindern und die Identifikation bestehender guter Praxis in der Förderung des Wohlbefindens von Kindern in lokalen Lebensräumen. Die Studie wurde im Zeitraum von Juli bis September 2011 durchgeführt.⁷

Zur Durchführung der Studie wurden als operationale Kriterien die sechs Dimensionen des UNICEF-Ansatzes zum Wohlbefinden von Kindern zugrunde gelegt.

Der UNICEF-Ansatz orientiert sich an der UN-Kinderrechtskonvention. Starke Kinder werden hier als Grundlage für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaften postuliert und ihre kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte sowie politischen Bürgerrechte in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag festgeschrieben.⁸

Daraus leitet UNICEF ein Konzept ab, das die folgenden sechs Dimensionen umfasst:



Abbildung 1: UNICEF-Dimensionen

⁷ Alle Abbildungen stammen von Roland Berger Strategy Consultants, sofern nicht anders aufgeführt.

⁸ <http://www.UNICEF.de/aktionen/kinderrechte20/kurzinfo-was-ist-die-un-kinderrechtskonvention/>



Materielles Wohlbefinden

Relative Armut, gemessen am Einkommen, Arbeitslosigkeit der Erwachsenen im Haushalt und der von Kindern »empfundenen bzw. berichteten« Armut (Anzahl der Bücher im Haushalt).



Gesundheit und Sicherheit

Gesundheit im ersten Lebensjahr, präventives Gesundheitsangebot (Impfungsrate) und Grad der Sicherheit (Unfalltod und -verletzung).



Bildung

Schulischer Erfolgsgrad (bis 15 Jahre), fortgesetzte Bildung (mit 15-19 Jahren) und Übergang von Schule zu Beruf.



Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen

Familiäre Struktur (Elternpaar/-teil), Beziehungen innerhalb der Familie (gemeinsame Mahlzeiten) und Einschätzung bezüglich der Hilfsbereitschaft und Nettigkeit Gleichaltriger.



Verhalten und Risiko

Gesundes Essverhalten, risikobehaftetes Verhalten wie Rauchen und Erfahrung von physischer Gewalt.



Subjektives Wohlbefinden

Selbsteinschätzung der Zielgruppe in den Bereichen Gesundheit, Verhältnis zur Schule und Einordnen des eigenen Wohlbefindens über- oder unterhalb des Mittelpunkts einer Skala zur Lebenszufriedenheit.

Das UNICEF-Modell zeichnet sich dadurch aus, dass es sowohl die objektive als auch die subjektive Dimension von Wohlbefinden abbildet. Damit fokussiert es stärker als frühere Einschätzungen auf das Kind und dessen eigene Wahrnehmung.

Das UNICEF-Modell arbeitet mit international vergleichbaren Indikatoren. Es hat mit Blick auf die internationalen Vergleichsbetrachtungen die Indikatoren ausgewählt, die in allen Ländern bereits entsprechend erhoben werden. Für eine Übertragung auf den regionalen und lokalen Kontext stellt dies mitunter eine Einschränkung dar, da viele national erhobene Indikatoren auf regionaler oder lokaler Ebene nicht verfügbar sind.

UNICEF selbst beschreibt weitere Grenzen des Modells. Sie liegen insbesondere dort, wo es um Lebenslagen von Kindern geht, die statistisch nicht erfasst werden. Aufgrund der Datenlage konnten daher spezifische Zielgruppen und Themen, die UNICEF auch vor dem Hintergrund der Kinderrechtskonvention als wichtig erachtet, nicht einbezogen werden. Zu ihnen gehören Kinder, die mit Behinderungen leben, sowie Flüchtlinge, Angehörige ethnischer Minoritäten oder Mitglieder von Einwandererfamilien.

Alle bei UNICEF verwendeten Indikatoren sind aufgrund des internationalen Vergleichs quantitativ erfasst (objektive Daten oder Fragebogen-basiert). Daneben kennt die Wohlbefindensforschung noch die rein qualitative Erfassung, die gerade für lokale Lebensräume Anwendung finden kann. Die drei Ansätze zur Erfassung seien in der Folge kurz charakterisiert, da sie auch im lokalen Kontext jeweils Anwendung finden können.

Statistische Messung

Daten werden in klassischer Form erhoben und ausgewertet. Beispiele: Daten zu Kriminalitätsraten oder zum Anteil öffentlicher Grünflächen.

Geschlossene Fragebogenerhebung

Einschätzungen zur Lebenszufriedenheit werden entlang von Skalen abgefragt. Je nach Zielgruppe können die verwendeten Skalen zur Selbsteinschätzung angepasst werden, um das Verständnis bei der befragten Zielgruppe sicherzustellen. Für Kinder nutzt man hierzu beispielsweise Bilderskalen zur Veranschaulichung, etwa von Sonnenschein bis Gewitter⁹ oder auch glückliche bis traurige Gesichter.¹⁰

Offene Frageformate

Ziel dieser Erfassungsart ist die explorative Ermittlung der für Kinder relevanten Themen, meist mittels offener Interview- oder Abfrageformate. Im »Good Childhood Inquiry« wurden Kindern beispielsweise explorative Fragen gestellt, die diese frei auf den sogenannten »My Life«-Postkarten beantworten konnten. Sie konnten folgende Felder frei ergänzen: »Ich mag ...«, »Ich mag nicht ...« und »Ich wünschte...«.¹¹ Die Auswertung erfolgte durch stichprobenbasierte Auszählung der relevantesten Themengruppen.

Abschließend stellt die folgende Tabelle zusammenfassend verwandte bzw. ähnliche Begriffe und deren Definitionen gegenüber, um Missverständnisse bei der Interpretation der weiteren Studienergebnisse zu vermeiden.

9 PROKIDS Institut für Sozialforschung der PROSOZ Hertel GmbH, 2009: Wir sagen euch mal was.

10 McFall, S. L./Garrington, C. (Hrsg.) 2011: Early findings from the first wave of the UK's household longitudinal study, Colchester: Institute for Social and Economic Research, University of Essex.

11 The Children's Society, 2009.

Box 1: Erläuterung relevanter Begriffe zur Übersicht und inhaltlichen Abgrenzung**Wohlbefinden**

Das Konzept des Wohlbefindens etabliert ein ganzheitliches Verständnis zur Erfassung und Messung der Qualität der Lebenssituation, des Wohlstands und der gesellschaftlichen Teilhabe. Seine Vertreter sind der Auffassung, dass einzelne Faktoren, etwa Einkommen oder Bildung, die Lebenssituation nur ausschnittsweise beschreiben und ihre Betrachtung allein nicht ausreicht, um das Wohlbefinden von Individuen bzw. ganzer Gesellschaften zu erklären.

Subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden beschreibt, wie Individuen ihre Lebenssituation vergleichend zum jeweiligen Umfeld einschätzen. Der Einzelne kann hierbei seine Situation im Kontext der Gesellschaft insgesamt oder auch innerhalb eines kleineren Lebenskreises betrachten.

Wohlbefinden von Kindern

Der Begriff »Wohlbefinden von Kindern« ist als Anwendung des mehrdimensionalen Konzepts des Wohlbefindens auf die Zielgruppe der Kinder zu verstehen. Entscheidend ist, dass dieses Konzept das Kind selbst in den Mittelpunkt stellt.

Glücksforschung

Die Glücksforschung entspricht inhaltlich weitreichend der Forschung zum subjektiven Wohlbefinden. Ziel der Glücksforschung ist zu ermitteln, wie Glück maximiert werden kann, wofür neben materiellem Wohlstand eine Bandbreite anderer Faktoren entscheidend ist (Beispiel: soziale Beziehungen).

Kinderfreundlichkeit

Kinderfreundlichkeit beschreibt die Qualität von Dingen oder Prozessen, die den Bedürfnissen von Kindern entsprechend entworfen und gebaut bzw. implementiert werden. So kann beispielsweise eine Kommune besonders kinderfreundlich sein, weil sie verstärkt Angebote für Kinder macht (vom Spielplatz bis zu Krippenplätzen).

Kindeswohl

Das »Kindeswohl« beschreibt das Wohlergehen eines Kindes oder Jugendlichen sowie dessen gesunde Entwicklung (Beispiel § 1666 Bürgerliches Gesetzbuch). Eine Beeinträchtigung des Kindeswohls kann dann auftreten, wenn Kinder seelisch oder körperlich gefährdet sind oder ein Kind vernachlässigt wird. Der Begriff des Kindeswohls ist nicht gleichzusetzen mit dem Wohlbefinden von Kindern; allerdings wird vermindertes »Kindeswohl« absehbar zu einer Verschlechterung einer oder mehrerer Dimensionen, die das Wohlbefinden von Kindern definieren, führen und somit einen negativen Effekt auf das Wohlbefinden insgesamt haben.

A Internationale Anwendung des Konzepts

Neben dem internationalen Ansatz von UNICEF finden auch auf nationaler Ebene mehrdimensionale Ansätze zur Erfassung des Wohlbefindens von Kindern Anwendung. Die folgende Abbildung zeigt eine Übersicht einiger wichtiger Studien.

TITEL	INITIATOR	DIMENSIONEN					
		Materielles Wohlbefinden	Sicherheit / Gesundheit	Verhalten / Risiko	Beziehungen zu Gleichaltrigen u. Familie	Bildung	Subjektives Wohlbefinden
Overv. o. Child Well-Being		✓	✓	✓	✓	✓	✓
Well-Being Matters		✓	✓	✓	✓	✓	✓
The Child Well-Being Index		✓	✓			✓	✓
Good Child-hood Index		✓	✓		✓	✓	✓
America's Children: Key Ntl. Indicators of Well-Being		✓	✓	✓	✓	✓	
Child and Youth Well-Being Index		✓	✓	✓	✓	✓	
Children and Young People		✓	✓	✓	✓	✓	✓
National Youth Monitor				✓	✓	✓	✓

Abbildung 2: Überblick internationaler Studien zum Wohlbefinden von Kindern

Im Folgenden werden drei Beispiele dargestellt, die die Umsetzung eines mehrdimensionalen Wohlbefindensansatzes in die politische Gestaltung zeigen: Das Resilienzprogramm in Großbritannien stellt dabei den bisher konsequentesten Ansatz dar, Wohlbefinden von Kindern als maßgeblich für die Ausrichtung von staatlichen Angeboten zu definieren. Die Beispiele der irischen und US-amerikanischen Studien zeigen eine starke Verankerung von Studienergebnissen bei der Gruppe der relevanten staatlichen Akteure.

Das Resilienzprogramm in Großbritannien

Von 2007 bis 2008 hat das für Bildung verantwortliche Ministerium¹² Pilotprojekte in drei Verwaltungsbezirken und 22 Schulen durchgeführt. Das Programm sollte ermitteln, wie durch spezielle Angebote in Schulen die Resilienz von Kindern, d. h. ihre Fähigkeit, mit verschiedenen Risikofaktoren besser umzugehen, gestärkt und die subjektive Einschätzung ihrer Lebens- und Zukunftssituation sowie ihr generelles Wohlbefinden verbessert werden können. Die Durchführung des Programms umfasste Trainings für Lehrer und Erzieher sowie eine Serie von Workshops mit den Schülern. Die Evaluation des Programms, auch eine Befragung der Kinder selbst,

¹² Challen, A./Noden, P./West, A./Machin, S. 2009: UK Resilience Programme – Evaluation Interim Report, London: DCSF& LSE.

ergab, dass die teilnehmenden Schüler im Vergleich zu den Kontrollgruppen eine bessere Schulanwesenheitsquote, eine niedrigere Anfälligkeit für Depressionen und mitunter verringerte Angstgefühle aufwiesen.¹³ Diese Ergebnisse waren bei Schülern, die als tendenziell vernachlässigt oder schulisch schwächer eingeschätzt wurden, stärker ausgeprägt und länger feststellbar. Bei der Mehrheit der Schüler waren die Auswirkungen des Programms jedoch bereits nach einem Jahr nicht mehr nachzuweisen. Eine Stichprobe im Herbst 2009 ergab, dass sieben von neun Schulen aus dem ursprünglichen Teilnehmerkreis das Programm weiterhin durchführten. Zudem haben auch Schulen, die nicht an dem Pilotprojekt beteiligt waren, das Programm (in unterschiedlichem Umfang) eingeführt. Langfristige Effekte des Programms werden erst in den kommenden Jahren ermittelbar sein.

Wohlbefinden ist entscheidend: Bericht über die soziale Situation in Irland¹⁴

Die Studie »Wellbeing Matters: A Social Report for Ireland« aus dem Jahre 2009 formuliert konkrete Prioritäten für politisches Handeln zur Stärkung des Wohlbefindens generell, aber auch explizit von Kindern. Das angewandte Lebenszyklusmodell der verschiedenen Altersgruppen der Bevölkerung findet sich auch in der »Towards 2016« Strategie, einem 10-Jahres-Rahmenprogramm (2006-2015) für nationale soziale Herausforderungen. Die Erkenntnisse von »Wellbeing Matters« wurden in Anlehnung an »Towards 2016« genutzt, um Prioritäten für politisches Handeln zu definieren, beispielsweise im Bereich Bildung sowie der frühkindlichen Erziehung.

Amerikas Kinder: Nationale Schlüsselindikatoren für das Wohlbefinden¹⁵

Der Bericht »Key National Indicators of Well-Being« wird seit 1997 jährlich veröffentlicht und informiert anhand verschiedener Faktoren, die relevant für das Wohlbefinden von Kindern sind, sowohl über die aktuelle Lage als auch über Trends im Zeitvergleich. Interessant ist, dass das Forum, welches den Bericht ermöglicht, aus einer Gruppe von 22 verschiedenen Regierungsstellen besteht. Das Wohlbefinden von Kindern wird als grundsätzliches und gesellschaftlich wichtiges Thema erachtet, das nicht einzig im Bereich der Familien- und Kinderpolitik anzusiedeln ist. Ziel des Berichts ist es, Personen, die an der Gestaltung des politischen Handlungsraums beteiligt sind, aber auch die Bürger im Allgemeinen über die Lebenssituation von Kindern in den USA zu informieren. So soll ein umfassendes Bild entstehen und beispielsweise den Behörden, die die erhobenen Daten zur Optimierung ihrer Prioritäten und ihres Handlungsraums nutzen, eine über ihre jeweilige Expertise hinausgehende Informationslage ermöglichen.

13 Challen, A.R. et al. 2010a: Evaluation of the UK Resilience Programme, Final Report (report for the Department for Education), Research Report DFE-PR097, London.

14 Irish National Economic & Social Development Office 2009a, 2009b: Well-being Matters: A Social Report for Ireland, Volume I, II, Dublin.

15 Federal Interagency Forum on Child and Family Statistics 2011: America's Children: Key National Indicators of Well-Being, Washington, DC.

B Wohlbefinden von Kindern in Deutschland

Dem Thema Wohlbefinden von Kindern wird auch in Deutschland vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet. So hat das DJI-Kinderpanel im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Hilfe von Interviews mit Kindern und Eltern untersucht, wie Kinder heute aufwachsen. Die Mehrheit der Kinder gab für sich ein gutes Wohlbefinden an, gleichzeitig sind aber auch über 70 % von ihnen mit Angstgefühlen belastet.

Die KIGGS-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat Kinder und Jugendliche zu ihrer physischen und psychischen Gesundheit und ihrem subjektiven Gesundheitszustand befragt. Unter anderem ergab die Studie, dass 85 % der befragten Kinder und Jugendlichen ihren eigenen Gesundheitszustand als gut oder sogar sehr gut einschätzten, wobei es auch negative Erkenntnisse wie eine relativ große Häufigkeit von Essstörungen gab.

Ein weiteres Beispiel ist das LBS-Kinderbarometer, das eine direkte Befragung von Kindern zu Themen wie Werten, Sport, Ernährung und Zukunftswünschen, aber auch dem »schönsten Erlebnis« und der »größten Angst« durchführte. Bei einem übergreifend positiven Ergebnis zeigt die Studie, dass die größte Angst ein Versagen in der Schule zu sein scheint.

Die vom World Vision Institut verantwortete 2. World Vision Kinderstudie 2010 ist eine repräsentative Befragung von Kindern in Deutschland zu ihrer Lebenssituation und ihrem Wohlbefinden. Ziel ist, den sechs- bis elfjährigen Kindern eine Stimme zu geben, ihnen zuzuhören, ihre Sichtweisen kennenzulernen und daraus Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft abzuleiten. Die große Mehrheit dieser Kinder ist mit ihren Lebensverhältnissen in Familie, Freizeit, Freundeskreis und Schule zufrieden und fühlt sich wohl. Aber es gibt auch einige Kinder, die für ihr Leben schon in sehr jungen Jahren keine Perspektive mehr sehen und sich in ihren Rechten beschnitten fühlen.

Die UNICEF-Studie 2010 zur Lage der Kinder in Deutschland stellt die aktuellste Datengrundlage zum Wohlbefinden von Kindern in Deutschland dar. Im Folgenden sind die Ergebnisse kurz zusammengefasst.

Insgesamt belegte Deutschland 2010 einen guten Mittelplatz. Im Vergleich zur UNICEF-Studie zum Wohlbefinden von Kindern aus dem Jahre 2007 konnte Deutschland seinen Rang in drei Dimensionen verbessern: »Bildung«, »Verhalten und Risiko« sowie »Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie«. Die Kernergebnisse sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

	Platzierung 2010	Platzierung 2007
Materielles Wohlbefinden	14 (-1)	13
Gesundheit und Sicherheit	11 (-)	11
Bildung	6 (+4)	10
Beziehungen	9 (+4)	13
Verhalten und Risiko	7 (+4)	11
Subjektives Wohlbefinden	9 (-)	9
GESAMT	8 (+3)	11

Abbildung 3: Deutschlands Position im internationalen Vergleich des Wohlbefindens von Kindern im Vergleich mit 21 Industrieländern¹⁶

- :: **Materielles Wohlbefinden** – Überraschend ist das vergleichsweise schlechte Abschneiden Deutschlands. So scheinen andere OECD-Länder wie Schweden oder Frankreich besser in der Lage zu sein, ihre Kinder vor relativer Armut zu schützen.
- :: **Gesundheit und Sicherheit** – In der Dimension »Gesundheit und Sicherheit« liegt Deutschland unverändert im Mittelfeld.
- :: **Bildung** – Das verbesserte Abschneiden Deutschlands in dieser Dimension scheint auf die vergleichsweise gute Situation bezüglich der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am formalen Bildungssystem insgesamt zurückführbar zu sein. Dieses geht auch über im engeren Sinne schulische Angebote hinaus und schließt Ausbildungsplätze ein.
- :: **Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen** – Die Autoren relativieren das verbesserte Abschneiden in dieser Dimension vor dem Hintergrund der komplexen Erwartungen, die Gesellschaft und Politik in Deutschland an Eltern stellen. Insgesamt sehen sie gerade die Beziehung des Kindes zu den Eltern eher kritisch und führen aus, dass beispielsweise die Einführung von mehr Ganztagsangeboten Eltern in puncto Hausaufgabenbetreuung weiter entlasten und zu einem positiveren Verhältnis zwischen Kind und Eltern beitragen könnte.
- :: **Verhalten und Risiko** – Die Verbesserung in der Dimension »Verhalten und Risiko« ist teilweise auf den vergleichsweise niedrigeren Drogenkonsum und seltenere Verwicklung in physische Auseinandersetzungen zurückzuführen.
- :: **Subjektives Wohlbefinden** – Hier belegt Deutschland einen mittleren Platz. Das hängt zum einen damit zusammen, dass in Deutschland die Jugendlichen ihre Gesundheit als ausreichend oder mangelhaft bezeichnen, und zum anderen ist hier der Anteil der Jugendlichen, die sich als Außenseiter erleben, höher als in anderen Ländern.

¹⁶ Bertram, H./Kohl, S./Rösler, W. 2011: Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012. Starke Eltern – starke Kinder: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe.

C Wohlbefinden von Kindern in lokalen Lebensräumen – Recherche zur aktuellen Praxis in Deutschland

Das Konzept des Wohlbefindens von Kindern gewinnt in Deutschland und Europa im öffentlichen und politischen Diskurs zunehmend an Bedeutung. In der Praxis vor Ort gibt es bereits zahlreiche Initiativen, die sich für das Wohlbefinden von Kindern einsetzen. Einige von ihnen wirken auf mehrere Dimensionen des Wohlbefindens ein, meist jedoch, ohne bewusst auf das mehrdimensionale Konzept Bezug zu nehmen.

Für diese Studie hat Roland Berger Strategy Consultants im Rahmen einer deutschlandweiten Recherche positive Beispiele solcher Initiativen¹⁷ recherchiert. Grundlage der Erstauswahl waren zunächst Preise bei Wettbewerben, andere Auszeichnungen und Empfehlungen von Experten. Aus über 200 identifizierten Initiativen haben wir 31 für eine detaillierte Betrachtung ausgewählt und stellen 20 in Kurzprofilen vor (S. 53–60). Diese Auswahl umfasst vergleichsweise breite Ansätze, die mehrere Dimensionen des UNICEF-Modells abdecken. Darüber hinaus wurden auch besonders innovative Ansätze mit einem engeren Fokus näher analysiert.

Die nächsten beiden Kapitel gehen zwei Kernfragen nach.

Wie sieht gute Praxis aus?

Was sind die typischen Charakteristika guter Praxis? Wer initiiert die Initiativen, und wie sind sie organisiert? Welche Problemlagen und Zielgruppen werden mit welchen Angeboten angesprochen? Wie erfolgt die Einbettung in den lokalen Kontext?

Wie funktioniert gute Praxis?

Welche Faktoren führen zu erfolgreicher Praxis? Welche Hemmnisse sind vor Ort zu überwinden?

Wie sieht gute Praxis aus? – Ein Überblick

Zur Charakterisierung der betrachteten Initiativen gehen die folgenden Kapitel auf vier Bereiche ein: Handlungsschwerpunkte, Initiativarten, Gründung und Organisationscharakteristika und Einbettung in den lokalen Kontext.

Handlungsschwerpunkte

Die von Initiativen vor Ort wahrgenommenen konkreten Probleme für Kinder sind vielfältig. Häufig werden die mangelnde Teilhabe an Bildungs- und Freizeitangeboten, die Verwahrlosung in Familien, mangelnde Bewegungsangebote und zu geringe Deutschkenntnisse genannt.

Die Befragung der einzelnen Initiativen hat gezeigt, dass der ganzheitliche Ansatz in wenigen Fällen konsequent gelebt wird. Vielmehr zeigt sich ein »indirektes« Bewusstsein für die Wichtigkeit eines multidimensionalen Ansatzes über die lokal wahrgenommenen Missstände.

¹⁷ Unter Initiativen werden Organisationen und Aktivitäten verstanden, die die Stärkung des Wohlbefindens von Kindern zum Ziel haben.

Des Weiteren hat die UNICEF-Dimension »subjektives Wohlbefinden« in Bezug auf das Thema Resilienz bisher nur wenig Einzug in das Verständnis von Wohlbefinden von Kindern gefunden. Dabei handelt es sich um einen Ansatz, der Kinder dazu befähigen soll, trotz schwieriger Lebensumstände eine gute Entwicklung zu nehmen. Die Forschung sieht die Entwicklung der kindlichen Resilienz als Folge des Wohlbefindens von Kindern und räumt ihr damit eine wichtige Rolle ein. Doch während beispielsweise in Großbritannien Programmen zur Stärkung der kindlichen Resilienz bereits Beachtung geschenkt wird, sind in Deutschland nur vereinzelte Ansätze zu beobachten.

Abbildung 4 illustriert die Abdeckung der UNICEF-Dimensionen durch die befragten 31 Initiativen und erlaubt einige Rückschlüsse über die Prioritäten von Initiativen bei der Förderung von Wohlbefinden.



Abbildung 4: Abdeckung der UNICEF-Dimensionen [Anzahl Initiativen relevanter Praxis, die UNICEF-Dimensionen abdecken, n=31]

Die Dimension der Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen wird von den Initiativen am häufigsten abgedeckt: Sie beeinflussen das Wohlbefinden von Kindern auch in anderen UNICEF-Dimensionen. Eine gute familiäre Beziehung ist ein wichtiger Einflussfaktor für Gesundheit und Bildungserfolg von Kindern. Dies bestätigen auch Erkenntnisse aus der Forschung. So wurde beispielsweise gezeigt, dass der Bildungserfolg maßgeblich durch kindliche Beziehungen zu Eltern und die Anzahl der Freunde beeinflusst wird.¹⁸

Das materielle Wohlergehen wird hingegen vergleichsweise selten adressiert. Dies ist vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Arbeiten und dem vergleichsweise schlechten Abschneiden Deutschlands im aktuellen UNICEF-Bericht in dieser Dimension überraschend. Die Gespräche mit Initiativen und der aktuelle Forschungsstand zum Wohlbefinden von Kindern lassen auf verschiedene Gründe für diese Beobachtungen schließen. Viele Initiativen argumentieren damit, dass der Staat für die Umverteilung von materiellem Wohlstand verantwortlich sei und den Initiativen zur Beeinflussung der materiellen Ausstattung die Mittel fehlten. Außerdem sei das Hauptproblem nicht die materielle Ausstattung von Kindern auch aus benachteiligten Haushalten, sondern die mangelnde Teilhabe an Bildungs- und Betreuungsangeboten

¹⁸ Krappmann, W./Oswald, H. 1995: Alltag der Schulkinder. Beobachtungen und Analysen von Interaktionen und Sozialbeziehungen, Weinheim: Juventa.

sowie eine oft unterentwickelte Erziehungskompetenz von Eltern. Letztlich wird betont, dass Kinder sich auch bei geringem materiellen Wohlstandsniveau gut entwickeln können, wenn sie über Schutzfaktoren der Resilienz verfügen.

Das subjektive Wohlbefinden im Sinne des direkten Befragens der Kinder und Jugendlichen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit wird nur selten abgedeckt. Oft genannter Grund ist die Schwierigkeit der Messung und die als zweifelhaft wahrgenommene Validität der Aussagen von Kindern bei Befragungen zu ihrem Wohlbefinden.

Die Tendenz von Initiativen, Beziehungen sehr häufig und materielles und subjektives Wohlbefinden sehr selten zu adressieren, wurde auch in anderen Studien herausgestellt.¹⁹

Demgegenüber lassen sich bei der Analyse von Zielgruppen bisher wenig diskutierte Ergebnisse ableiten. Die näher betrachteten Initiativen wenden sich meist an Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 19 Jahren, während jüngere Altersgruppen kaum zur Zielgruppe gehören (nur 25 % aller Nennungen). Dabei ist überraschend, dass so wenig auf die Altersgruppe unter sechs Jahren fokussiert wird, obwohl sie aufgrund ihrer besonders hohen Lern- und Prägungsfähigkeit für eine Frühförderung geeignet wäre.

Eltern werden als Zielgruppe wahrgenommen: Initiativen sind bestrebt, von ihnen vermittelte Ansätze zur Steigerung des Wohlbefindens von Kindern auch in die Familien zu tragen und dort weiter zu fördern. Daher ist die Elternbildung ein oft mit der Zeit gewachsener Bestandteil der Tätigkeit von Initiativen. Allerdings klafft zwischen Anspruch und Umsetzung häufig noch eine Lücke – nur ausgewählte Initiativen haben erfolgreiche Modelle der Elterneinbindung etabliert.

Sozial benachteiligte Kinder (5 % der Initiativen) und Kinder mit Migrationshintergrund (10 % der Initiativen) sind zwar zahlenmäßig in Initiativen stark vertreten. Sie werden aber meist nicht unmittelbar als Zielgruppe adressiert: So sehen lediglich 5 % der Initiativen sozial benachteiligte Kinder und 10 % Kinder mit Migrationshintergrund als spezifische Zielgruppe.

Initiativenarten

Die einzelnen Initiativen wurden anhand der beiden Kriterien »Abdeckung der UNICEF-Dimensionen« und »inhaltliche Ausgestaltung« charakterisiert.

Es gibt Initiativen, deren Angebote eine einzelne Dimension fokussiert adressieren. Beispielsweise konzentrieren sich einige Initiativen auf das Thema »Kinder-gesundheit«. Andere Initiativen verfolgen hingegen einen ganzheitlichen Ansatz und adressieren mehrere Dimensionen gleichzeitig. Beispielsweise ergänzen einige Kindertageseinrichtungen die klassische Betreuung (Dimension der Beziehung) mit Sprachförderung (Dimension der Bildung), gesunder Ernährung oder frühkindlicher Bewegung (Dimension der Gesundheit).

¹⁹ Z. B. Kroll, C. 2010: Erfolgreiche Interventionsstrategien zum Wohlergehen von Kindern, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Der ganzheitliche Ansatz adressiert alle Einflussfaktoren des Wohlbefindens. Demgegenüber decken »fokussierte« Initiativen sehr gezielt und spezifisch Themen ab, die von anderen Initiativen in diesem Maße nicht aufgegriffen werden. Außerdem lassen sie sich oft mit anderen Angeboten vernetzen und können so Teil eines holistischen Ansatzes sein. Daher werden auch besonders innovative Angebote, die eine Vernetzung zulassen, näher betrachtet.

Im Rahmen der vorliegenden Studie konnten 13 verschiedene Typen von Initiativen unterschieden werden:

a) Fokussierte Ansätze

:: »Austausch untereinander« - Die Initiativen ermöglichen den direkten Austausch zwischen Kindern und Jugendlichen. Der Austausch kann je nach Altersgruppe zu politischen Themen, Sexualität und Beziehungen oder auch über Online-Spiele für Kinder, wie gemeinsam zu komplettierende Puzzles, erfolgen. Diese Plattformen sind oft Internetseiten, für die eine Anmeldung erforderlich ist und die durch eine pädagogische Fachkraft betreut wird. Eine Initiative dieser Kategorie kann aber auch ohne eine Internetplattform auskommen und ihre Aktivitäten beispielsweise in der freien Natur ausüben. Dabei übernehmen Kinder und Jugendliche stets selbst Verantwortung und bleiben weitgehend unter sich.

Beispiel: Initiative »Ashoka Jugendinitiative« (Ashoka gGmbH)

:: »Gesundheitserziehung« - Kinder werden durch Informationsveranstaltungen oder das Internet spielerisch an die Themen »Gesundheit« und »Ernährung« herangeführt. Beispiel: Initiative »Unterwegs nach Tutmirgut« (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

:: »Interaktives Lernen und Erleben« - Initiativen bieten innovatives Lernen und Erleben für Kinder. Ein besonderes Merkmal ist hier, dass Kinder aktiv in die Gestaltung des Angebots einbezogen werden. So können Kinder künstlerische, musikalische und naturwissenschaftliche Kenntnisse durch praktisches Austesten ihrer Fähigkeiten unter pädagogischer Anleitung erwerben.

Beispiel: Zirkuspädagogisches Projekt »Harlekids« (Harlekids e. V.)

:: »Soziale Wertevermittlung« - Initiativen wollen Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Werte wie Demokratieverständnis und Zivilcourage näherbringen. Diese Form der politischen Bildung wird häufig durch Sport oder Musik vermittelt. Beispiel: Initiative »Culture Clash« (Culture Clash e. V.)

b) Ganzheitliche Ansätze

:: »Regel+« - Dabei handelt es sich um pädagogische Einrichtungen wie Kindertageseinrichtungen oder Schulen, die mit Hilfe weiterer Dienste für Kinder einen holistischen Ansatz zur Förderung des Wohlbefindens verfolgen. Ergänzende Angebote sind dabei Erziehungsberatung, Gesundheitsdienste oder zusätzliche Sprachförderung.

Beispiel: Initiative »Campus Rütli« (Senatsverwaltung der Stadt Berlin)

- :: »Familienhelfer« - Initiativen unterstützen Familien, die in Not geraten sind oder bei der Alltagsbewältigung Hilfe benötigen. Die Unterstützung kann finanzieller Natur sein, etwa durch Vergünstigung von Angeboten für junge Familien. Sie kann aber auch ideell sein, beispielsweise durch ehrenamtliche Hilfe bei Einkäufen und Arztbesuchen kurz nach der Geburt der Kinder.
 Beispiel: Initiative »wellcome« (wellcome gGmbH)
- :: »Patenschaft« - Initiativen vermitteln Paten an Familien oder Kinder und Jugendliche. Die Paten können Senioren oder Studierende sein und unterstützen Kinder und Jugendliche beispielsweise beim Übergang von der Schule zum Beruf.
 Beispiel: Initiative »Rock Your Life!« (RockYourLife gGmbH)
- :: »Sozialer Enabler« - Dabei handelt es sich um Initiativen, die in Not geratenen Kindern und Jugendlichen dabei helfen, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie beraten beispielsweise Kinder und Jugendliche, ihr Recht auf BAföG bereits im Schulalter geltend zu machen. Außerdem werden Kinder, die von ihren Eltern der Wohnung verwiesen werden, durch ein pro-bono Juristennetzwerk hinsichtlich möglicher Unterhaltszahlungen beraten.
 Beispiel: »Initiative Habakuk« (Caritasverband Stuttgart)
- :: »Kindertafeln« - Der Fokus dieser Initiativen liegt darauf, sozial benachteiligten Kindern eine warme Mahlzeit anzubieten und sie gleichzeitig in anderen Bereichen der kindlichen Entwicklung, beispielsweise der Bildung, zu fördern.
 Beispiel: Initiative »Die Arche« (Die Arche e. V.)
- :: »Lokale Problemlösungen« - Initiativen wollen das Wohlbefinden von Kindern im lokalen Lebensraum verbessern, indem zunächst ein Bewusstsein für das Wohlbefinden von Kindern geschaffen wird und Akteure lokal zu einer Netzwerkpartnerschaft zusammengebracht werden.
 Beispiel: Initiative »Familiennetzwerk Nordhausen« (JugendSozialwerk Nordhausen e. V.)
- :: »Erlebnis durch Bewegung« - In diesen Initiativen werden Kenntnisse über Bewegung und sportliche Betätigung vermittelt, oft auch zu den Themen gesunde Ernährung und Naturkunde. Gleichzeitig erwerben Kinder soziale Kompetenzen, weil die meisten Aktivitäten nicht nur in der freien Natur, sondern auch in der Gruppe erfolgen. Ein Beispiel für diese Initiativenart sind Erlebnishöfe für Kinder. Dort können Kinder auf einem großen Gelände spielen. Außerdem helfen sie bei der Pflege der dortigen Tiere.
 Beispiel: Initiative »Kinderabenteuerhof Freiburg« (Kinderabenteuerhof e. V.)
- :: »Prävention und Beratung« - Kinder und Jugendliche werden durch pädagogische Trainings vor Gefahren wie Drogensucht und übermäßiger Gewalt geschützt. Das geschieht vor allem durch gesundheitliche Aufklärung und Stärkung des Selbstbewusstseins. Außerdem betreuen diese Initiativen auch besonders auffällige Jugendliche, um sie beispielsweise nach Strafvollzug oder Drogensucht mental zu stabilisieren und Rückfälle zu verhindern.
 Beispiel: Initiative »Work and Box Company« (hand in gGmbH)

:: »Positive Peer-Kultur« - Dieser Ansatz verfolgt die Förderung der Resilienz (Widerstandsfähigkeit der kindlichen Seele) durch Peer-Gruppen. Unter pädagogischer Anleitung lösen Kinder Konflikte selbstständig und erörtern ihr Wohlbefinden innerhalb der Peer-Gruppe. Ziel ist es, die Beziehungen zu Gleichaltrigen zu verbessern und gleichsam soziale Kompetenzen zu erlernen.
Beispiel: Initiative »Positive Peer-Kultur – Gemeinsam statt Einsam«
(Professor Günther Opp, Universität Halle)

Gründung und Organisationscharakteristika

In diesem Kapitel werden die organisatorischen Eckpunkte der Initiativen²⁰ dargestellt: Dies umfasst ihre Entstehung, die Vorstellung der Träger von Initiativen sowie ihrer organisatorischen Strukturen wie Personalstruktur und Finanzierung.

Für die Gründung von Initiativen sind die involvierten Persönlichkeiten von hoher Bedeutung. Rund die Hälfte der interviewten Initiativen ist auf engagierte Einzelpersonen zurückzuführen, welche meist auf Dauer die Initiativen operativ führen. Ihre Biographie ist in nahezu allen Fällen eng mit der Gründung der jeweiligen Initiative verbunden. Ferner spielt die Identifikation mit dieser Persönlichkeit für die Vernetzung mit Partnern auf der lokalen Ebene und als Erfolgsfaktor eine wichtige Rolle, siehe auch »Erfolgsfaktor Vernetzung« auf S. 38f.

20 Wenn im Folgenden von Initiativen gesprochen wird, so sind damit die 31 von uns näher betrachteten gemeint, s. S. 53–60.

Die folgende Box enthält zwei beispielhafte Biographien, die den Bezug zwischen persönlicher Erfahrung und der Gründung von Initiativen illustrieren.

Box 2: Zwei beispielhafte Gründerbiographien

Zitat Angelika Pfeiffer, Programmleitung »KiFa«

»Wohlbefinden bedeutet das Abdecken des individuellen Bedarfs und der Bedürfnisse von Kindern. Dies bedeutet auch das regelmäßige Erleben schöner gemeinsamer Zeit mit ihren Eltern. Der Ansatz von KiFa ist es, die Stärken und Ressourcen der Eltern zu nutzen, Eltern als Mentoren sind Sprachrohr und bauen Brücken, Eltern lernen mit- und voneinander. Durch die enge Anbindung an die Bildungseinrichtungen gelingt es, die Erziehungspartnerschaft zu stärken. Kindern wird durch speziell entwickelte Materialien, die vielfältige Anregungen für zuhause bieten, eine positive Entwicklung und erfolgreiche Bildungsbiographien ermöglicht ... ein ganzheitlicher Ansatz ist in Ludwigsburg entstanden, der aktuell in 12 Kommunen in Baden-Württemberg umgesetzt wird«.

Angelika Pfeiffer ist Dipl. Sozialpädagogin (BA) und systemische Familientherapeutin und hat die Programmleitung von KiFa inne. Die Motivation, KiFa zu gründen, entsprang der Tatsache, dass gute Bildungseinrichtungen alleine nicht ausreichen, um den Kindern gute Bildungschancen zu ermöglichen. Die Eltern als Vorbild ihrer Kinder müssen erreicht, in ihren Erziehungs- und Bildungskompetenzen gestärkt und systematisch in den Lernprozess ihrer Kinder einbezogen werden. Hier setzt KiFa an, indem es Sprachentwicklung und Elternbildung in Kitas und Grundschulen anbietet. Ausgebildete KiFa-Trainer qualifizieren hierfür Erzieherinnen, Grundschullehrer und Eltern gemeinsam.

Zitat Professor Eghbal Hajabi, Gründer von »Culture Clash«

»Gleichbehandlung, Vertrauen, Geborgenheit und Sicherheit für Kinder – das sind Bedingungen, um Wohlbefinden von Kindern zu fördern und eine Basis für gelungene Integration zu schaffen«.

Prof. Dr. Eghbal Hajabi, geboren 1956 in Sanandaj, ist kurdisch-iranischer Herkunft. Er ist Musikwissenschaftler, Musikpädagoge, Komponist und Dirigent von Beruf und aus Berufung. Seit 2007 hat er verschiedene Musikprojekte in der Stadt Bergheim erfolgreich geleitet, darunter insbesondere »Culture Clash«, ein Projekt zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligten Kindern durch musikalische Förderung. Selbst nach Deutschland migriert, weiß Eghbal Hajabi, wie wichtig gelungene Integration für junge Menschen ist, und kann aufgrund seiner eigenen Biographie die Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gut verstehen.

Träger der Initiativen kommen aus dem privaten und dem öffentlichen Bereich. Zu den privaten Trägern gehören beispielsweise gemeinnützige Vereine, Stiftungen oder Wohlfahrtsverbände. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die nicht formalisiert sind und auf dem losen Verbund von ehrenamtlich Engagierten fußen.

In den vergangenen Jahren haben sich zunehmend Sozialunternehmen etabliert, meist in der Rechtsform als (gemeinnützige) gGmbH. Sie verfügen in der Regel über mehrere hauptverantwortliche Mitarbeiter und ein professionelles Berichtswesen.

Unter den öffentlichen Trägern sind vor allem Kommunen sowie vereinzelt Bundes- und Landesbehörden aktiv.

Initiativen, die durch Bundes- und Landesbehörden getragen werden, werden häufiger in mehreren Standorten aktiv als die anderen Akteure. Allerdings sind auch erfolgreiche Beispiele zu nennen, die aus privater Trägerschaft eine in der Fläche etablierte Organisation geschaffen haben, etwa die Arche.

Mit 80 % ist die Mehrheit der fast 200 Initiativen erfolgreicher Praxis in privater Trägerschaft. Die Rechtsform des gemeinnützigen Vereins wird besonders häufig gewählt (von rund einem Drittel aller Initiativen). Sie erlaubt eine juristische Formalisierung der Initiativen und ist ohne hohe bürokratische Hürden zu gründen.

Die Personalstruktur der Initiativen reicht von weniger als einem Dutzend Ehrenamtlicher bis zu 200 ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Mehrheit der näher betrachteten Initiativen verfügt über einen oder maximal zwei hauptamtliche Mitarbeiter, sporadisch eingesetzte Honorarkräfte und 10-20 ehrenamtliche Mitarbeiter. Daraus ergibt sich meist die folgende Arbeitsteilung: Die hauptamtlichen Mitarbeiter sind für Verwaltungsfragen und die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützen die operative Arbeit, z. B. in Schulen oder Kindertagesstätten. Honorarkräfte werden oft für die technische Betreuung auf Zeit beauftragt, beispielsweise zur Konzeption eines Internetauftritts.

Unterschiede bestehen auch im Fundraising und im Zugang zu Finanzierungsquellen. Viele Initiativen beziehen ihre Mittel aus befristeter Projektförderung – von kommunaler, Landes- oder Bundesebene bis hin zum Europäischen Sozialfonds. Die Projektfinanzierung läuft gewöhnlich über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren; im Anschluss ist meist eine Verlängerung möglich.

Andere Initiativen greifen auf Stiftungskapital und/oder gute Verbindungen zu Unternehmen zurück. Einige wenige Initiativen verfügen über keinerlei (mittelfristig) kontinuierlich verfügbare Mittel. Diese Initiativen richten sich ausschließlich auf die Projektarbeit aus, bei der Auftraggeber die Ausgaben für benötigte Materialien nur für die Dauer des Projekteinsatzes (meist wenige Wochen) decken.

Unterschiede im Zugang zu Finanzierungsquellen spiegeln sich erwartungsgemäß in sehr unterschiedlichen Budgets der Initiativen wider. Das jährliche Budget variiert zwischen 5 000 und 1 500 000 Euro. Die meisten Initiativen verfügen über 10–60 000 Euro.

Die Bandbreite der Organisationsstrukturen zeigt, dass es keine »typische Initiative« gibt. Damit spiegeln die Initiativen das breite Spektrum bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. So sind beispielsweise auch bei den »Lokalen Bündnissen für

Familie« vielfältige Organisationsformen und -größen zu beobachten, ohne dass notwendigerweise ein bestimmtes Modell größeren Erfolg hat.

Einbettung in den lokalen Kontext

Die Befragung der 31 Initiativen hat bezüglich des lokalen Kontextes drei wesentliche Erkenntnisse hervorgebracht.

Alle Initiativen sind entweder aufgrund einer Problemsituation vor Ort entstanden oder richten ihr Angebot an den ganz spezifischen Bedürfnissen vor Ort aus. Sie haben damit zutiefst lokalen Charakter. Ihr Engagement und ihre Aktivitäten entstehen aus genauer Kenntnis, nicht selten aus eigener persönlicher Betroffenheit (s. »Gründung und Organisations-Charakteristika«). Die Akteure – ob als Einzelperson oder Initiative – sind vor Ort bekannt und genießen in der Regel bereits durch ihre lokale Verankerung hohe Akzeptanz. Diese erleichtert den Aufbau und die Entwicklung von Aktivitäten zum Wohlbefinden von Kindern.

Dabei sind Initiativen keineswegs so spezifisch, dass ihr Ansatz und Vorgehen nicht auch an anderer Stelle angewandt werden könnten. So verfügen auch bundesweit tätige Initiativen über lokale Koordinatoren, welche die inhaltliche Arbeit der Initiativen an örtliche Gegebenheiten anpassen. Dabei zeigt sich, dass die lokale Perspektive und das Entwickeln von Ansätzen aus der unmittelbaren Umgebung heraus die Verankerung und Einbettung wesentlich erleichtern.

Alle Initiativen kooperieren regelmäßig mit anderen Akteuren vor Ort, wobei die meisten Initiativen mindestens einen regelmäßigen Austausch, in vielen Fällen eine Koordination, mit der Kommune etabliert haben.

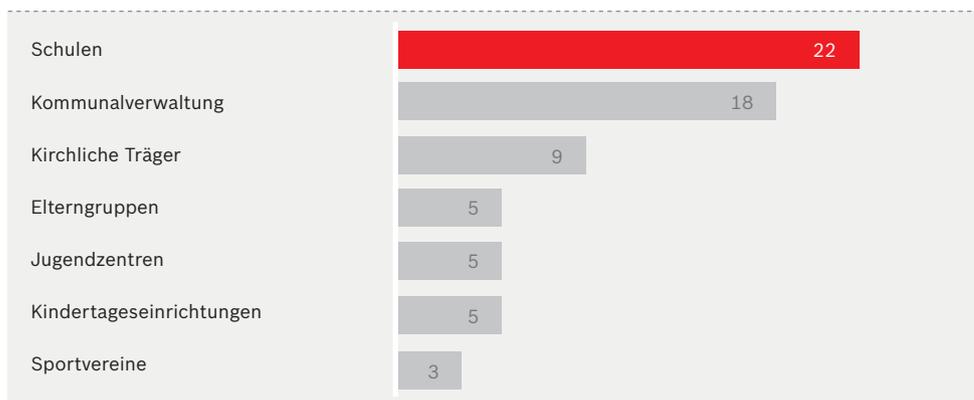


Abbildung 5: Interaktion von Initiativen mit Akteuren vor Ort [Anzahl Initiativen guter Praxis, die mehr als einmal im Monat mit genannten Akteuren interagieren, n=31]

Der ganzheitliche Ansatz zur Förderung des Wohlbefindens von Kindern macht das Zusammenwirken mit anderen Akteuren vor Ort unerlässlich, da idealerweise verschiedene Angebote für Kinder kombiniert werden. Allerdings zeigt sich, dass die Zusammenarbeit von Initiativen mit lokalen Akteuren eher von praktischen Gesichtspunkten (wie der Bereitstellung von Räumlichkeiten oder anderen Sachmitteln) geprägt wird, während die explizite inhaltliche Orientierung an einem ganzheitlichen Wohlbefindensansatz nur schwach ausgeprägt ist (s. »Handlungsschwerpunkte«). Wo hingegen eine ganzheitliche Förderung des Wohlbefindens von Kindern durch einen lokalen Vernetzer, etwa ein »Kinderbüro«, vorangetrieben wird, zeigt sich, dass die Initiativen über ein stärkeres Bewusstsein des ganzheitlichen Wohlbefindensansatzes verfügen und es in der Folge expliziter in ihre inhaltliche Arbeit einbeziehen.

Es hat sich eine Art neuen Zusammenwirkens von Zivilgesellschaft und öffentlichem Sektor gezeigt: Die Initiative bzw. der Impuls für Aktivitäten im Bereich des Wohlbefindens von Kindern geht zumeist von Akteuren der Zivilgesellschaft aus. Sie suchen den Kontakt zur kommunalen Seite und treiben hier häufig aktiv eine Vernetzung der Angebote voran. Die Initiativenart der »lokalen Problemlöser« (s. »Initiativenarten«) kann hier beispielhaft angeführt werden. Von ihr gehen oftmals Impulse aus, etwa zu einer stärker an Kindern orientierten Stadtteilgestaltung. Diese Impulse werden dann von der Kommunalverwaltung aufgegriffen und gemeinsam umgesetzt.

Erfolgsfaktoren guter Praxis

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Vielfalt von Initiativen zum Wohlbefinden von Kindern dargestellt: Sie unterscheiden sich in ihren Ansätzen zur Förderung des Wohlbefindens von Kindern, ihrer Organisationsstruktur und bezüglich der Einbettung in den lokalen Kontext. Es ist deutlich geworden, dass bereits häufig eine Verzahnung der aus Eigeninitiative entstandenen Initiativen mit kommunalen Angeboten erfolgt. Ein kommunales Gesamtkonzept hierzu konnte bisher aber nicht beobachtet werden.

Alle Initiativen haben gemeinsam, dass sie Beispiele guter, erfolgreicher Praxis sind. Aus der Analyse können relevante Erfolgsfaktoren abgeleitet werden.

Folgende Punkte werden in der Folge näher ausgeführt:

- :: Vernetzung
- :: Professionalität und Öffentlichkeitsarbeit
- :: Führungspersönlichkeit
- :: Notwendige Rahmenbedingungen
- :: Einbindung der Eltern
- :: Partizipation der Kinder
- :: Evaluation unter Einbindung des Feedbacks der Kinder

Vernetzung

Vernetzung kann als Verbindung von Initiativen mit anderen Initiativen oder Institutionen (Schulen, Behörden) verstanden werden und wird charakterisiert durch ein Mindestmaß an Formalisierung der Zusammenarbeit. Dazu dienen gemeinsam entwickelte Leitlinien, regelmäßige und formalisierte Treffen bis hin zum Zusammenschluss, etwa als Dachorganisation.

Für den ganzheitlichen Ansatz des Wohlbefindens von Kindern ist Vernetzung ein Schlüsselfaktor, da keine einzelne Initiative oder Institution ein vollständiges Angebot bieten kann und sollte. Somit ist Abstimmung untereinander entscheidend. Im lokalen Lebensraum tauschen sich die Akteure aus: Eltern, Bildungseinrichtungen und kommunale Verantwortliche bis zu zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Insgesamt ist die Vernetzung mit Schulen (22 von 31 Initiativen) am stärksten ausgeprägt. Schulen sind ein geeigneter Partner, weil dort Kinder verschiedenen Alters angesprochen und gemeinsame Veranstaltungen mit Lehrern koordiniert werden können. Außerdem werden mehrere UNICEF-Dimensionen im schulischen Kontext relevant - neben der Dimension der Bildung etwa auch Beziehungen zu Gleichaltrigen sowie die Dimension »Verhalten und Risiko«. Zudem sind Lehrer oftmals aufgeschlossen gegenüber zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, da sie aufgrund ihrer Spezialisierung die Kinder in Schulen und Kindertagesstätten individueller fördern und begleiten können. Auch mit der Kommunalverwaltung (Unterstützung, Finanzierung) gibt es häufig eine Vernetzung. Kindertagesstätten hingegen sind vergleichsweise selten Netzwerkpartner. Dies überrascht und müsste vertieft untersucht werden.

Bestehende Formen der Vernetzung zeigen allerdings, dass es vor Ort in der Regel an einer systematischen Vernetzungsstrategie mit dem expliziten Ziel eines möglichst ganzheitlichen Ansatzes für das Wohlbefinden von Kindern fehlt. Das bedeutet: Initiativen vernetzen sich vor allem, um ihre eigenen Angebote weiterzuentwickeln, und nicht mit dem Ziel, Teil einer Gesamtstrategie zur Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern auf lokaler Ebene zu sein. Dies deckt sich mit der Erkenntnis, dass das Verständnis um den Ansatz des Wohlbefindens nur schwach ausgeprägt zu sein scheint.

Die Initiativen, die Vernetzung erfolgreich betreiben, setzen allesamt stark auf das persönliche Engagement ihres Gründers/ihrer Gründerin bzw. Leitung. Sie sind hauptverantwortlich für den Aufbau von Kontakten und ihre Pflege. Verbindliche Kooperationsvereinbarungen sind auch bei den vorbildlichen Initiativen bisher eher die Ausnahme. Auf bestehende Netzwerke, etwa für Fundraising, wird selten zurückgegriffen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Aufbau und die Pflege von Netzwerken systematischer betrieben werden sollte. Gemeinsame Ziele müssen erarbeitet und in Vereinbarungen und Maßnahmen festgehalten werden. Ein Beispiel für gelungene Vernetzung ist die Initiative »welcome«. Die Zusammenarbeit mit Akteuren, die für die Angebote der Initiative für neue/junge Eltern essenziell sind - Hebammen, medizinischer Dienst und Kitas -, wird aktiv gepflegt und liegt in der Verantwortung der Gründerin.

Professionalität und Öffentlichkeitsarbeit

Ein professioneller Auftritt ist entscheidend, um Eltern und Netzwerkpartner vom Angebot und Selbstverständnis der Initiative zu überzeugen und Finanzgeber zu gewinnen.

Elemente eines professionellen Auftritts umfassen unter anderem einen übersichtlichen und ständig aktualisierten Internetauftritt und verfügbares Informationsmaterial wie Broschüren oder Flyer. Dabei wird auch das Angebot von zielgruppenspezifischen Internetseiten gut angenommen. Es dient der direkten Ansprache und Vertrauensbildung von unterschiedlichen Nutzergruppen, etwa Eltern, Kinder, sonstige Interessierte.

Weiterhin sollten wichtige Prozesse formal dokumentiert sein, gerade im Hinblick auf den Umgang mit Kindern (Kindeswohl) und die Auswahl von Personal. Dies bildet die Basis für Qualitätssicherung, welche wiederum bei Fundraising und Überzeugung der Eltern vom eigenen Konzept eine entscheidende Rolle spielt.

Die Mehrheit der Initiativen (24 von 31) räumen Professionalität und Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert ein. Dennoch zeigt die Praxis, dass insbesondere kleine Initiativen aufgrund eingeschränkter personeller Ressourcen diesem Anspruch nicht immer gerecht werden können.

Ansatzpunkte für Verbesserung bestehen somit bei Managementkapazität und Methodenwissen. Gerade in kleinen Initiativen sind die Gründer vorrangig mit der operativen Durchführung der Arbeit beschäftigt. Übergreifende Managementtätigkeiten kommen zu kurz. Die sehr unterschiedlichen Lebensläufe der Gründer bedingen häufig auch wenig Vorkenntnisse und Kompetenzen in Bereichen wie PR und Öffentlichkeitsarbeit.

Auffällig sind außerdem oft die wenig konkretisierten Ziele und Entwicklungsstrategien der Initiativen. Häufig als Einzelaktivität gestartet, fehlt ihnen eine überzeugende Mittelfristausrichtung, an der sich z. B. externe Unterstützer orientieren könnten.

Ein hohes Maß an Professionalität weist die Initiative »Offroad Kids« auf. Die positive öffentliche Wirkung wird durch eine wohlstrukturierte und ansprechend gestaltete Webseite gestärkt, welche Spender, Presse, thematisch Interessierte und andere Zielgruppen direkt adressiert. Zudem gibt es für jede Niederlassung ein Konzeptpapier sowie einen Leitfaden, der Arbeitsabläufe und Prozesse festlegt (etwa: welche Schritte bei der Annäherung zum Straßenkind für die Initiierung von pädagogischer Hilfe durchzuführen sind).

Führungspersönlichkeit

Fast alle betrachteten Initiativen verfügen über eine herausragende Führungspersönlichkeit. Deren Engagement und Überzeugungskraft prägen sowohl die Initiative selbst als auch ihre Wirkung auf der lokalen Ebene und bei Partnern. Häufig wird die Initiative nur in Verbindung mit der Person gesehen und wahrgenommen.

Einige typische Charakteristika dieser erfolgreichen Gründer sind:

- :: Hohe Motivation und Überzeugung von Zielen und Aktivitäten der Initiative
- :: Verankerung der Aktivität im und Ausrichtung der Initiative am eigenen Lebenslauf (persönlich sowie professionell)
- :: Hoher Grad der eigenen Einbindung (keine reinen »Manager«)

Bei Ausscheiden einer Gründer- oder Führungspersönlichkeit besteht im Allgemeinen das Risiko, dass die Initiative an Dynamik und Bedeutung verliert. Oft droht sogar ihre Auflösung. Mit zunehmender Größe und Institutionalisierung der Initiative nimmt dieses Risiko ab.

Für den mittel- bis langfristigen Erfolg und die Wahrung von Kontinuität empfiehlt sich deshalb der Aufbau von kompetenten Vertretern oder die Etablierung eines breiten Teams, das die Initiative trägt. Ein derartiges Vorgehen ist bisher nur in einigen größeren Initiativen erkennbar.

Notwendige Rahmenbedingungen

Die Unterstützung der Kommunalverwaltung ist mit Blick auf die Vernetzung der Initiative im lokalen Lebensraum und für eine dauerhafte Finanzierung relevant.

Die Kommune hat die Möglichkeit, die Finanzierung von Initiativen von befristeter Projektfinanzierung in nachhaltige Finanzierungsformen zu überführen. So startete beispielsweise die Initiative »KiFa – Kinder- und Familienbildung« in Ludwigsburg im Jahr 2003 mit einer befristeten Finanzierung. Seit 2007 wird sie mit einem festen Budget durch die Stadt Ludwigsburg unterstützt. In diesem Fall entscheidet die Kommune über eine Integration der Initiative in das kommunale Unterstützungsangebot.

Kommunen haben außerdem die Möglichkeit, die Vernetzung verschiedener Angebote vor Ort zu koordinieren. Ein Beispiel dafür ist das »Kinderbüro Essen«. Es wurde auf Initiative der Kommunalverwaltung und der »Kinderstiftung Essen« gegründet und übernimmt die Aufgabe eines Netzwerkkoordinators. Das Beispiel zeigt in Ansätzen die notwendige Rolle der Kommune als Koordinator vielfältiger Angebote, die zum Teil kommunal, zum Teil zivilgesellschaftlich getragen werden.

Damit die Initiativen noch stärker mit der Kommune interagieren und Kommune und Initiative wechselseitig voneinander profitieren können, muss das gegenseitige Verständnis weiter gestärkt werden. Vielen, auch erfolgreichen Initiativen, mangelt das Verständnis für behördliche Abläufe. Umgekehrt ist nur ein kleiner Teil der Kommunen in der Lage, die flexiblen Modelle der Initiativen in das kommunale Gesamtkonzept zu integrieren. Der Aufbau eines regelmäßigen Dialogs kann hier Abhilfe schaffen.

Einbindung der Eltern

Eltern sind die natürliche erste Instanz, um für das Wohlbefinden ihrer Kinder zu sorgen. Für die Initiativen sind sie darüber hinaus wichtige Multiplikatoren, die die Wirkung der kinderorientierten Angebote gezielt verstärken können. Der Austausch mit Eltern ist wichtig, um die Entwicklung des Kindes angemessen einschätzen zu können und elternbildende Maßnahmen zu ermöglichen. Schließlich ist die Einbindung von Eltern notwendig, um das Angebot regelmäßig zu evaluieren.

Obwohl zwei Drittel der Initiativen die Einbindung der Eltern als wichtigen Erfolgsfaktor sehen, ist die Interaktion mit ihnen in der Praxis eher schwach ausgeprägt. Wenn die enge Einbindung von Eltern allerdings gelingt (etwa über Mitarbeit von Eltern bei der Kinderbetreuung oder regelmäßige gemeinsame Aktivitäten), wird diese von Initiativen und Elternvertretungen sehr positiv beurteilt.

Die Zusammenarbeit mit Eltern ist gewünscht und verspricht positive Effekte, ist aber nicht einfach zu realisieren, da nur eingeschränkt auf bestehende Konzepte zur systematischen Einbindung von Eltern zurückgegriffen werden kann. Hier würden Initiativen von einem stärkeren Austausch profitieren. Erfolgreiche Ansätze können in diesem Bereich durchaus übergreifende Vorbildfunktion entwickeln und in ganz unterschiedlichen Initiativen aufgegriffen werden.

Partizipation der Kinder

Kinder sind für die Initiativen die natürliche Zielgruppe. Ihre Einbindung in die Angebotsentwicklung und -gestaltung erscheint selbstverständlich. Das Votum der Kinder wird meist als Feedback als Grundlage einer Evaluierung gehört. Eine »echte« Partizipation von Kindern als Grundprinzip der Arbeit ist allerdings bei den untersuchten Initiativen selten verankert.

Dieser Aspekt kann in den Initiativen noch stärker als Erfolgsfaktor wahrgenommen und ausgebaut werden. Beispiele dafür sind eine »Alltagspartizipation« mit offenen Gesprächen und der verantwortlichen Übertragung von kleineren Aufgaben, die punktuelle Partizipation an Entscheidungsprozessen oder formalisierte Beteiligungsstrukturen in Form von Versammlungen.

Evaluation unter Einbindung des Feedbacks der Kinder

Eine professionelle Evaluation schafft die Möglichkeit, die eigene Leistung kritisch zu hinterfragen und zu verbessern, und ist ein wichtiges Kriterium für Finanzierungszusagen.

Die Bandbreite der Evaluationsformen ist groß: Während einige Initiativen Fragebögen zur Beurteilung ihres Angebots verwenden, führen andere Initiativen wie »KiFa - Kinder- und Familienbildung« in Zusammenarbeit mit einer Hochschule statistische Erhebungen über die Wirkung ihrer bildungsfördernden Maßnahmen durch.

Viele Initiativen erkennen die Wichtigkeit dieses Erfolgsfaktors, aber nur wenige berichten von einer erfolgreichen Umsetzung. Dies ist auf mangelnde Setzung von Prioritäten, auch fehlende Sachkenntnis zurückzuführen.

Initiativen könnten in diesem Bereich stark von etablierten Instrumenten profitieren, die die Anwendung von Evaluation und Qualitätssicherung auf verschiedenen Entwicklungsstufen ermöglichen. Einfache Fragebogenformate und Feedbackkonzepte zur Ermittlung der Wahrnehmung bei Kindern und Jugendlichen, idealerweise inklusive einfacher automatischer Auswertungsfunktion und Leitfaden zur Interpretation der Ergebnisse, können für Initiativen den Einstieg in eine stärkere Ergebnisorientierung bilden.

D Der Weg nach vorn

Bürgerschaftliches Engagement, kommunale Praxis und kindliches Wohlbefinden
Das Wohlbefinden von Kindern kann dann am besten gestärkt werden, wenn es ganzheitlich verstanden wird und einen Ansatz verfolgt, der nicht nur auf einzelne, sondern auf möglichst viele Dimensionen eingeht. Voraussetzung hierfür ist in gewisser Weise ein Perspektivwechsel: Das Kind steht im Fokus. Ausgehend von ihm, seinen verschiedenen Bedürfnissen und seiner eigenen Perspektive (im Rahmen des subjektiven Wohlbefindens), geht es darum, es dabei zu unterstützen, ein möglichst großes Potenzial für gesellschaftliche Teilhabe zu entwickeln. Dies gelingt am besten im lokalen Lebensraum, vereinfachend gesagt, dort, wo das Kind lebt und Beziehungen aufbaut, in seinem täglichen Umfeld. Hierfür ist erforderlich, sich vor Ort zur Situation von Kindern auszutauschen und ihre Situation umfassend in unterschiedlichen Kontexten zu beleuchten. Die im Rahmen dieser Studie vorgestellten Initiativen verdeutlichen, jede auf eigene Weise, diese individuelle Bearbeitung von Wohlbefindensaspekten der Kinder. Dabei spiegeln die Beispiele den Versuch, den Austausch zwischen den Dimensionen zu fördern – entweder durch bewusste Vernetzung (wie bei »KiFa« in Ludwigsburg, wo Eltern, Schule und die Beziehungen der Kinder untereinander zusammengebracht werden) oder durch Integration vielfältiger Angebote (wie im »Campus Rütli« in Berlin, wo eine Institution Angebote von Bildung über Gesundheit und Nachmittagsbeschäftigung bündelt).

Die Analyse der lokalen Praxis im Rahmen dieser Studie hat außerdem gezeigt, dass die Orientierung am Wohlbefinden von Kindern nur im abgestimmten Zusammenwirken der Akteure vor Ort gelingt. Umgekehrt haben Initiativen offen über die Grenzen ihrer Entwicklung gesprochen, die auf das Fehlen einer Abstimmung zurückzuführen sind. Die Stärkung des Wohlbefindens von Kindern bedarf somit einer vertieften Kooperation und einander ergänzender Angebote, das heißt: Sie braucht das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat sowie weiterer Akteure (Unternehmen) vor Ort. Dabei ist auch die intrakommunale Zusammenarbeit zu berücksichtigen, etwa zwischen Jugendamt, Gesundheitsamt und Bildungseinrichtungen.

Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft haben zunehmend an Bedeutung gewonnen, zum einen aufgrund der Situation öffentlicher Haushalte, zum anderen, weil sie flexibel auf Missstände reagieren und spezifische Angebote schaffen können. Die Zukunft liegt in dieser Ergänzung und Verzahnung. Mittel- und langfristig gesehen, kann eine veränderte Rollenwahrnehmung auf kommunaler Seite die Folge sein: Die Kommune wird zunehmend zum Vermittler und Koordinator der »Angebotspalette« vor Ort, und zwar aller Angebote, der öffentlichen wie auch der von Akteuren der Zivilgesellschaft erbrachten. Die Beschäftigung mit der relevanten Praxis vor Ort im Rahmen dieser Studie hat

viele gute Ansätze aufgezeigt. Häufig nehmen einzelne Initiativen eine Vorbild- und Leuchtturmfunktion ein, zeigen neue Wege und regen zur Nachahmung an. Die folgenden Handlungsempfehlungen beschreiben unterschiedliche Möglichkeiten, wie derartige Initiativen im Rahmen der oben dargestellten Leitlinien unterstützt werden können.

Handlungsempfehlungen

Die Studie hat an mehreren Stellen deutlich gemacht, dass die Förderung des Wohlbefindens von Kindern eine Herausforderung ist, die nur im Zusammenspiel der Akteure im lokalen Lebensraum zu meistern ist. Ein Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat sowie weiterer Akteure vor Ort ist entscheidend. Je nach Ansatzpunkt lassen sich damit drei unterschiedliche Ansätze zur weiteren Verankerung des Wohlbefindenskonzepts ableiten.

- :: Die Unterstützung von Initiativen kann zum einen durch Förderung einzelner Initiativen erfolgen, die dann eine Vorbild- und Vernetzungsfunktion im lokalen Lebensraum und darüber hinaus einnehmen.
- :: Ergänzend oder alternativ ist ein bundesweites Professionalisierungs- und Vernetzungsangebot denkbar.
- :: Außerdem ist die Förderung lokaler Vernetzungsakteure möglich, um vor Ort Verantwortliche im Sinne des Wohlbefindensansatzes zu vernetzen und deren Arbeit auf das Wohlbefinden von Kindern auszurichten.
- :: Lokale Vernetzungsakteure könnten überregional vernetzt werden, um den Austausch miteinander und die politische Lobbyarbeit für den Ansatz des Wohlbefindens von Kindern zu stärken.

Die möglichen Alternativen werden in der Folge im Überblick beschrieben und hinsichtlich der Vor- und Nachteile in der Umsetzung bewertet. Dabei fließen die Erkenntnisse der Studie ein.

Direkte Unterstützung lokaler Initiativen

Die direkte Förderung von lokalen Initiativen legt den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Initiativen, die vor Ort mittelfristig eine Vorbildfunktion hinsichtlich der ganzheitlichen Wohlbefindensorientierung einnehmen können. Sie zeigen, dass und wie ganzheitliche Ansätze vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können.

Dieser Förderansatz setzt direkt bei guten Praxisbeispielen an und versucht, sie in ihrer Weiterentwicklung zu stärken. Dies hat den Vorteil, kurzfristig Ergebnisse erzielen zu können. Diese werden durch Leuchtturmprojekte realisiert, die später Vorbildcharakter für andere Initiativen und Regionen bekommen können. Allerdings hat der Förderansatz auch Risiken und sogar Nachteile: Durch die Fokussierung auf laufende Initiativen besteht das Risiko, Tradition zu fördern statt nach innovativen Modellen zu suchen. Die Reichweite des Förderansatzes wird gleichsam auf einzelne, ausgewählte Initiativen beschränkt. Dies erfordert ein Konzept für die spätere Multiplikation der gewonnenen Erkenntnisse. Wie kann dies erreicht werden? Wichtige Elemente eines Transferkonzepts sind eine begleitende Evaluationsforschung, die Identifikation von übertragbaren Konzepten und Bereitstellung von Mitteln für Nachahmerprojekte (»Inkubator-Rolle«) in anderen Kommunen sowie schließlich

die zielgerichtete Kommunikation der Erkenntnisse/Erfolge (etwa als Roadshow mit Fokus Bürgermeister, Kommunikation/Verankerung über kommunale Spitzenverbände, Gewinnen von Multiplikatoren usw.).

Die folgenden grundsätzlichen Kriterien sollten in diesem Sinne bei der Auswahl der zu fördernden Initiativen berücksichtigt werden.

a) Entwicklungsstand zu fördernder Initiativen

Es sollten zum einen bereits bestehende Initiativen, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und mehrere UNICEF-Dimensionen abdecken, gefördert werden. Hier ist darauf Wert zu legen, dass durch die Förderung ein klar beschriebener nächster Entwicklungsschritt (Ergänzung weiterer Dimensionen, Wohlbefindensevaluation usw.) erreicht wird.

Zum anderen ist auch eine Förderung von Initiativen denkbar, die derzeit sehr fokussierte Angebote machen, diese aber mit weiteren Angeboten vor Ort vernetzen wollen, um eine umfassende Wohlbefindensorientierung zu etablieren.

b) Handlungsraum der Initiativen

Die zu fördernden Initiativen sollten einen klar abgegrenzten Handlungsraum haben, der sich aus der lokalen Problemlage ableitet. So sind die UNICEF-Dimensionen und ihre Komponenten teilweise nicht ohne Weiteres auf den lokalen Kontext zu übertragen. Vielmehr sollten diejenigen Einflussfaktoren beschrieben werden, auf die Initiativen lokal Einfluss nehmen wollen. In der folgenden Tabelle sind für jede UNICEF-Dimension beispielhaft solche Einflussfaktoren aufgelistet:

UNICEF-Dimension	Mögliche Einflussfaktoren (Auswahl)
Materielles Wohlergehen	<ul style="list-style-type: none"> :: Erwerbstätigkeit der Eltern (ggf. auch Fokus Alleinerziehende) :: Verfügbarkeit von warmen Mahlzeiten für Kinder :: Teilhabe an sportlichen oder kulturellen Aktivitäten
Gesundheit und Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> :: Medizinische Versorgung von Kindern :: Bewusstsein bei Eltern/Kindern für Wichtigkeit von Prävention :: Bewusstsein bei Eltern/Kindern für Wichtigkeit von Sport/Bewegung
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> :: Förderung bei Lernschwächen/Nachhilfe :: Orientierung und Unterstützung beim Übergang von Schule zu Beruf :: Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung (insbesondere der weiterführenden Schulen)
Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen	<ul style="list-style-type: none"> :: Erziehungskompetenz der Eltern :: Raum für positive menschliche Begegnungen von Kindern :: Vereinbarung von Beruf und Familie

Verhalten und Risiko	<ul style="list-style-type: none"> :: Zugang zu Suchtmitteln :: Bewusstsein für Gewalt und Vermeidungsstrategien :: Hilfe für Opfer (von Gewalt, von Sucht)
Subjektives Wohlbefinden	<ul style="list-style-type: none"> :: Umgang mit Stress und Überforderung :: Handlungsstrategien zur Steigerung der eigenen Lebensqualität von Kindern :: Regelmäßige Betrachtung der wahrgenommenen Lebensqualität der Kinder :: Möglichkeit der Teilhabe

Abbildung 6: Mögliche Einflussfaktoren auf Ausprägung der UNICEF-Dimensionen

c) Organisation und Umsetzungsplanung

Damit Initiativen zu Leuchttürmen werden, müssen sie gut organisiert sein und für die Zukunft einen überzeugenden Plan haben, der auch eine weitere Entwicklung über die Förderung hinaus vorsieht und realistisch erscheinen lässt. Aus den im Rahmen dieser Studie identifizierten Erfolgsfaktoren lassen sich folgende Mindestanforderungen ableiten:

- :: Nachhaltigkeitsorientierung - Die Planung der Initiative sollte über die angestrebte Förderung hinausgehen und aufzeigen, welche Möglichkeiten einer dauerhaften Finanzierung angestrebt werden. Diese Möglichkeiten sollten dann bereits während der Förderung mit konkreten Aktivitäten angegangen werden.
- :: Führungsfähigkeit und Professionalität - Gründer und Leiter der Initiative sollten persönlich überzeugen. Ihnen muss man sowohl die strategische Weiterentwicklung als auch die Koordination der operativen Umsetzung der Aktivitäten zutrauen. Dabei sollte sich diese Überzeugungskraft auch in der Professionalität im Rahmen der Bewerbungsphase widerspiegeln, etwa in der Aufbereitung von Unterlagen.
- :: Vernetzung - Das vorgelegte Konzept der Initiative sollte detailliert und systematisch auf die geplante Vernetzung vor Ort eingehen. Idealerweise bestehen bereits Kooperationsvereinbarungen mit Schlüsselpartnern. Weiterhin ist zu fordern, dass eine schrittweise Weiterentwicklung und Vertiefung der Kooperationen geplant ist (etwa im ersten Schritt die Kooperation mit der Schule durch Bereitstellung bestimmter ergänzender Angebote am Nachmittag und im zweiten Schritt die regelmäßige Beteiligung an Lehrerkonferenzen bei der Diskussion über die beteiligten Kinder).
- :: Kommunale Unterstützung - Die Initiative sollte vor Ort politische Unterstützung haben und durch die Kommune positiv wahrgenommen werden. Idealerweise äußert sich dies bereits durch einen klar definierten Beitrag der Kommune zum Erfolg der Initiative.
- :: Ergebnisorientierung - Eine regelmäßige Ergebnisauswertung und -analyse (Evaluation) sollte Bestandteil des Konzepts sein.

Bundesweites Professionalisierungs- und Vernetzungsangebot

Die Studie hat gezeigt, dass deutschlandweit viele Ansätze existieren, die das Wohlbefinden von Kindern stärken, dass jedoch der ganzheitliche Grundgedanke nur wenig verankert ist. Die Initiativen sind meist stark auf einen Bereich (etwa Bildung) ausgerichtet und ergänzen diesen mit weiteren Angeboten. Außerdem ist deutlich geworden, dass auch die identifizierte gute Praxis noch in vielen Bereichen an Professionalität gewinnen kann – vom Einsatz effektiver Vernetzungsstrategien über die professionelle Kommunikation bis zur Einbindung der Eltern.

Genau hier würde ein bundesweites Professionalisierungsangebot ansetzen. Es besteht in der Vernetzung bestehender Initiativen auf der Grundlage systematischen Wissenstransfers, aus koordiniertem Austausch sowie gezielter Bereitstellung von Unterstützungsmaterialien zu inhaltlichen und organisatorischen Fragen. Hierzu werden unterschiedliche Formate, von zentralen Angeboten wie Website und Hotline über Tools und Leitfäden bis hin zu regionalen Veranstaltungen, zum Erfahrungsaustausch eingesetzt.

Während eine Konzentration der Unterstützung auf einzelne Leuchttürme Einzelansätze bekannt macht, kann ein bundesweites bzw. initiativenübergreifendes »Professionalisierungsangebot« eine breitere Einbindung bestehender Initiativen gewährleisten. Dieser Förderansatz hat also das Potenzial, eine Breitenwirkung zu entfalten, die über die höhere Professionalisierung hinaus zu einer tieferen Verankerung des Konzepts »Wohlbefinden von Kindern« führt. Ein weiterer Vorteil ist die bewusste Nutzung der Erfahrungen aus einer großen Anzahl von Einzelinitiativen und deren gezielte Aufbereitung und Verbreitung. Weiterhin werden selbsttätige Aktivitäten zum Austausch initiiert, die über eine Programmlaufzeit hinaus bestehen bleiben können. Kritisch ist allerdings zu sehen, dass in diesem Förderansatz nur indirekt gefördert wird. Die Wirkung des Professionalisierungsangebots steht und fällt mit der Akzeptanz bei den Initiativen, der Stärke des Netzwerks und der dezentralen Umsetzung.

Das grundsätzliche Vorgehen für den Aufbau eines solchen Angebots sähe so aus:

a) Ausgangspunkt ist die Einladung relevanter Initiativen zur Beteiligung am Netzwerk »Wohlbefinden von Kindern«.

b) Das neu zu schaffende Professionalisierungsangebot umfasst sowohl inhaltliche Fragestellungen der Wohlbefindensorientierung als auch organisatorische zur Umsetzung der Angebote. Eine Auswahl relevanter Themen ist:

:: Wohlbefinden von Kindern – Was heißt das für unsere Initiative vor Ort?

:: Wirkungsorientierte Koordination und Kooperation vor Ort

:: Wie kann Wohlbefinden vor Ort messbar gemacht werden?

 Und wie nutzen wir die Ergebnisse?

:: Nachhaltigkeit – Mittelfristige Planung und Strategieentwicklung

Diese und weitere zu identifizierende Fragestellungen werden im jeweiligen Themenfeld mit besonders erfolgreichen und erfahrenen Initiativen unter Einbezug externen Sachverständigen diskutiert und systematisiert. Die Ergebnisse der inhaltlichen Auseinandersetzung werden in Leitfäden und anderen geeigneten Formaten wie Checklisten oder Plakaten anschaulich dokumentiert und über eine zentrale Website sowie im Rahmen von Veranstaltungen allen Initiativen im Netzwerk zugänglich gemacht.

Organisatorisch werden die Leistungen zentral gebündelt, aber die Leistungserbringung erfolgt zum Teil regional, etwa durch Vernetzungsveranstaltungen.

Förderung lokaler Vernetzungsakteure

Die Studie hat neben den Initiativen selbst auch immer die Einbettung im lokalen Kontext betrachtet. Hier zeigt sich, dass die beschriebene Leitlinie der grundsätzlichen Ausrichtung am Wohlbefinden von Kindern in der Regel nicht durch eine Initiative allein getragen werden kann. Die Kommune oder ein anderer Akteur vor Ort müssen mittelfristig in die Rolle eines Netzwerkkoordinators hineinwachsen. Die finanzielle und konzeptionelle Unterstützung beim Aufbau einer Vernetzungsstelle im lokalen Lebensraum ist ein weiterer Ansatz, um das Wohlbefinden von Kindern stärker ins Zentrum der Aktivitäten im lokalen Lebensraum zu stellen.

Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass ganz bewusst die lokale Vernetzung in das Zentrum der Förderung gerückt wird. Damit wird nicht eine einzelne Initiative gefördert, sondern die Fähigkeit, Einzelinitiativen zu koordinieren und neue Initiativen gezielt zu ermöglichen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass durch die Förderphase vor Ort Kompetenz aufgebaut wird, die anschließend im lokalen Lebensraum für mehrere Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure eine Multiplikatorwirkung entfalten kann. Außerdem kann auf bereits bestehende Strukturen wie Kinder- und Familienbeauftragte aufgebaut werden. Allerdings besteht gleichsam das Risiko, dass die Vernetzung nur oberflächlich erfolgt (Veranstaltungen, Kommunikationsmaßnahmen usw.) und keine grundsätzlichen Veränderungen vor Ort erzielt werden.

Im Folgenden sind die Kernaufgaben eines lokalen Vernetzungsakteurs und die Bestandteile einer Förderung beschrieben.

Die Vernetzung vor Ort widmet sich folgenden Kernaufgaben:

- :: Aktive Vertretung des Konzepts »Wohlbefinden von Kindern« als ganzheitlichen Ansatz
- :: Koordination von Befragungen und Evaluation des Wohlbefindens von Kindern im lokalen Lebensraum
- :: Identifikation, Bekanntmachen und Vermittlung bestehender Angebote sowie Identifikation fehlender oder zu wenig genutzter Angebote
- :: Koordination von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommune, um Angebote weiterzuentwickeln, zu kombinieren oder neu zu schaffen
- :: Moderation des regelmäßigen Dialogs aller Akteure vor Ort zum Wohlbefinden von Kindern

Diese Aktivitäten würden finanziell gefördert. Im Rahmen der Förderung können alle geförderten Akteure Erfahrungen zwischen unterschiedlichen lokalen Lebensräumen austauschen und damit gute Praxis identifizieren. Daneben werden gezielt Coachings angeboten, um die Fähigkeit zu schulen, vielschichtige Akteure vor Ort zusammenzubringen und schrittweise weiterzuentwickeln.

Ziel der Förderung muss eine anschließende Übernahme, etwa durch die Kommune, sein. Diese sollte bereits in der Antragsphase »an Bord« sein und grundsätzliche Bereitschaft signalisieren.

Überregionale Vernetzung der lokalen Netzwerkakteure

Einige Kommunen haben bereits die Notwendigkeit einer kommunalen Gesamtstrategie und sektorenübergreifenden Zusammenarbeit erkannt und setzen diese in unterschiedlichen Netzwerken um: Kommunale Kinderbeauftragte oder Kinderbüros nehmen beispielsweise explizit eine Stellvertreterrolle für Kinder und Jugendliche ein, wobei die formale Anbindung und Einflussmöglichkeit einer solchen Einrichtung in den Städten höchst unterschiedlich ist. Die lokalen »Bündnisse für Familien« sind Netzwerke aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft und legen den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Familien und damit indirekt von Kindern. Stadtteilkoordinatoren initiieren und steuern Stadtteilentwicklungsprozesse in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren; die Lebenswelt der Kinder ist hier ein wichtiges Arbeitsfeld.

Diese Beispiele zeigen, dass Strukturen lokaler Vernetzungsakteure bereits bestehen. Die Zusammensetzung, die Arbeitsweise und die Ausrichtung auf das Thema Wohlbefinden von Kindern sind unterschiedlich.

Eine überregionale Vernetzung könnte bestehende Vernetzungsakteure stärken. Kommunen mit vergleichbaren Herausforderungen würden durch gemeinsame Professionalisierungsangebote voneinander lernen, regelmäßiger fachlicher Austausch die Arbeit vor Ort stärken. Gemeinsame Standards sowie Arbeitshilfen für deren Umsetzung könnten entwickelt und weiteren Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Eine überregionale Diskussion über das ganzheitliche Konzept »Wohlbefinden von Kindern« würde angeregt und das politische Bewusstsein dafür gefördert.

E Praxisbeispiele – Kurzprofile der Initiativen

Erläuterung

Auf den folgenden Seiten werden 20 Initiativen näher vorgestellt. Sie haben unterschiedliche Profile, setzen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte und adressieren verschiedene Dimensionen des Wohlbefindens von Kindern. Standorte bzw. Wirkungskreise der Interviewpartner stehen in Klammern.

:: Die Profile von Initiativen stellen die Abdeckung der UNICEF-Dimensionen und der Altersgruppen durch die Aktivitäten der Initiative dar.

:: Die Bestimmung der Abdeckung der UNICEF-Dimensionen erfolgte auf Basis eigener Recherche sowie von Interviews mit den Initiativen.

:: Eine Abdeckung einer UNICEF-Dimension oder Altersgruppe liegt vor, wenn die tägliche Arbeit der Initiative diese explizit adressiert.

		nicht abgedeckt	abgedeckt
UNICEF-Dimensionen	Materielles Wohlbefinden		
	Gesundheit und Sicherheit		
	Bildung		
	Beziehungen		
	Verhalten und Risiko		
	Subjektives Wohlbefinden		
Fokussierte Altersgruppen	Kinder		
	Jugendliche		
	Eltern		

Abbildung 7: Erläuterung der Piktogramme



Campus Rütli (Berlin)

www.campusrütli.de

Klaus Lehnert

Tel. 030/902392242

info@campusruetli.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde im Jahr 2008 gestartet
- :: Rund 150 Mitarbeiter sind in Schulen, Kitas und anderen Diensten des Campus aktiv
- :: Die Finanzierung wird von der Kommune getragen und unterstützt durch die Freudenberg Stiftung und »Zukunft Berlin«

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kommune, Stiftungen, medizinische Dienste/zusätzliche Angebote
- :: Fokus der Vernetzung: Bildung eines finanziellen Netzwerks mit Senat und Stiftungen zum Aufbau einer Campus-Struktur. Die Vernetzung mit ergänzenden Diensten erlaubt ganzheitliche Förderung

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Das Modellprojekt integriert drei Schulen und weitere Dienste im sozialen Brennpunkt Berlin-Neukölln
- :: Es stellt einen integrierten Sozialraum für die (Aus-) Bildung von der Kita bis zum Eintritt in die Berufsausbildung bzw. Abitur in der Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe dar, ergänzt um verschiedene Angebote (z.B. Jugendfreizeit)



Schlüsselfaktoren:

:: **Holistischer Ansatz zur Förderung von Integration**

:: **Umfassende Ergänzung von Betreuungs- und Schulangeboten**



Elternbildungskarte Isny (»FF-Karte«)

www.isny.de/servlet/PB/

menu/1285846/index.html

Martin Diez bzw. Nachfolger

Tel. 07562/913907

jugendbeauftragter.isny@gmx.de

Organisation

- :: Die FF-Karte Isny wurde 2008 gestartet
- :: Der Kinderbeauftragte ist für konzeptionelle Fragen zuständig. Die Volkshochschule (VHS) organisiert die Kurse
- :: Kosten für Vergünstigungen werden von der Gemeindeverwaltung getragen

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Elternvertretungen, Kinderschutzbund, VHS und Kommune
- :: Fokus der Vernetzung: Elternvertreter werden eingebunden, um Wünsche für Kurse in Erfahrung zu bringen; mit VHS, Kinderschutzbund und Kommune erfolgt die Abstimmung zu den Kursen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die FF-Karte bietet jungen Familien Vergünstigungen (zunächst ein Jahr, mit Verlängerungsoption durch Teilnahme an speziellen Veranstaltungen)
- :: Eltern, die regelmäßig Kurse (z.B. zur Erziehung von Kindern) besuchen, erhalten eine Ermäßigung für Kitas und Schulkindbetreuung
- :: Weitere Vergünstigungen werden von der Stadt Isny zurzeit geplant, sie wären ebenfalls an das Absolvieren von Elternbildungskursen gebunden



Schlüsselfaktoren:

:: **Anreize für Elternbildung auf kommunaler Ebene durch Aussicht auf vergünstigte Betreuungsangebote für Kinder**

:: **Kommune als Träger der Initiative und Treiber der Vernetzung**



Die Arche (Berlin Hellersdorf)
 www.kinderprojekt-arche.de
 Bernd Siggelkow
 Tel. 030/99283772
 siggelkow@kinderprojekt-arche.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde 1995 gegründet. Träger ist der gemeinnützige Verein »Die Arche« (5 Standorte in Berlin)
- :: Aktiv an 15 Standorten mit bis zu 300 haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern
- :: Die Finanzierung erfolgt durch Spenden

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Schulen, kommunale Träger und Eltern
- :: Fokus der Vernetzung: In Schulen werden Lehrer und Eltern über Angebote der Arche informiert. Mit kommunalen Behörden erfolgt der vereinzelt Austausch zu besonders unterstützungswürdigen Kindern

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Arche bietet Kindern und Jugendlichen aus prekären Verhältnissen eine warme Mahlzeit, Hausaufgabenhilfe und ein geborgenes Umfeld durch Bezugspersonen und geregelte Strukturen
- :: Neben warmen Mahlzeiten erhalten Kinder eine spielerische Auseinandersetzung mit wichtigen Themen, z.B. Gesundheit und Drogenprävention
- :: Zusätzlich werden auch Elterntrainings und -beratung angeboten



Schlüsselfaktoren:

- :: **Holistischer Ansatz mit Fokus auf sozial benachteiligten Kindern**
- :: **Hilfe für Kinder aus prekären Familien durch das Anbieten von geregelten Strukturen und eines sicheren Umfelds**



»Positive Peerkultur« (Halle/Saale)
 www.positive-peerkultur.de
 Prof. Günther Opp
 Tel. 0345/5523754
 opp@paedagogik.uni-halle.de

Organisation

- :: Die Initiative besteht seit 2004 und wurde von Prof. Opp (Universität Halle) gegründet
- :: Kosten werden durch Auftraggeber, meist Schulen oder Jugendhilfeeinrichtungen, übernommen

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Schulen, kommun. Behörden
- :: Fokus der Vernetzung: Entwicklung positiver Peerkulturpraxis in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen; Austausch mit Schulen, Kommunen und Jugendhilfeträgern zur Vorstellung und Einführung des Konzeptes

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Vor allem Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen werden bei der Einrichtung von »positiven Peer-Gruppen« unterstützt, in denen Kinder zw. 6–21 Jahren unter Anleitung von Pädagogen Probleme und Konflikte selbstständig lösen
- :: Die Resilienz (die Widerstandsfähigkeit von Kindern gegen Rückschläge und Hindernisse) und soziale Kompetenz sollen durch die Arbeit in Peer-Gruppen verbessert werden



Schlüsselfaktoren:

- :: **Förderung der Resilienz von Kindern durch Peer-Gruppen**
- :: **Besonderer Fokus auf subjektivem Wohlbefinden durch gezielte Ansprache/Befragung zur kindlichen Zufriedenheit**



Kinderabenteurerhof e.V. Freiburg
 www.kinderabenteurerhof.de
 Joachim Stockmaier
 Tel. 0761/45687138
 joachim.stockmaier@
 kinderabenteurerhof.de

Organisation

- :: Die Initiative besteht seit 1996 und wird von einem Verein mit 5 Vorständen und insgesamt 29 Mitarbeitern getragen
- :: Die Finanzierung erfolgt durch die Kommune, Stiftungen, Spenden und Mitgliedsbeiträge von Familien

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Schulen und die drei Vereine »Menschen mit Down Syndrom«, »Lebenshilfe« und »Autismusverband Südbaden«
- :: Fokus der Vernetzung: Information über die Initiative an Schulen, Zusammenarbeit mit o.g. Vereinen für das Ziel der Inklusion

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Der Kinderabenteurerhof richtet sich an Kinder bis 14 Jahre. Er bietet Kindern Spielgelegenheiten auf einem großen Gelände in der freien Natur mit erlebnispädagogischen Elementen
- :: An verschiedenen Stationen und in Ferienfreizeiten können Kinder Baum-, Tier-, und Pflanzenarten spielerisch kennenlernen. Der Ansatz der Inklusion erlaubt ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung



Schlüsselfaktoren:

- :: Spielerische Vermittlung von Naturkunde anhand von Bewegung
- :: Ansatz der Inklusion stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar



HAND IN gAG (München)
 www.hand-in.de
 Mithra Lawaldt
 Tel. 089/78500961
 info@hand-in.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde 2003 gegründet und besteht aus 10 Mitarbeitern, darunter 7 Trainer/innen mit pädagogischen Fachkenntnissen
- :: Die Finanzierung erfolgt durch öffentliche Mittel, ESF-Gelder und Spenden

Vernetzung

- :: Hauptpartner: ESF, Jugendamt, Stiftungen, Schulen, Unternehmen
- :: Fokus der Vernetzung: Einbinden von Schulen, Betrieben, Politik und Wissenschaft, um Jugendliche zu begleiten. Zusammenarbeit mit Jugendamt für Vermittlung von schwer erreichbaren Jugendlichen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: HAND IN integriert Schüler und straffällige Jugendliche in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Boxtrainings schulen berufsrelevante Sozialkompetenzen; Arbeitseinsätze und therapeutische Maßnahmen runden den erfolgreichen Übergang in das Erwachsenenleben ab
- :: Die Rückfälligkeit der straffälligen Jugendlichen liegt mit ca. 20% deutlich unter dem deutschen Durchschnitt (ca. 80%)



Schlüsselfaktoren:

- :: Kombination von Ausbildung, Sport und Therapien, um Jugendliche zu (re)integrieren und für den Arbeitsmarkt fit zu machen
- :: Involvierung von Firmen: Ausbildung u. Patenschaften für Teilnehmer vs. Nachwuchs & Führungskräftecoaching für Betriebe



Harlekids (Senftenberg)

www.zpz-harlekids.de
 Steve Kroß
 Tel. 03573/148181
 steve@zpz-harlekids.de

Organisation

- :: Die Initiative besteht seit 2002 als gemeinnütziger Verein mit 4 Sozialpädagogen, Zirkuspädagogen und Erziehern
- :: Die Finanzierung erfolgt durch öffentliche Mittel und Einnahmen aus der eigenen Jugendherberge

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Schulen, Kommune, Landes-/Bundesarbeitsgemeinschaften
- :: Fokus der Vernetzung: In Schulen wird Werbung gemacht; die Kommune ist ein wichtiger Geldgeber. Arbeitsgemeinschaften dienen der Teilnahme an Großprojekten und dem Austausch zu Projekten guter Praxis

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Initiative bietet Zirkuspädagogik für Kinder im Alter zwischen 6 und 19 Jahren, insbesondere aus sozial schwachen Verhältnissen, an
- :: Kinder mit und ohne Behinderung können interaktiv im Zirkus lernen, ältere Kinder übernehmen mit der Zeit einen Teil des Trainings für jüngere Kinder und lernen so, Verantwortung zu übernehmen



Schlüsselfaktoren:

- :: Fokus auf Beziehungen zwischen Kindern unterschiedlichen Alters
- :: Gemeinsame Aktivitäten von Kindern mit und ohne Behinderung (Inklusion)



Kinderstiftung Essen

www.kinderstiftungessen.de
 Manfred Reindl
 Tel. 0201/88-88545
 Tel. 0201/88-88588
 manfred.reindl@rwe.com

Organisation

- :: Die Stiftung wurde 2006 gegründet und verfügt über zwei Vorstände
- :: Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt über das Stiftungskapital sowie Privatpersonen und Unternehmen, die sich regelmäßig als Sponsoren betätigen

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kinderbüro der Stadt Essen, Unternehmen und Stadtrat
- :: Fokus der Vernetzung: Das Kinderbüro ist Partner für die Abstimmung bei Projekten. Unternehmen und die Politik sind wichtig für das Fundraising und die ideelle Unterstützung der Kinderstiftung

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Initiative versteht sich als Lobby für Kinder in der Stadt Essen
- :: Sie bietet verschiedene Projekte und Veranstaltungen für Kinder an und setzt sich für die Interessen von Kindern ein, z.B. bei der Bebauung des Stadtgebiets, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- :: Besondere Aktionstage und Befragungen von Kindern adressieren subjektives Wohlbefinden



Schlüsselfaktoren:

- :: Ganzheitlicher Ansatz durch eine Vielzahl von Projekten und Adressieren von subjektivem Wohlbefinden
- :: Starke Vernetzung mit Unternehmen, die sich gemeinsam mit der Stiftung engagieren



ArbeiterKind.de gemeinnützige UG

www.arbeiterkind.de
Katja Urbatsch
Tel. 030/68320430
urbatsch@arbeiterkind.de

Organisation

- :: 2008 in Gießen gegründet
- :: Bundesweit 5 000 Ehrenamtliche in 80 lokalen ArbeiterKind.de-Gruppen
- :: 8 hauptamtliche Mitarbeiter
- :: Finanzierung durch öffentliche und private Fördermittel und Spenden

Vernetzung

- :: Kooperationen mit Schulen, Hochschulen, Begabtenförderwerken und weiteren Stipendiengebern, Studentenwerken, Arbeitsagenturen, Bildungsinitiativen, lokalen Partnern

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Unterstützung von Schülern aus nicht-akademischen Familien zum und im Studium
- :: Internetportal ArbeiterKind.de und eigenes Social Network
- :: Informationsveranstaltungen in Schulen zum Studium von ehrenamtlichen Mentoren
- :: Bedarfsorientierte praktische individuelle Hilfestellung durch ehrenamtliche Mentoren
- :: Qualifizierung und Unterstützung der Mentoren



Schlüsselfaktoren:

- :: Bundesweite Hilfestellung für Schüler, Studierende und Eltern aus nicht-akademischen Familien durch Mentoren als Vorbilder
- :: Größte deutsche Community von und für Studierende und Akademiker der ersten Generation
- :: Überzeugungskraft und Vertrauen von ehrenamtlichen Mentoren als Vorbilder



Off Road Kids Stiftung

www.offroadkids.de
Markus Seidel
Tel. 07726/37878-260
info@offroadkids.de

Organisation

- :: Die Stiftung ist seit 1994 bundesweit für Straßenkinder tätig
- :: Sie betreibt Streetwork-Stationen in Berlin, Dortmund, Hamburg und Köln und finanziert sich aus Spenden
- :: Mehr als 2000 Jugendlichen wurden neue Lebensperspektiven vermittelt (seit 1994)

Vernetzung

- :: Operativ: Jugendämter, Eltern, Schulen, Jugendhilfe- und Suchteinrichtungen. Die Hilfemaßnahmen werden für jedes einzelne Straßenkind individuell koordiniert
- :: Finanziell: Unternehmen und Stiftungen, da die Off Road Kids Stiftung keinerlei staatliche Zuschüsse erhält

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Hilfsorganisation betreut Straßenkinder und junge Obdachlose zwischen 10 und 26 Jahren in Deutschland
- :: Die Streetworker suchen nach der tragfähigsten Perspektive für jeden betreuten jungen Menschen. Das Ziel ist die Rückführung in die Familie, alternativ die Kinder- und Jugendhilfe



Schlüsselfaktoren:

- :: Fokus auf holistischen Ansatz im Umgang mit Straßenkindern
- :: Professionelles, bundesweites Spendennetzwerk


Rock Your Life! gGmbH (Berlin)
www.berlin.rockyourlife.de

Daniel Menzel

Tel. 0176/21305688

berlin@rockyourlife.de
Organisation

- :: Insgesamt bestehen 5 Standorte
- :: Der im Juni 2010 gegründete Berliner Verein besteht aus 95 Mitgliedern, darunter 60 Coaches
- :: Er wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Unternehmen und Schulen
- :: Fokus der Vernetzung: Ein Unternehmensnetzwerk soll Fördermittel und Lehrstellen bereitstellen. In Schulen wird mit Lehrkräften Rücksprache über die Entwicklung der betreuten Schüler gehalten

Angebot
Abdeckung UNICEF-Dimensionen

Zielgruppe

Tätigkeit

- :: Die Initiative unterstützt Hauptschüler in den letzten beiden Schuljahren beim Übergang zu einem Ausbildungsplatz oder einer weiterführenden Schule
- :: Schüler werden durch Studierende Ein-zu-Eins betreut. Die Coaches helfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, schulischen Fragen oder ggf. bei persönlichen Problemen

➤ **Schlüsselfaktoren:** :: Fokus auf Bildung außerhalb schulischer Einrichtungen
 :: Franchising als Grundlage für schnelle Ausweitung im Bundesgebiet


Ashoka Jugend-initiative (bundesweit)
www.ashoka-jugendinitiative.de

Houda Algandouzi-Rafat

Tel. 030/6098886100

Halgandouzi@ashoka.org
Organisation

- :: Hauptsitz der 2007 gegründeten Initiative ist Berlin; es bestehen 4 weitere Standorte
- :: Die Zentrale besteht aus 4 Mitarbeitern; ehrenamtliche Helfer arbeiten vor Ort
- :: Die Initiative finanziert sich ausschließlich durch private Mittel

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Schulen, Stadtjugendring und kirchliche Träger
- :: Fokus der Vernetzung: In Schulen werden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Projektkooperationen bestehen außerdem mit dem Stadtjugendring und kirchlichen Trägern

Angebot
Abdeckung UNICEF-Dimensionen

Zielgruppe

Tätigkeit

- :: Die Initiative befähigt Jugendliche im Alter zwischen 11 und 19 Jahren, eigene Lösungen für Probleme zu finden und umzusetzen
- :: Ideen für Projekte vor Ort werden in Workshops erarbeitet
- :: Besonders überzeugende Ideen werden von einer Jury mit einer Startfinanzierung belohnt. Die Initiative unterstützt die Umsetzung der Ideen

➤ **Schlüsselfaktoren:** :: Beziehungen mit Gleichaltrigen sollen durch gemeinsame Problemlösungen gefördert werden
 :: Befähigen von Jugendlichen als selbstständige Problemlöser steht im Vordergrund


wellcome GmbH (bundesweit)

www.wellcome-online.de

Regine Wagenblast

Tel. 040/226229722

presse@wellcome-online.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde als Franchise 2002 gegründet. Die Zentrale gründet neue Teams, sichert die Qualität und verantwortet die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit
- :: Mehr als 200 MA, über 2500 Ehrenamtliche
- :: Finanzierung u.a. über freiwillige Spenden und z.T. über öffentliche Mittel

Vernetzung

- :: Kooperationspartner: Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe
- :: Fokus der Vernetzung: Kinderärzte, Hebammen, soziale Dienste, Frühe Hilfen; lokale Koordinatorin vermittelt zeitlich begrenzte ehrenamtliche Hilfe, berät und vernetzt ins lokale Netzwerk

Angebot
Abdeckung UNICEF-Dimensionen

Zielgruppe

Tätigkeit

- :: wellcome ist ein Angebot für junge Eltern zur Unterstützung der Betreuung von Neugeborenen. Ehrenamtliche helfen bei alltäglichen Dingen (z.B. Arztbesuche) oder kümmern sich um das Geschwisterkind
- :: wellcome agiert außerdem als lokaler Vernetzer und Berater für Familien und kooperiert mit sozialen und medizinischen Diensten


Schlüsselfaktoren:

- :: Soziales Franchising in der Familienhilfe
- :: Professionelle Koordination lokaler Netzwerkpartner


Kinder- und Familienbildung (Ludwigsburg)

www.kifa.de

Angelika Pfeiffer

Tel. 07142/773461

a.pfeiffer@kifa.de

Organisation

- :: Die Initiative (2003 gegründet) wird von der Stadt Ludwigsburg und der Amanda und Erich Neumayer Stiftung getragen
- :: Sie verfügt über eine feste Stelle in der jew. Kommune, eine bei der Stiftung und rund 20 ehrenamtliche Mentoren in jeder Kommune

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kommune, Erziehungsberatungen, Kitas und Grundschulen
- :: Fokus der Vernetzung: Die Kommune stellt das Budget für KiFa. Für Familien in prekären Verhältnissen finden Erziehungsberatungen statt. In Kitas und Grundschulen findet die Elternbildung durch Mentoren statt

Angebot
Abdeckung UNICEF-Dimensionen

Zielgruppe

Tätigkeit

- :: An Kitas werden Elternkurse teilweise in ausländischer Sprache zu den Themen Bildung, Erziehung und Gesundheit angeboten
- :: Die Kurse werden von durch KiFa ausgebildete Mentoren gegeben, die zum Teil selbst Eltern mit Migrationshintergrund sind. Diese bieten Kurse für andere Eltern in Kitas an und dienen somit als Multiplikatoren


Schlüsselfaktoren:

- :: Holistischer Ansatz zur Förderung des Wohlbefindens von Kindern mit Knotenpunkt Kita
- :: Aktives Einbeziehen von Eltern als Multiplikatoren



Unterwegs nach TutMirGut (bundesweit)

www.tutmirgut.net
Reinhard Mann
Tel. 0221/8992204
reinhard.mann@bzga.de

Organisation

- :: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist für die 2003 gegründete Initiative verantwortlich
- :: Bundesweites Beratungsgremium und Fachbeirat unterstützen Planungen
- :: Die Finanzierung erfolgt durch Bundesmittel

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Grundschulen, Horte, Sportvereine, Kinder- und Jugendarbeit
- :: Fokus der Vernetzung: Der Fokus liegt auf Einrichtungen, in denen Grundschul Kinder sich im Alltag außerhalb der Familie aufhalten; diese werden sozialräumlich vernetzt

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Schulung und Beratung von Fachkräften in den Themenbereichen Ernährung, Bewegung, Stressregulation und kindgerechte Umsetzung von Gesundheitsförderungsangeboten
- :: Gesundheitsbezogene Organisationsentwicklung von Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, v.a. Grundschulen (mit Zertifizierung)



Schlüsselfaktoren:

- :: Förderung gesundheitsförderlicher Sozialraumentwicklung für Kinder
- :: Erlebensorientierte Angebote zu Ernährung, Bewegung, Stressregulation



CultureClash (Bergheim)

www.culture-clash-ev.de
Professor Eghbal Hajabi
Tel. 01577/6669134
info@culture-clash-ev.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde 2007 von Eghbal Hajabi, Professor für Musik, gegründet
- :: Unterstützung durch ehrenamtl. tätige Musik-, Sozial-, Kinder- und Jugendpädagogen
- :: Finanzierung durch öffentliche Mittel und vereinzelte private Spenden

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kinder-, Jugendzentren und Studenten, Lehrer und Familien, Vernetzungs- und Bürgerzentren
- :: Fokus der Vernetzung: In Schulen wird für das Projekt geworben. Eine starke Vernetzung erfolgt zudem mit Elternvertretungen, um auch Ideen und Wünsche von Eltern zu berücksichtigen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Initiative bietet Kindern aus sozialen Brennpunkten die Möglichkeit, unter Anleitung von Professor Eghbal Hajabi ein Musikinstrument und Tänze zu erlernen
- :: Zudem bietet der Verein auch Nachhilfeunterricht für sozial benachteiligte Kinder und Schüler aus sozialen Brennpunkten sowie akademische Weiterbildung an. Kinder schätzen, dass neben dem Nachhilfeunterricht auch musiziert wird



Schlüsselfaktoren:

- :: Innovatives Konzept, um Potenziale von sozial benachteiligten Kindern durch das Einbinden von Musik zu entdecken und zu entwickeln
- :: Fokus auf Verbesserung der Integration und Beziehungen zwischen Gleichaltrigen



Familiennetzwerk Nordhausen
 www.familien-in-nordhausen.de
 Kathrin Liesegang
 Tel. 03631/462650
 k.liesegang@jugendsozialwerk.de

Organisation

- :: Das Familiennetzwerk wurde 2004 gegründet
- :: Es ist ein freiwilliger strukturierter Dialogprozess von verschiedenen Akteuren aus Politik, Bildung, Kultur, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Privatpersonen

Vernetzung

- :: Hauptpartner: regionale Vereine, Unternehmen, Landkreis
- :: Fokus der Vernetzung: Gestaltung eines Netzwerkes für und mit Familien zur Verbesserung der Lebenssituation im Alltag (z.B. durch Schaffung von Familienfreundlichkeit vor Ort)

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Das Netzwerk möchte Familien über Angebote für Kinder informieren und den Kontakt zu Beratungsstellen herstellen. Dazu gehören die örtliche ARGE, die AWO, Unternehmen, Stiftungen und Politiker
- :: Außerdem bietet es eine Plattform für den Austausch von Netzwerkpartnern für gemeinsame Projekte und Methoden guter Praxis



Schlüsselfaktoren:

- :: **Neutraler, unabhängiger Vernetzer, der Nachfrage und Angebot an Initiativen für Kinder und Familien zusammenbringt**
- :: **Nachhaltige Einbindung von Unternehmen**



**Initiative Habakuk,
 Ombuds- und Beschwerdestellen
 (Baden-Württemberg)**
 www.initiative-habakuk.de
 Sabine Triska, Tel. 0761/8974118
 sabine.triska@initiative-habakuk.de

Organisation

- :: Die Initiative wurde 2007 gegründet und wird von der Caritas BW getragen
- :: An 8 regionalen Koordinierungsstellen haupt- und ehrenamtliche Ansprechpersonen (derzeit insgesamt 1,25 VK); Bearbeitung der Anfragen aus ganz Deutschland

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kommunen (Jugendamt), ehrenamtlich tätige Juristen
- :: Fokus der Vernetzung: Das Juristennetzwerk engagiert sich pro-bono für Kinderrechte; Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung auf Jugendhilfeleistungen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Initiative spricht sozial Benachteiligte zwischen 13 und 19 Jahren sowie ihre Eltern an
- :: Berater helfen Kindern, Jugendlichen und Eltern, ihre Rechte wahrzunehmen und unterstützen bei der Beantragung von Hilfen
- :: Kinder, Jugendliche und Eltern, die Jugendhilfeleistungen beantragen, erhalten fachkundige Beratung und Begleitung



Schlüsselfaktoren:

- :: **Gleichzeitiges Adressieren von Wohlbefinden (durch persönliche Betreuung) und Kindeswohl (mit juristischer Hilfe)**
- :: **Lobbyarbeit für Kinderrechte als Basis des Engagements**



SOS Mütterzentrum Salzgitter
 www.sos-kinderdorf.de
 Sabine Genther
 Tel. 05341/816117
 sabine.genther@sos-kinderdorf.de

Organisation

- :: Träger ist der SOS-Kinderdorf e.V.
- :: Die 1980 gegründete Initiative verfügt über knapp 200 Mitarbeiter, darunter 78 Festangestellte und 70 Ehrenamtliche
- :: Sie erhält öffentliche Gelder, Mittel des Trägers und eigene Einnahmen

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Jobcenter, Stadt Salzgitter
- :: Fokus der Vernetzung: Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, um benachteiligten Menschen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Mit der Stadt Salzgitter gibt es gemeinsame Projekte für die Zielgruppen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Das Angebot geht über die Kindertagesbetreuung hinaus. Es bietet Projekte zur beruflichen Orientierung an, Unterstützung für Familien in schwierigen Lebenslagen und einen Altenservice, der pflegende Angehörige entlastet
- :: Außerdem werden Sprach- und Computerkurse, Hausaufgabenhilfe und generationsübergreifende Bewegungsangebote offeriert



Schlüsselfaktoren:

- :: **Holistischer Ansatz durch verschiedene Dienste, die über die Kita-Betreuung hinausgehen**
- :: **Forum für generationenübergreifenden Austausch**



Kita Sanct Elisabeth (Augsburg)
 www.st-elisabeth-augsburg.de
 Maria Marberger
 Tel. 0821/272870
 st.elisabeth.augsburg@
 bistum-augsburg.de

Organisation

- :: Die Kita besteht seit rund 10 Jahren mit der Caritas als Träger; die Gesamtleitung liegt bei einer Person, die durch 48 pädagogische Kräfte unterstützt wird
- :: Die Initiative finanziert sich über Landes- und Trägermittel

Vernetzung

- :: Hauptpartner: Kommune, Stadtteilgremium
- :: Fokus der Vernetzung: Die Kommune wird bei Qualitäts- und Finanzierungsfragen konsultiert. Im »Stadtteilgremium« erfolgen Kooperationen für gemeinsame Projekte mit Wohlfahrtsverbänden und Unternehmen

Angebot

Abdeckung UNICEF-Dimensionen



Zielgruppe



Tätigkeit

- :: Die Kita bietet neben der Kinderbetreuung auch Sprachtraining für Vorschulkinder, Gesundheitsberatung, Präventionsprogramme, Sprachkurse und Elternberatung an
- :: Außerdem bietet sie besonders lange Öffnungszeiten und regelmäßige Aktionstage und Ferienfreizeiten an sowie Kita-Gruppen für behinderte Kinder



Schlüsselfaktoren:

- :: **Integrierte Förderung von Kindern durch Einbeziehen von Gesundheitsförderung, Prävention und Sprachförderung**
- :: **Spezielle Betreuungsgruppen für Kinder mit Behinderung**

3

Wohlbefinden von Kindern und kleine Lebenskreise

Hans Bertram

3.1 Ökonomischer, demographischer und regionaler Wandel

a) Ökonomischer Wandel

Wenn Historiker irgendwann die Entwicklungen zwischen 1970 und 2011 oder auch 2020 beschreiben, werden mit Sicherheit für Deutschland in dieser Zeit Veränderungen benannt, die mit den Wandlungsprozessen im 19. Jahrhundert beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen sind. Denn arbeiteten 1970 noch fast 50 % der Erwerbstätigen in der Industrie, so sind es heute, je nach Berechnung, nur etwa 25-30 %. Der größte Teil der Beschäftigten arbeitet derzeit im weiten Feld der Dienstleistungen, teilweise auch mit Dienstleistungen, die früher möglicherweise in einem Industriebetrieb erbracht wurden.

Dieser Wandel konnte nur gelingen, weil im Zusammenwirken von Bildungsentwicklung und Emanzipationsprozessen die Möglichkeit geschaffen wurde, das weibliche Humankapital im Erwerbsleben ebenso zu nutzen wie das männliche. Der Umbau der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft war nur möglich, weil in den neu entstehenden Dienstleistungsberufen gut qualifizierte jüngere Frauen Aufgaben übernahmen, für die es keine qualifizierten Männer gab. Der Ausbau des Bildungssystems, die Ausdifferenzierung des Sozialstaats sowie die Entwicklung der Finanzdienstleistungen bis zu den breit gefächerten Angeboten sozialer Dienstleistungen im privaten und öffentlichen Sektor für die älter werdende Gesellschaft waren nur möglich, weil junge Frauen mit entsprechenden Qualifikationen bereit waren, in diesen Bereichen zu arbeiten.

Heute liegt die Erwerbsquote von Frauen und Müttern bis zum 45. Lebensjahr in Deutschland, im Westen wie im Osten, etwa auf demselben Niveau wie in Skandinavien oder Frankreich. Die im Durchschnitt geringere Erwerbsquote von Frauen in Deutschland ist wesentlich auf die über 55-jährigen Frauen zurückzuführen, die noch vor diesem Wandel Mutter geworden sind. Dieser Wandel hat auch dazu geführt, dass die beruflichen Qualifikationen der heutigen Mütter im Vergleich zu den Sechzigerjahren deutlich gestiegen sind. 1976 wuchs fast die Hälfte aller Kinder bei Müttern ohne Berufsabschluss auf, die als angelernte Arbeiterinnen in der Industrie tätig waren. Heute leben nicht einmal 10 % aller Kinder bei Müttern ohne Berufsabschluss, 20 % indessen bei Müttern mit Hochschulabschluss. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist das Qualifikationsniveau der Frauen mit Kindern heute höher als das kinderloser Frauen.

Dieser strukturelle Wandel hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Familienökonomie. In der Industriegesellschaft reichte das Einkommen eines in der Regel relativ gut bezahlten Facharbeiters aus, um die ökonomische Basis der Familie zu sichern.

Demgegenüber sind heute in der Regel zwei Einkommen nötig, weil bei den qualifizierten Berufen mit Karriereverläufen die Einkommensspitzen meist erst dann erreicht werden, wenn die Kinder aus dem Haus sind.²¹ Die Politik reagierte darauf mit der Veränderung des Unterhaltsrechts, dem Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren und dem einkommensabhängigen Elterngeld, um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen. Allerdings ist Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern, die einen vergleichbaren Wandel vollzogen haben, noch längst nicht so weit, die Potenziale der Kinder so zu fördern, wie das für eine postindustrielle Gesellschaft erforderlich ist. So kann bis heute kein Bundesland flächendeckend Ganztagschulen anbieten.

Die öffentliche Debatte betrachtet den tief greifenden Wandel der letzten 40 Jahre fast ausschließlich unter einer demographischen Perspektive, weil ein Geburtenrückgang von 2,3 Kindern in 1970 auf etwa 1,3 bis 1,4 Kinder pro Frau in 2010 notwendigerweise zu der Frage führt, wie ein umlagefinanziertes Rentensystem weiterhin zu sichern ist.

b) Demographischer Wandel

Die Robert Bosch Stiftung hat mit zwei Berichten zur demographischen Entwicklung versucht, die Fragen der Zukunftsgestaltung der nachwachsenden Generation angesichts der hier nur kurz beschriebenen Wandlungsprozesse zu beschreiben; jedoch wird das Thema, wie Kinder und Jugendliche ihre zukünftige Welt und die auf sie wartenden Aufgaben auch nach eigenen Vorstellungen selbst gestalten können, eher selten thematisiert.

Das Gleiche gilt für die öffentliche Debatte um die Zunahme der Lebenserwartung, die nicht allein die Frage der Finanzierung des Lebens älterer Menschen aufwirft. Vielmehr stellt sich aufgrund der gestiegenen Vitalitätsgewinne bei der erhöhten Lebenserwartung einfach die Frage, ob es sich eine Gesellschaft überhaupt leisten kann, auf die Kompetenz, die Qualifikation und die Anpassungsfähigkeit der älteren Generation zu verzichten. Eine mögliche Antwort auf diese Entwicklung besteht sicherlich in der Einbindung der älteren Generation in ein aktives bürgerschaftliches Engagement für die Enkelgeneration. Doch ist das nur eine Teilantwort. Denn wie auch die Berichte der Robert Bosch Stiftung zum demographischen Wandel gezeigt haben, halten solche Modelle an der Vorstellung des dreigeteilten Lebenslaufs fest und erwarten erst von der älteren Generation, die von ihren beruflichen Pflichten entbunden ist, das bürgerschaftliche Engagement, da ja die mittlere Generation mit Beruf und Kindern mehr als ausgelastet ist. Es stellt sich aber die Frage, ob nicht das bürgerschaftliche Engagement, das familiäre Engagement, die berufliche Entwicklung und auch die freie Zeit im Lebenslauf neu zu gestalten sind.

Diese Frage ist auch deswegen von Bedeutung, weil schon 1970 berufstätige Mütter nur etwa 1,5 Kinder großgezogen haben und die höhere durchschnittliche Kinderzahl damals durch den höheren Anteil an Hausfrauen mit mehreren Kindern erreicht wurde. Hier gibt es einen Interessenkonflikt zwischen den ökonomischen Erwartungen von Wirtschaft und Gesellschaft und der notwendigen Fürsorge für Kinder.

21 Bertram, H. 2012: Keine Zeit für die Liebe, in: Bertram H./Bujard, M. (Hrsg.) 2012: Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik. Soziale Welt, Sonderband 19, Baden-Baden: Nomos.

Er bleibt auch bestehen, wenn die vorgegebenen Ziele des Ausbaus der Betreuungsplätze in Deutschland erreicht sind. Denn anders als in vielen anderen europäischen Ländern und den USA sinkt in Deutschland die Zahl der Kinder erheblich, die von Müttern unter 30 Jahren geboren werden, während die Zahl der Kinder, die von Müttern über 33 Jahren geboren werden, deutlich ansteigt. Das hängt auch mit dem inzwischen erreichten Qualifikationsniveau der heutigen Müttergeneration zusammen. Gerade in dieser Lebensphase wird auch die berufliche Zukunft gestaltet, und es ist nicht nur eine Frage der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, ob die unterschiedlichen Lebensziele realisiert werden können. Die Herausforderung besteht auch darin, im nachbarschaftlichen Kontext für qualifizierte Frauen Unterstützungsnetzwerke zu entwickeln, die diese Lebensziele in Beziehung setzen lassen.

Diese neue Konstellation von hoch und höchst qualifizierten Frauen, die zwischen 35 und 40 Jahren ihre berufliche Karriere planen und gleichzeitig noch sehr kleine Kinder haben, deren Bedürfnisse auch bei flexiblen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten nicht immer abzudecken sind, setzt neue Formen nachbarschaftlicher Unterstützungsleistungen voraus, von denen es inzwischen eine Reihe von interessanten Modellen gibt.

c) Regionaler Wandel

Der demographische Wandel hat eine weitere Konsequenz, die in der Öffentlichkeit bisher nur unter der Perspektive der Ost-West-Wanderung diskutiert wird. Die Entwicklung von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft hat nicht allein zu einer Fülle neuer Arbeitsplätze und Arbeitsqualifikationen geführt, sondern auch dazu, dass sich die Arbeitsmärkte in Deutschland immer stärker regional ausdifferenzieren. Das ist keine spezifisch deutsche Entwicklung, aber in Deutschland besonders bedeutsam, weil die großen Metropolregionen – die Großräume Hamburg, München, Stuttgart/Karlsruhe, Berlin innerhalb des Autobahnringes und Bonn/Köln/Düsseldorf sowie in gewisser Weise auch Dresden, Leipzig und Hannover – immer mehr an Bedeutung gewinnen und teilweise erheblich wachsen. Hannover weist wie Berlin, Hamburg oder Dresden Bevölkerungsgewinne auf, die im Wesentlichen auf die Bevölkerungsverluste der ländlichen Regionen zurückzuführen sind. Ähnliches gilt nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in bestimmten Teilen des Ruhrgebiets, bayerischen Grenzgebieten, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Das Leben von Kindern wird sich in Deutschland bei einer weiteren Entwicklung dieser Siedlungsstruktur, die recht wahrscheinlich ist, viel häufiger in städtischen oder stadtnahen Kontexten abspielen als noch in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren, als die Bundesrepublik wesentlich durch kleine und mittlere Städte geprägt war. Große Städte und städtische Agglomerationen zeichnen sich aber nicht a priori durch Familien- oder gar Kinderfreundlichkeit aus. Zwar können sie eine ausdifferenzierte Infrastruktur für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen. Aber gerade in Großstädten dokumentieren sich soziale Ungleichheit und Benachteiligung von Quartieren in der Regel viel schärfer als in kleineren und mittleren Kommunen, die aufgrund ihrer überschaubaren Größe Prozesse sozialen Ausgleichs oft schon dadurch organisieren können, dass die verfügbare Infrastruktur für Kinder und Jugendliche nicht quartiersspezifisch genutzt wird.

Das soziale Auseinanderdriften bestimmter Teile einer Stadt wie Berlin ist auch darauf zurückzuführen, dass in einer Metropole jeder Bezirk über eine ausdifferenzierte Infrastruktur verfügt. Nur selten findet eine Durchmischung unterschiedlicher sozialer oder ethnischer Gruppen statt. Daher verwundert es auch nicht, dass Colemans Idee, die Kinder aus benachteiligten Quartieren mit Bussen zur besseren Infrastruktur in privilegierte Quartiere zu bringen, vom Stadtforscher Hartmut Häußermann wieder ernsthaft vertreten wurde, um diesen Polarisierungstendenzen entgegenzuwirken.

Zudem sind die großen Städte auch bei Fragen der Lebensformen, Lebensführung und Lebensperspektive oft Laboratorien der Moderne, und die Menschen probieren hier häufiger alternative Muster aus. Die neuen Lebensformen für Kinder – alleinerziehende Mütter, Patchwork-Familien oder unverheiratete Paare – sind eher in den großen Städten anzutreffen als in ländlichen Regionen. Dabei handelt es sich hier keinesfalls um geringe Differenzen. Wenn in Berlin 40 % der bis zu 18-Jährigen bei alleinerziehenden Müttern oder in Patchwork-Konstellationen aufwachsen gegenüber 5-6 % in Bayern, dann sind das für die Kinder völlig unterschiedliche Lebensverhältnisse mit erheblichen Konsequenzen für die sozialen Beziehungsnetze und die kindliche Erfahrungswelt.

Die zunehmende Bedeutung der Metropolregionen erwächst aber nicht allein aus der innerdeutschen Wanderung, sondern ist auch Ergebnis der in den Sechzigerjahren begonnenen Arbeitsmigration aus dem europäischen und nichteuropäischen Ausland sowie der Migrationsprozesse aus Osteuropa nach dem Fall der Mauer. Bei Migrationsprozessen gibt es weltweit die Tendenz, dass später zuwandernde Migranten in Orte und Regionen ziehen, wo Freunde und Verwandte zu erwarten sind. Selbst wenn die Politik solche Prozesse zu steuern versuchte, wäre der Einfluss eher gering, weil die Suche nach Freunden und Unterstützung und auch einem Stück »kultureller Heimat« in der Regel stärker ist als alle Steuerungsversuche. Jetzt leben daher in den Metropolregionen häufig auf der einen Seite die zugewanderten und gut qualifizierten jungen Erwachsenen mit deutschem Hintergrund und gleichzeitig in bestimmten Bezirken derselben Metropolen Zuwanderer, die nicht über diese hohen Qualifikationen verfügen. Daher variieren die Lebensformen in den Metropolregionen nicht nur zwischen unterschiedlichen Gruppen der einheimischen Bevölkerung erheblich. Vielmehr ist zusätzlich eine kulturelle Vielfalt entstanden, die sich aus den unterschiedlichen Traditionen der Herkunftsländer speist. Die traditionellen Großstädte der Industriegesellschaft waren ähnlich wie auch die kleineren Städte in Deutschland immer durch ein hohes Maß an Homogenität bestimmter Bevölkerungsgruppen geprägt und gemeinsam dem Alltag der industriellen Kultur unterworfen. Heute ist ohne Zweifel festzustellen, dass die Heterogenität und Vielfalt von Lebensformen und kulturellen Mustern zum entscheidenden Merkmal der Metropolregionen geworden ist.

Die wachsende Kumulation der Bevölkerung in den Metropolregionen hat zusammen mit der geringen Geburtenrate allerdings auch die Konsequenz, dass die Regionen, die ihre jungen Arbeitskräfte und ihre Kinder an die städtischen Regionen abgeben, nun Probleme haben, die in Deutschland vor der Wiedervereinigung so gut wie

unbekannt waren. Die Bundesrepublik Deutschland zeichnete sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine relativ gleichmäßige und hohe Bevölkerungsdichte mit 300 oder mehr Personen pro Quadratkilometer aus, während die bevölkerungsarmen Regionen eher in Ostdeutschland lagen. Die Wiedervereinigung hat diese Lage teilweise drastisch verschärft, sodass heute in der Bundesrepublik Siedlungsunterschiede zu beobachten sind, wie man sie bisher nur aus dem Zentralmassiv in Frankreich sowie bestimmten Regionen Spaniens und Süditaliens kennt. Hier ist der Altersquotient der Bevölkerung extrem hoch und der Anteil an gut qualifizierten Arbeitskräften gering; zudem besteht eine erhebliche Asymmetrie bei den Geschlechtern, weil die jungen Frauen mit ihrer Dienstleistungsorientierung in großen Regionen eher Arbeit finden als die jungen Männer.

Das hat für die dort verbleibenden Kinder zur Konsequenz, dass – selbst wenn das Land und die jeweilige Kommune die Infrastruktur für die Kinder aufrechtzuerhalten versucht – das Personal fehlt, um diese Infrastruktur mit Leben zu erfüllen, weil die Erwartungen an den eigenen Lebensentwurf sich in diesen den Metropolen abgewandten Regionen nur schwer realisieren lassen. Das gilt vor allem auch deswegen, weil in den Einrichtungen für Kinder, aber auch für Ältere in der Regel gerade jene Altersgruppe von Müttern arbeitet, die selbst für heranwachsende Kinder sorgen muss und daher für ihre Kinder wiederum nach einem angemessenen Angebot für die kindliche Entwicklung sucht. In diesem Punkt wird Deutschland auf Dauer mit ganz unterschiedlichen kommunalen, regionalen und länderspezifischen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen rechnen müssen, die sich nicht mehr durch eine einheitliche Konzeption von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsdienst auffangen lassen. Vielmehr können die Teilhabechancen von Kindern nur durch eine große Variation sehr unterschiedlicher Formen von Unterstützungsleistungen für Familien auf der Basis von bürgerschaftlichem Engagement verbessert werden.

3.2 Wissenschaftliche und politische Reaktionen auf diesen Wandel

Es ist völlig ausgeschlossen, all die Analysen, Prognosen, Reaktionen und politischen Maßnahmen, die sich mit diesem Wandel auseinandersetzen, auch nur kurz darzustellen. Doch lassen sich einige zentrale Tendenzen benennen: Die Zukunft von Kindern wird heute vor allem darin gesehen, dass ein möglichst hoch qualifizierter Bildungsabschluss sie in möglichst kurzer Zeit befähigt, entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen einen Platz in der modernen Arbeitswelt zu finden. Nur wenige Gebiete der Politik wurden seit den Siebzigerjahren in Deutschland so heftig umkämpft wie die Bildungspolitik, weil sich die Zukunft in der Wissensgesellschaft für viele im Wesentlichen durch die Ausschöpfung des vorhandenen Humankapitals der Gesellschaft gestalten lässt.

Diese Orientierung wurde durch die Ergebnisse von PISA²² und Wiederholungsuntersuchungen verstärkt, weil – im Widerspruch zur vorher verbreiteten Annahme – nicht die deutschen Kinder besonders gut abschnitten, sondern Kinder aus Nordeuropa, Japan, Singapur und Kanada. PISA hat die Vorstellung, die Zukunft werde

22 Baumert, J./Artelt, C./Klieme, E./Neubrand, M./Prenzel, M./Schiefele, U./Schneider, W./Tilman, K.-J./Weiß, M. (Hrsg.) 2002: PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.

vor allem durch die kognitive Entwicklung der Kinder und die Ausschöpfung ihrer mathematischen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Kompetenzen gestaltet, noch einmal deutlich verschärft.

Diese Bildungsdebatte trug dazu bei, sich verstärkt um die Kinder zu kümmern, die aufgrund ihrer Herkunft nicht unbedingt die Voraussetzungen mitbringen, sich in dieser bildungsorientierten Perspektive der Zukunftsgestaltung des Individuums in der Gesellschaft zurechtzufinden. Es ist nur als erstaunlich zu bezeichnen, mit welcher Geschwindigkeit in Deutschland seit 2000 der Ausbau der frühkindlichen Betreuung vorangetrieben wird, wobei in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft die Chancengleichheit von Kindern unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft das zentrale Argument bildet. Das Motto »Auf den Anfang kommt es an« beschreibt diese Entwicklung, die darauf baut, einige der Prozesse, die oben beschrieben wurden, durch eine solche Anstrengung der Gesamtgesellschaft für die frühkindliche und die schulische Bildung konstruktiv gestalten zu können.

Viel langsamer, jedoch deutlich wahrnehmbar sind die Versuche, die traditionelle Vormittagsschule in Deutschland durch eine Ganztagschule zu ersetzen, um die Förderung von Schulkindern zu verbessern. Auch hier sind die nordeuropäischen Länder oft das Vorbild, weil sie ein entsprechendes Schulsystem haben und nicht allein in den PISA-Tests gute Ergebnisse erreichen. Offenbar spielt bei ihnen die soziale Herkunft bei der Entwicklung entsprechender Kompetenzen nur eine untergeordnete Rolle, während im deutschen Schulsystem nach Meinung vieler Experten eine besonders hohe soziale Ungleichheit erzeugt wird. Angeblich sind hier die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und den Bildungskompetenzen besonders eindeutig und werden durch das dreigliedrige Schulsystem auch noch zementiert.

Der jetzt in Deutschland zu beobachtende Übergang vom drei- zum zweigliedrigen System im Schulbereich, der Ausbau der Ganztagschule und der Frühförderung von Kindern erfüllen aber nicht allein bildungspolitische Zielvorstellungen, die an diese Reformen geknüpft werden, sondern stellen aus Sicht vieler Politiker auch eine angemessene Reaktion auf die demographischen und ökonomischen Veränderungen dar. Denn die Ausweitung von Betreuungsangeboten für Klein- sowie Schulkinder erleichtert es den Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, weil zunehmend verlässliche und qualifizierte Betreuungsangebote für die Kinder zur Verfügung stehen und die Beteiligung am Arbeitsmarkt ermöglichen. Gleichzeitig können die Städte und Gemeinden trotz zurückgehender Kinderzahl durch eine Reduktion der schulischen Vielfalt die schulischen Angebote wohnortnah aufrechterhalten. Unabhängig von den bildungspolitischen Zielsetzungen sind beide Begründungen nicht allein politisch gut nachzuvollziehen, sondern liegen auch im Interesse von Familien und Kindern. Denn wenn die Ökonomie der Familie, wie schon beschrieben, auf zwei Einkommen angewiesen ist, ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine notwendige Voraussetzung für die ökonomische Stabilität einer Familie. Wenn durch die Reduktion von drei auf zwei oder möglicherweise gar auf einen Schultyp die Schulen wohnortnah organisiert werden können, stellt das ein wichtiges Argument für die Kinder in Bezug auf ihr eigenes Lernen, die Freizeitgestaltung und den Kontakt zu Freunden dar. Dieses Argument gilt selbst dann, wenn sich die bildungspolitischen Ziele mit solchen Reformen nicht verwirklichen lassen.

Das muss hier so deutlich formuliert werden, weil die internationalen Forschungsergebnisse hinsichtlich der frühkindlichen Förderung und hinsichtlich der Integration von Schulformen nicht so eindeutig sind, wie die bildungspolitische Diskussion in Deutschland nahelegt.

3.3 Glauben Sie an Magie?

Bei einer Anhörung im Finanzausschuss des amerikanischen Kongresses zur Wirksamkeit und Effizienz von Frühförderprogrammen machte Jeanne Brooks-Gunn, eine der wichtigsten Wissenschaftlerinnen in diesem Bereich, die selbst viele Programme durchgeführt hat, sehr deutlich: Die Hoffnung, es komme »nur« auf den Anfang an, um die Benachteiligung von Kindern durch gezielte Programme in den ersten Lebensjahren auszugleichen, ist ein magischer Glaube. Denn viele der in den Sechzigerjahren aufgelegten Programme der »Head Start«-Initiative, der beispielsweise die »Sesamstraße« entstammt, haben langfristig so gut wie keine Auswirkung auf die weitere Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und Erwachsenen gehabt: »Die Kosten von Head Start sind pro Kind etwa 7 000 Dollar, aber ob das Programm tatsächlich diese Kosten wert ist, wenn man die intellektuellen und akademischen Gewinne berücksichtigt, ist eine offene Frage.«

Nisbett²³ findet selbst bei der besten Version dieses Programms intellektuelle Gewinne von nur etwa vier Intelligenzpunkten, obwohl das Programm nicht wie andere Experimente mit nur 60 oder 100 Probanden arbeitete. Vielmehr finanziert der amerikanische Kongress jedes Jahr etwa 800 000 Kinder in diesem Programm. Es besteht aus unterschiedlichen Einzelprogrammen und stellt sicherlich den größten Versuch dar, die intellektuelle Entwicklung von Kindern aus benachteiligten Familien zu stimulieren. Dieses Programm gehörte zur Sozialpolitik von Präsident Johnson in den Sechzigerjahren; da es von Anfang an wissenschaftlich begleitet wurde, gibt es inzwischen eine Fülle von Längsschnittdaten dazu.

Diese Ergebnisse lassen sich durch eine Fülle anderer empirischer Untersuchungen erhärten. Man könnte schlussfolgern, dass alle Bemühungen um den Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen nicht den Effekt erzielen, den sich die Initiatoren davon versprochen haben. Brooks-Gunn zieht aus diesen Ergebnissen allerdings eine andere Schlussfolgerung, ähnlich wie auch die Amerikanische Akademie der Wissenschaft in ihrer Studie »From Neurons to Neighbourhoods« (s. S. 15) auf der Basis der bis dahin vorliegenden Daten. Die Annahme, die kindliche Entwicklung – hier allein die kognitiven Fähigkeiten – könne durch eine einzige Maßnahme, etwa gezielte Sprachtrainingsprogramme in Vorschule oder Krippe, gefördert werden, ist in sich problematisch. Denn selbst wenn sich in empirischen Untersuchungen bei einzelnen Kindern positive Effekte zeigen, kann daraus nicht ohne Weiteres abgeleitet werden, dass diese Ergebnisse in andere Kontexte übertragbar oder auch von Dauer sind.

Unter der Perspektive der kindlichen Entwicklung sind solche Einzelmaßnahmen nur dann sinnvoll, wenn sie zugleich in ein Unterstützungskonzept der Eltern und

23 Nisbett, R. E. 2010: *Intelligence and How to Get It: Why Schools and Cultures Count*, New York: W. W. Norton & Company.

der Lebensumwelt der Kinder eingebettet werden. Brook-Gunn hat in einer Längsschnittstudie ein anschauliches Beispiel dafür gegeben. Mit der Unterstützung von Freiwilligen konnte sie in einem benachteiligten Quartier in New York Mütter motivieren, ihren Kindern regelmäßig vorzulesen. Das ist eine sehr einfache Maßnahme, die allerdings bei Eltern, die selbst kaum Zugang zu Literatur haben, einen erheblichen Aufwand bedeutet. Sie begleitete diese Kinder sechs Jahre bis in die High School. Im Alter von zehn Jahren gab es zwischen ihnen und Kindern aus privilegierten Quartieren keinen Unterschied des kognitiven Leistungsvermögens mehr. Damit hat Brooks-Gunn etwas umgesetzt, was auch aus neurobiologischen Untersuchungen bekannt ist:²⁴ Die Entwicklung des Sprachverständnisses wird bei Kindern, deren beide Eltern studiert haben, vor allem deswegen so nachhaltig stimuliert, weil die sprachliche Kommunikation in der Familie anregend und vielfältig ist. Die Menge der gemessenen Sprachereignisse lässt sich bis zum sechsten Lebensjahr durch sprachliche Unterstützungsprogramme für Kinder, die nicht in einem solchen Elternhaus aufwachsen, nicht kompensieren. Werden aber die Eltern selbst dazu angeregt, sprachlich vielfältiger zu agieren, entwickelt sich offenbar auch bei den Kindern ein besseres Sprachverständnis. Der Weg allein über eine institutionelle Förderung der Kinder ist unter einer solchen Perspektive schlicht als »Magie« anzusehen und muss durch ein Konzept zur Stärkung der Eltern ergänzt werden, das sie als Ressourcen für die Kinder einsetzt. Starke Kinder brauchen starke Eltern.

Darüber hinaus ist aber auch zu sehen, dass die Förderung im frühen Lebensalter nur ein Baustein im Gesamtförderkonzept ist, um die Kinder langfristig in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Auch sechs-, acht- oder zwölfjährige Kinder brauchen zusätzlich Unterstützung und Hilfe, die nicht notwendigerweise allein von der Schule oder anderen Institutionen kommen muss, wenn sich die Kontexte entsprechend positiv beeinflussen lassen. Daraus ist als Schlussfolgerung abzuleiten, dass auf der einen Seite in die kindliche Entwicklung im Rahmen frühkindlicher Betreuungseinrichtungen zu investieren ist, aber nicht übersehen werden darf, dass diese Investitionen allein langfristig nicht den erwünschten Effekt erzielen, wenn sie nicht durch andere Maßnahmen, die den Kontext und die Eltern stärken, ergänzt werden.

Unabhängig von der Diskussion, welche Maßnahmen für die Förderung einzelner Kinder oder Gruppen von Kindern sinnvoll sind, gibt es eine Forderung, die in der pädagogischen Forschung bisher eher selten akzeptiert und erfüllt wird. Denn auf der Makroebene von Gesellschaften ist im Vergleich zwischen verschiedenen Gesellschaften sowie innerhalb von Gesellschaften zwischen ihren Regionen zu prüfen, ob die Maßnahmen, die zur individuellen Förderung von Kindern entwickelt worden sind, auch insgesamt einen entsprechenden positiven Effekt zeigen. Diese Art einer evidenzbasierten Evaluation von Maßnahmen in diesem Bereich beginnt sich erst in jüngster Zeit durchzusetzen.

In der Untersuchung »Child Well-Being in the European Union« im Auftrag der EU wurden die Ergebnisse der PISA-Studien von 2006 mit dem Infrastrukturangebot und der Nutzung der Angebote in den einzelnen EU-Ländern verglichen.

24 Wolf, M. 2009: Das lesende Gehirn: Wie der Mensch zum Lesen kam – und was es in unseren Köpfen bewirkt, Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.

Dieser Ländervergleich zeigt deutlich, wie vorsichtig man mit der generellen Vorstellung sein muss, die Ausweitung der Bildungsbemühungen von Schule und Vorschule auf immer jüngere Kinder würde sicherstellen, dass die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen verschwinden oder sich zumindest verkleinern und dass die Länder mit solchen Investitionen überdurchschnittliche Testergebnisse bei PISA und anderen internationalen Vergleichsstudien erreichen.

Beim Vergleich der naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Schülern verschiedener deutscher Bundesländer mit denen anderer europäischer Staaten wird noch deutlicher, dass sowohl beim Ländervergleich wie auch auf Bundeslandebene die Frage der vorschulischen Betreuung keinen systematischen Einfluss auf die erreichten Kompetenzen hat. Denn Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen liegen im Länder-Ranking alle vor Schweden und Dänemark, die über ein ausgebautes vorschulisches Betreuungssystem und eine Gemeinschaftsschule verfügen. Übertroffen werden sie von Finnland und Kanada (Sachsen) und Neuseeland (Bayern). Diese beiden Bundesländer sind also zur OECD-Spitze zu rechnen. Sie unterscheiden sich grundsätzlich durch ihr Schulsystem, das in Bayern dreigliedrig und in Sachsen zweigliedrig ist. In Bayern bleibt das Ausmaß der frühkindlichen Betreuung bei den unter dreijährigen Kindern auch heute noch weit hinter den europäischen Standards zurück, während Sachsen diesen entspricht. Aber auch die Schweiz mit ähnlich traditionellen Schulstrukturen wie Bayern liegt hier vor den sonst so hoch gelobten nordeuropäischen Ländern wie Dänemark und Schweden. Nur Finnland steht in Nordeuropa besser da als Sachsen, Bayern und die Schweiz.²⁵ Die sehr guten Ergebnisse in der Schweiz und in Bayern lassen sich vermutlich auch dadurch erklären, dass in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit der Eltern sehr niedrig ist und zudem relativ wenige Kinder in Patchworkfamilien oder bei Alleinerziehenden aufwachsen.

Denn die Arbeitslosigkeit der Eltern, die materielle Situation und die Stabilität familiärer Beziehungen haben in den einzelnen Ländern einen erheblichen Effekt auf die schulischen Leistungen der Kinder.²⁵ Zudem beeinflussen fragile Lebensverhältnisse und instabile Beziehungen der Eltern zueinander oder auch einzelner Elternteile zum Kind sowohl die kognitive als auch die emotionale Entwicklung von Kindern.²⁶

Aus diesen Forschungsergebnissen ist abzuleiten, dass zumindest ein Teil der Variationen in der sozialen und kognitiven Entwicklung von Kindern auch von solchen familiären Kontextbedingungen abhängt. Daher ist der Forderung der Autoren nur zuzustimmen, parallel zur institutionellen Förderung der Kinder in frühkindlichen Einrichtungen dem familiären Kontext direkte Unterstützung zukommen zu lassen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung, um Entwicklungsnachteile zu vermeiden. Die Studie zeigt auch, dass die Konzentration auf einzelne Elemente der kindlichen Persönlichkeit, etwa die kognitiven Aspekte, dem komplexen kindlichen Entwicklungsprozess nicht gerecht wird, da sich die einzelnen Aspekte der kindlichen Entwicklung in diesem Prozess wechselseitig beeinflussen. Daher sollte nach

25 Bertram, H./Kohl, S./Rösler, W. 2011: Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012, Starke Eltern – starke Kinder: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe.

26 Brooks-Gunn, J./Wen-Jui, H./Waldfoegel, J. 2010: First-Class Maternal Employment and Child Development in the First 7 Years. Monographs of the Society for Research in Child Development, Society for Research in Child Development, John Wiley & Sons.

Auffassung von Waldfogel und Brooks-Gunn die Förderung von Kindern dem Konzept des kindlichen Wohlbefindens folgen, um die Prozesse der wechselseitigen Beeinflussung bei der kindlichen Förderung zu berücksichtigen.

3.4 Von der Magie zur Evidenz: Das Interaktionsmodell

Auf die Frage, wie sich der magische Glaube an die übergroße Relevanz der kindlichen Frühförderung, vor allem bei den sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen, für den späteren Lebenserfolg überwinden lässt, lassen sich mehrere Antworten geben. Im Folgenden werden drei unterschiedliche wissenschaftliche Argumentationen dargestellt und bewertet.

Der amerikanische Entwicklungspsychologe Jerome Kagan hält die Annahme, vor allem zu Beginn des Lebens würden die wichtigsten Entscheidungen für die kindliche Entwicklung gefällt, für einen zentralen »Mythos« der Psychologie. Er stützt sich bei seiner Argumentation auf Längsschnittdaten, die deutlich machen, dass die Prozesse der menschlichen Entwicklung nicht allein von den Bedingungen der Entwicklung in der frühen Kindheit abhängen, sondern dass auch im späteren Leben Ereignisse und Anregungen die Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen so positiv beeinflussen können, dass schwierige Lebenserfahrungen aus der frühen Kindheit sich überwinden lassen. Er stützt sich dabei unter anderem auf die berühmte Studie »The Children of the Great Depression« von Glen Elder, die die Entwicklung von Personen über ihr ganzes Leben nachgezeichnet hat. Kinder, die infolge der Weltwirtschaftskrise in den Zwanziger- und Dreißigerjahren eine sehr schwierige Kindheit ohne Schulabschluss und mit Jugendarbeitslosigkeit erlebt hatten, bekamen die Chance, nach dem Korea-Krieg mit Hilfe der GI-Bill ohne irgendwelche Bildungsvoraussetzungen oder Tests den Collegeabschluss zu machen; sie waren später in ihrem beruflichen Erfolg, in ihrer privaten Lebensführung und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe nicht zu unterscheiden von der Kontrollgruppe, die sozialisationstheoretisch eine optimale Kindheit erlebt und alle Bildungsqualifikationen so absolviert hatten, wie das System es vorsieht. Offenbar konnte allein der zweijährige kostenfreie Collegebesuch die Nachteile der deprivierten Kindheit ausgleichen. Elder und Kagan betonen daher, dass bei aller Diskussion um die Frühförderung die Idee einer zweiten oder dritten oder vielleicht auch vierten Chance für Kinder und Jugendliche aus ganz unterschiedlichen Lebensverhältnissen möglicherweise ebenso wichtig ist wie die Frühförderung.

Bei der Analyse der vielfältigen Ergebnisse von verschiedenen »Head Start«-Programmen führen die Autoren²⁷ das Scheitern vieler Programme darauf zurück, dass nicht die richtigen Methoden zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung eingesetzt oder die Kinder nicht umfassend genug gefördert worden seien. Bessere und umfassendere Programme könnten, die Defizite der unzureichenden Sozialisation durch das Elternhaus tatsächlich kompensieren. Die Wissenschaftler sehen sehr wohl, dass nur ein Teil der Programme erfolgreich war, und hoffen, noch bessere und umfassendere Forschung könne doch zu effizienten Kompensationsstrategien führen und defizitäre Sozialisationsprozesse im Elternhaus durch spezifische Programme und institutionelle Arrangements ausgleichen.

27 Zigler, E./Styfco, S. J. 2004: The Head Start debates, University of Michigan, P. H. Brookes, Pub.

Die dritte Interpretation für das relative Scheitern vieler Frühförderprogramme betont vor allem die Bedeutung der genetischen Faktoren für unterschiedliche Kompetenzen und Fähigkeiten, die die Teilhabechancen von Kindern in der Gesellschaft beeinflussen. Ein prominentes Beispiel dafür stellen die Arbeiten von Herrnstein und Murray dar, die 1994 die soziale und ethnische Ungleichheit in den USA im Wesentlichen auf unterschiedliche biologische Faktoren zurückführen. Auch ohne solche statischen Vorstellungen von biologisch-genetischer Determination zu vertreten, betonen doch etliche Autoren in modifizierter Form die Bedeutung von biologischen Faktoren. Angesichts des aktuell zu beobachtenden »Neobiologismus« sind solche Positionen zumindest zur Kenntnis zu nehmen und kritisch zu hinterfragen.

Unter einer wissenschaftstheoretischen Perspektive sind alle drei Positionen zu verwerfen. So richtig und wichtig es ist, darauf hinzuweisen, dass Kinder und Jugendliche völlig unabhängig von ihren Lebenserfahrungen in ihrer frühen Kindheit auch dann immer wieder gefördert werden müssen, wenn sie sich trotz frühkindlicher Förderung nicht erwartungsgemäß entwickelt haben, spricht die Bedeutung der späteren Lebenschancen und Förderungen nicht dagegen, den Kindern auch schon im frühen Lebensalter die Möglichkeiten zu ihrer Entwicklung einzuräumen, die die Gesellschaft bieten kann.

Politisch ist diese Lebenslaufperspektive allerdings sehr bedeutungsvoll. Wenn das hier positiv erwähnte Sachsen überdurchschnittliche Kompetenzwerte bei den 15-16-jährigen Jugendlichen aufweist, muss auf der anderen Seite erwähnt werden, dass in Sachsen wie auch in Thüringen ein erheblicher Anteil, nämlich mehr als 10 % der Jugendlichen, die Schule ohne Abschluss verlässt. Diese sehr hohe Quote zeigt, dass es nicht allein darauf ankommt, mit guten Unterrichtsangeboten und guter Frühförderung qualifizierte und kompetente Schüler zu erziehen, sondern dass man sich gerade um diejenigen kümmern muss, die in einem vorbildlichen Schulsystem scheitern. Die zweite Chance ist für diese Jugendlichen genauso wichtig wie für die anderen Jugendlichen die gute Förderung in der Schule. Eine Lebenslaufperspektive der kindlichen Entwicklung konzentriert sich daher nicht allein auf den Anfang des kindlichen Lebens, sondern sieht die Entwicklung des Einzelnen im Lebensverlauf.

Das zweite Modell geht davon aus, dass sich durch mehr Forschung und bessere Programme flächendeckend ein Erfolg einstellen werde. Das ist ein übliches wissenschaftliches Legitimationsmodell, in den Sozialwissenschaften wie in anderen Wissenschaftszweigen. Scheitern wissenschaftlich fundierte Forschungen und Programme, wird das vielfach darauf zurückgeführt, dass die Umsetzung der eigenen Forschung nicht gelungen oder noch nicht genügend Forschung erfolgt sei oder die richtigen Methoden und Techniken fehlen, um die Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Reaktion des amerikanischen Kongresses auf die wenig positiven Ergebnisse vom »Head Start«-Programm: Es wird weiter gefördert und verfolgt weiter inhaltlich die Vielfalt der Ansätze. Der amerikanische Kongress investiert in dieses Programm pro Jahr fast sechs Milliarden Dollar,

was auch für ihn eine gewaltige Summe ist. Allerdings besteht die Erwartung, nicht allein Erfolg oder Misserfolg hinsichtlich einzelner Projekte nachzuweisen, sondern auch zu belegen, dass sich auf der gesellschaftlichen Ebene insgesamt positive Effekte zeigen, und zwar nicht allein bei schulischen Kompetenzen, etwa der sprachlichen Entwicklung. Vielmehr sollen diese Maßnahmen dazu führen, dass die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen an solchen Programmen auch ihre gesellschaftliche Teilhabe als junge Erwachsene insgesamt verbessert. Die Wirkung wird damit nicht mehr allein daran gemessen, ob sich der spezifische Effekt einstellt, den der Wissenschaftler erwartet hat, sondern ob sich nachweisen lässt, dass die am Gesamtprogramm beteiligten Kinder und Jugendlichen später gut integriert an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Diese Argumentation folgt Überlegungen von Urie Bronfenbrenner aus den Achtzigerjahren, dass nämlich die schulische Entwicklung der Kinder, die an diesen Programmen teilnehmen, möglicherweise nicht den Erwartungen der Wissenschaftler entsprach, dass aber diese Kinder später als junge Erwachsene, trotz benachteiligter Elternhäuser, sehr wohl eine viel höhere Integration in die Gesellschaft aufwiesen als andere mit ähnlicher Herkunft, die nicht an dem Programm teilgenommen hatten.

Eine solche Argumentation setzt eine andere Art von Forschung voraus. Es reicht nicht aus, in einer »experimentellen« Versuchsanordnung den Nachweis zu führen, dass bestimmte Maßnahmen für eine bestimmte Gruppe von Kindern einen bestimmten Effekt haben. Vielmehr sind darüber hinaus Analysen auf der Makroebene einer Gesellschaft oder eines Landes oder einer Gemeinde nötig, um zu prüfen, ob sich durch die Summe dieser einzelnen Maßnahmen tatsächlich Systemeffekte einstellen. Ohne solche Untersuchungen auf der Makroebene ist nicht zu erklären, warum die Tests der naturwissenschaftlichen Kompetenz von Schülern in Sachsen und Bayern bei einem ganz unterschiedlichen Schulsystem zu ebenso guten PISA-Ergebnissen führen wie in drei von vier skandinavischen Ländern. Sie sind zudem erheblich besser als in Frankreich, das zumindest konzeptionell durch Frühförderung, Ganztagschule und die Vorstellung, der Staat müsse elterliche Defizite ausgleichen, in seiner Erziehungskonzeption den Kompensationstheorien entspricht.

Der Psychologe Flynn hat als einer der Ersten gezeigt, dass intellektuelle Kompetenzen sich im Laufe von Generationen so verändern, dass in hoch entwickelten Industriegesellschaften die nachwachsende Generation in der Regel ein höheres intellektuelles Niveau erreicht als die Vorgeneration. So lässt sich heute nachweisen, dass die intellektuellen Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen in den Daten von Herrnstein und Murray fast verschwunden sind. Der vermutete Determinismus, den manche Pädagogen und Soziologen hinsichtlich der angeborenen Anlagen von Kindern unterstellen – weswegen sie dazu neigen, solche Theorien gänzlich abzulehnen –, wird von den Forschern in diesen Gebieten selbst nicht behauptet. Vielmehr gehen sie, entsprechend dem schon mehrfach zitierten Bericht der Akademie der Wissenschaften aus den USA, von einem Interaktionsmodell aus, bei dem sich durch gezielte Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern die Potenziale, die in diesen Kindern schlummern, optimal entwickeln lassen.

Natürlich kann ein 65-Jähriger noch eine Fremdsprache lernen und sich in einer neuen Kultur zurechtfinden, aber manche Fähigkeiten und Fertigkeiten kennen in ihrer Entwicklung kritische Phasen, in denen sich bestimmte Dinge leichter realisieren lassen. Daher ist dieser spezifische Entwicklungsprozess eines Kindes und Jugendlichen genau zu reflektieren. Jedoch ist nicht daraus abzuleiten: Wenn ein Kind oder ein Jugendlicher aus unterschiedlichen Gründen diese Phasen nicht nutzen konnte oder auch wollte, ist eine zweite oder dritte Chance weder sinnvoll noch hilfreich für die spätere gesellschaftliche Teilhabe dieses Jugendlichen.

Natürlich sind die Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes und Jugendlichen von den Potenzialen begrenzt, die die Natur mitgegeben hat. Wie aber diese Potenziale genutzt und gefördert werden, hängt entscheidend von der Umwelt ab, die nicht allein aus Krippe, Kindergarten und Schule besteht. Um also die Kinder und Jugendlichen zu fördern, ist zu akzeptieren, dass die Lebensumwelt von Kindern auch außerhalb der Institutionen, die die Gemeinden zur Verfügung stellen, so positiv zu beeinflussen ist, dass sie ihre Potenziale auch ausschöpfen können. Das geschieht sicherlich zunächst dadurch, dass die Eltern als zentrale und wichtigste Ressource der Kinder befähigt und unterstützt werden, ihre Kinder entsprechend zu fördern, wie das kleine Beispiel von Brooks-Gunn im vorhergehenden Abschnitt deutlich zeigt. Erfolg und Misserfolg von Programmen zur Förderung von Kindern lassen sich nicht daraus ableiten, dass das eine oder andere Experiment oder die eine oder andere Studie positive oder negative Ergebnisse erbracht hat. Vielmehr kommt es in gleicher Weise darauf an zu prüfen, ob sich durch diese Investitionen in die kindliche Entwicklung auch auf der gesellschaftlichen wie der staatlichen Ebene, sei es in der Kommune, im Bundesland oder im Bund, positive Effekte zeigen lassen.

Als Schlussfolgerung lässt sich festhalten: Das Interaktionsmodell zeigt unter einer wissenschaftlichen Perspektive relativ plausibel, warum eine neurobiologische Perspektive, eine Lebensverlaufsperspektive und auch eine Kompensationsperspektive sehr gut gemeinsam in ein theoretisches Modell passen. Das hat Folgen für die praktische Umsetzung. Denn bei der Förderung der kindlichen Entwicklung wird in der Praxis leider noch häufig dazu tendiert, die Institutionen Krippe und Kindergarten von der Schule abzugrenzen oder auch die allgemein bildende Schule und die Berufsausbildung als separate Bereiche zu betrachten. Zwar gibt es interessante und spannende Ansätze, die verschiedenen institutionellen Bereiche vernetzt zu sehen, aber »Mainstream« ist das noch nicht. Das gilt nicht nur für Institutionen, sondern auch auf der Ebene des bürgerschaftlichen Engagements in Nachbarschaft und Gemeinde. Es wurde schon betont, dass bürgerschaftliches Engagement in diesem Kontext nicht als Ersatz für die Programme in Krippe, Kindergarten und Schule gedacht sein kann. Vielmehr stellt es den Versuch dar, die Lebenswelt von Familien und Kindern positiv zu beeinflussen und so anzureichern, dass die Kinder auch außerhalb der Institutionen die Möglichkeit haben, ihre Potenziale in Interaktion mit anderen Erwachsenen und anderen Kindern weiterzuentwickeln und indirekt damit auch ihre Eltern zu unterstützen. Die Interaktionsperspektive zeigt zudem, dass sich solche praktischen Prozesse auch aus einer sozialökologischen Theorie der kindlichen Entwicklung ableiten lassen, die sowohl die Lebenslaufperspektive mit kritischen Lebensphasen wie auch die biologische Basis der kindlichen Potenziale akzeptiert.

Wir verbleiben in der »Magie«, wenn wir jeweils nur einen Ansatz – eine Lebenslaufperspektive, Kompensationsperspektive durch Programme oder neurobiologische Perspektive – in den Vordergrund stellen. Es bestehen aber gute Chancen dafür, auf der Basis empirischer Evidenz nachzuweisen, dass eine Integration dieser drei Perspektiven eine tragfähige Grundlage für die Förderung der kindlichen Entwicklung in den modernen Gesellschaften darstellt.

3.5 Von der Magie zur Evidenz: Das kindliche Wohlbefinden

Wenn man ein solches interaktives Modell akzeptiert, muss die heute dominante Orientierung der Forschung an der sprachlichen und kognitiven Entwicklung von Kindern erweitert werden. Denn der Erfolg bei der Unterstützung der kindlichen Entwicklung durch »kompensatorische Förderprogramme«, »lebenslauforientierte« Modelle einer »zweiten und dritten Chance« und die Entwicklung der Potenziale von Kindern durch die Unterstützungsstrukturen in Krippe, Kindergarten, Schule und Berufsausbildung, Elternhaus und bürgerschaftlichem Engagement misst sich nach der Argumentation im vorhergehenden Abschnitt nicht mehr daran, ob die Kinder und Jugendlichen besonders gute Schulnoten und besonders große Kompetenzen in bestimmten kognitiven Bereichen entwickeln, sondern daran, inwieweit sich die Teilhabe von Kindern als jungen Erwachsenen an der gesellschaftlichen Entwicklung deutlich verbessern ließ.

Ein anschauliches Beispiel für diese Denkfigur gibt der Nobelpreisträger James Heckman mit seiner Neuauswertung des Perry-School-Experiments. Bei den inzwischen erwachsenen Teilnehmern dieses Experiments hat er neben dem Schulabschluss geprüft, wie viele von ihnen als Erwachsene im Vergleich zu anderen Gruppen gleicher sozialer Herkunft eine feste Arbeit hatten, nicht straffällig geworden waren und in einer stabilen Familienbeziehung lebten. Ähnlich wie Bronfenbrenner in den Achtzigerjahren zeigt er, dass der Gewinn hinsichtlich der akademischen Grade gering ist, dass sich aber die eingesparten Kosten für soziale Unterstützung und für nicht erfolgte Gefängnisaufenthalte vor allem bei den jungen Männern auf mehr als 200 000 Dollar pro Teilnehmer summieren. Ohne diese Berechnung im Einzelnen kritisch zu bewerten, zeigt sie, dass sich der Erfolg solcher Programme nicht allein an der Entwicklung kognitiver Kompetenzen oder schulischer Leistungen festmacht, sondern dass auch die kindliche Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zum Erfolgskriterium solcher Projekte werden muss.

Wohlbefinden von Kindern

Die dauerhafte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft wird nämlich nicht allein durch ihre kognitiven Möglichkeiten bestimmt, sondern hängt auch von ihrer gesundheitlichen Entwicklung ab sowie von ihrer sozialen Einbettung in Familie, Freundeskreise und Nachbarschaft. Die ökonomischen Rahmenbedingungen, die eine Familie für ihre Kinder bereithalten kann, sind ebenso zu berücksichtigen wie die Risiken, denen Kinder im Straßenverkehr oder beim Substanzmissbrauch ausgesetzt sind. Dieses mehrdimensionale Modell hat Bradshaw²⁸ für UNICEF konzipiert, um Indikatoren zur Vergleichbarkeit der Verwirklichung der Kinderrechte in verschiedenen Staaten zu bilden. Es hat sich inzwischen so nachhaltig durchgesetzt,

28 Bradshaw, J./Mayhew, E. (Hrsg.) 2005: The Well-being of Children in the UK, London: Save the Children.

dass sowohl die OECD (2010) wie auch die EU (2011) das Konzept mit einigen noch zu beschreibenden Modifikationen zur Grundlage ihrer Berichterstattung zum kindlichen Wohlbefinden gemacht haben.

Auch bei diesen Organisationen hat sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt, dass eine Politik für Kinder und auch für Familien, die sich auf die Förderung der Bildungsqualifikationen von Kindern und Jugendlichen beschränkt, sowohl theoretisch wie in der praktischen Umsetzung an Grenzen stößt. Theoretisch ist dieser Ansatz begrenzt, weil die Konzentration auf die Bildungsqualifikationen ausschließlich die Entwicklung des Humankapitals thematisiert, was ohne Zweifel von großer Bedeutung ist, aber doch nur einen bestimmten und zudem primär ökonomisch begründeten Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklung betont. Zudem führt die Fixierung allein auf die Bildungsqualifikation zu dem Problem, dass auch eine deutlich verbesserte Bildungssituation in einzelnen Ländern nicht automatisch auch die Teilhabechancen aller Kinder verbessert. Denn auch dann ist nicht auszuschließen, dass von dem verbesserten Angebot vor allem diejenigen profitieren, die schon vorher im bisherigen System eher gut abschnitten. Kinder von zwei hoch bildungsqualifizierten Eltern profitieren möglicherweise mehr von einer Verbesserung des Bildungssystems als andere Kinder.

Dieses Problem begleitet die OECD seit den Siebzigerjahren. Schon bei der ersten großen und erheblich von der OECD beeinflussten Bildungsdebatte gab es eine wissenschaftliche Diskussion darüber, ob nicht von der damaligen Verbesserung des Bildungssystems vor allem diejenigen profitierten, die schon zuvor privilegiert waren. Die französischen Bildungssoziologen Bourdieu und Boudon haben aus unterschiedlicher Perspektive diese Zusammenhänge thematisiert. Beim Rückblick ist heute schlicht festzustellen, dass solche Effekte tatsächlich in fast allen OECD-Ländern zu beobachten waren und sind. Die Orientierung an dem breiteren Modell auf der Basis von Heckmans Analyse eröffnet die Chance, mit guter Begründung auch jene Kinder zu fördern und zu unterstützen, die möglicherweise nicht die erwünschte optimale Bildungsentwicklung durchmachen. Ihnen bietet die breitere Förderungsperspektive die Chance, später als selbstbewusste und selbstständige Erwachsene ihrem Potenzial entsprechend an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben.

Die Arbeitslosenraten von jungen Erwachsenen in Finnland oder Schweden fallen mit 23 bzw. 20 % weit höher aus als in Deutschland. Das macht deutlich, dass die Teilhabe von jungen Erwachsenen an der gesellschaftlichen Entwicklung mit davon abhängt, dass neben den allgemeinen akademischen Qualifikationen auch der Übergang in den Beruf und der Zugang zur Teilhabe an Arbeit sichergestellt wird, damit alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihren sonstigen akademischen Qualifikationen, reelle Chancen zur Teilhabe bekommen. Dazu zeigt ein aktueller Vergleich des elsässischen Sélestat mit dem badischen Emmendingen, nur wenige Kilometer voneinander entfernt, erhebliche Unterschiede in der Jugendarbeitslosigkeit mit 23 % in Sélestat gegenüber 7 % in Emmendingen. Diese deutlichen Unterschiede bei weitgehend gleichem kulturellen Hintergrund, ähnlicher ökonomischer Struktur der beiden Gemeinden mit örtlichen Arbeitsämtern und Unternehmen werden damit

erklärt, dass das deutsche Bildungsangebot mit dem dualen System keine so ausgeprägte »Hierarchie« unterschiedlicher Qualifikationen in der Gesellschaft kennt, während in Frankreich Eltern und Jugendliche alles außer dem Studium als Misserfolg interpretieren.²⁹

Auch ohne sich diese Interpretation zu eigen zu machen, macht die Diskussion deutlich, dass die gesellschaftliche Akzeptanz eines breiteren Leistungsprofils von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ganz unterschiedlichen Qualifikationen auch dazu beiträgt, jedem Kind und jedem Jugendlichen Teilhabechancen einzuräumen. Hingegen führt die Einengung auf wenige primär kognitive Bildungsziele europaweit zum sozialen Ausschluss von vielen Kindern und Jugendlichen. Das mehrdimensionale Modell des kindlichen Wohlbefindens muss also nicht wie bei UNICEF allein aus den Kinderrechten abgeleitet werden, sondern ist auch gut mit den unterschiedlichen Potenzialen von Menschen in der Gesellschaft zu begründen, die nur dann angemessen gefördert und entwickelt werden, wenn alle Dimensionen der kindlichen wie der erwachsenen Persönlichkeit in den unterschiedlichen Lebensbereichen als Dimensionen gelten, die es zu schützen und zu fördern gilt.

Amartya Sens Konzept der »Befähigung«³⁰ betont die Wichtigkeit der Freiheit, sich in der Gesellschaft entwickeln und an ihr teilhaben zu können. Wirtschaftliche bzw. monetäre Faktoren stellen dabei nur einen Teil der notwendigen Grundvoraussetzungen dar. Neben den materiellen Existenzvoraussetzungen zur Teilhabe an der Gesellschaft und dem Vermögen, an den gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeit, Politik und Familie zu partizipieren, betrachtet Sen auch die subjektive Selbsteinschätzung als wesentliches Element der menschlichen Entwicklung: die Fähigkeit, für sich selbst - entsprechend den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten - in der Gesellschaft eine zufriedenstellende Position zu entwickeln. Damit legte Sen die Grundlage für den seit 1990 jährlich von den Vereinten Nationen veröffentlichten Human Development Index. Er misst die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft, aber auch die gesundheitliche Entwicklung der Bevölkerung, ihr Bildungsniveau und die Möglichkeiten zur Mitbestimmung an der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn neben der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden solche Faktoren mit über die subjektive Einschätzung der Individuen, an der Gesellschaft partizipieren zu können.

Diese Perspektive hat inzwischen sowohl in der wissenschaftlichen Ökonomie wie auch in der Politik erheblich an Bedeutung gewonnen. So konnte Layard nachweisen, dass die alleinige Orientierung an der ökonomischen Entwicklung einer Gesellschaft die subjektive Selbsteinschätzung und Zufriedenheit des Einzelnen mit der Gesellschaft nicht unbedingt positiv beeinflusst.³¹ Darüber hinaus eignet sich die erweiterte Perspektive bei der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen dazu, die generelle Kritik an rein ökonomischen Wachstumsmodellen in eine konstruktive Perspektive zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklung zu übersetzen, wie die Stiglitz-Kommission gezeigt hat.

29 New York Times, 4.3.2012, S. 5.

30 Capabilities approach

31 Layard, R. 2005: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/New York: Campus-Verlag.

In diesem Kontext gewinnt die Bildung große Bedeutung. Die zivilgesellschaftliche Unterstützung von Familien mit Kindern und die Kooperation engagierter Bürger mit professionellen Vertretern des Wohlfahrtsstaates schaffen Möglichkeiten nicht allein zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, sondern auch zur erheblichen Erweiterung ihrer positiven Einschätzung der eigenen Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft. Diese eher demokratietheoretischen Überlegungen werden im folgenden Abschnitt ausgeführt.

4 Familie – Gesellschaft – Staat: Neue Kooperationen für starke Kinder

Tine Stein

»Um Kinder großzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf.«

Das Konzept des Wohlbefindens von Kindern verändert nicht nur die Perspektive auf die Kinder, sondern auch auf ihre Umgebung. Wer nach dem Wohlbefinden von Kindern fragt, der fragt nach der Lebensqualität der Kinder, ihren Entwicklungschancen, den Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und auch danach, wie sie sich selbst mit ihren Bedürfnissen und Problemen wahrnehmen und was sie ändern möchten. Was braucht es, damit Kinder lernen zu sagen, was ihnen gefällt, wie ihr subjektives Wohlbefinden gestärkt werden kann, was nicht in quantifizierbaren Indikatoren wie Einkommen der Eltern oder Bildungsstand aufgeht? Was braucht es, damit Kinder lernen, für sich selbst Verantwortung übernehmen zu können? Es braucht dazu eine gemeinsam wahrgenommene Verantwortung von Familie, Gesellschaft und Staat.

In dem afrikanischen Sprichwort »Um Kinder großzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf« kommt diese Erkenntnis zum Ausdruck. Es braucht nicht nur die Eltern und die Familie, die Geschwister und Onkel und Tanten und Großeltern und Cousins und Cousins, sondern es braucht auch die Freunde und Kinder, die man draußen trifft und mit denen man spielt, es braucht auch die Nachbarn und die Erwachsenen, die man als Kind kennt – den Lehrer, die Händlerin, den alten Mann, der vor seinem Haus sitzt. Mit allen setzt man sich auseinander. Kann eine solche Erkenntnis aus den Bedingungen einer traditionellen und vorindustriellen Gesellschaftsform auf die Umstände einer postindustriellen westlichen Gesellschaft übertragen werden? Das afrikanische Sprichwort trifft den zentralen Punkt – und spiegelt damit auch die Ergebnisse aktueller wissenschaftlicher Studien³²: Nötig sind vor allen Dingen gelingende menschliche Beziehungen in unterschiedlichen Rollenkonstellationen, damit Kinder sich wohlfühlen und eine Entwicklung erfahren, die sie zu selbstbewussten Erwachsenen werden lässt, die für sich selber sorgen können und anderen mit Respekt begegnen. Das ist gemeint, wenn in dieser Studie vom »kindlichen Wohlbefinden« die Rede ist. Es geht um eine andere Sichtweise, die ihren Ausgangspunkt vom Kind nimmt.

Im Mittelpunkt steht die Beziehung zu den Eltern, deren gewissermaßen bedingungslose Liebe und Fürsorge bei den Kindern das Urvertrauen entstehen lässt, von dem oben schon die Rede war.³³ Aber darüber hinaus bedarf es weiterer Personen – es bedarf Menschen, die die Eltern unterstützen, wenn Zeit knapp ist, es bedarf

32 Vgl. etwa Shonkoff, J. P./Phillips, D. (Hrsg.) 2000: From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development. Children, Youth, and Families Board on Development, Committee on Integrating the Science of Early Childhood, National Research Council, Washington, D.C.: National Academy Press.

33 Bertram, H. 2008: Die Zukunft von Kindern als Zukunft der Gesellschaft, in: Bertram, H. (Hrsg.): Mittelmaß für Kinder, Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, München, S. 16–36, hier S. 22ff.

Gleichaltriger, um sich zu messen, um Gleichheit zu erfahren, um selbst gewählte Bindungen einzugehen und aufrechtzuerhalten, es bedarf anderer Erwachsener, die Kinder mit unterschiedlichen sozialen Erwartungen konfrontieren. Wie lässt sich dieses »ganze Dorf« in die heutigen Bedingungen übertragen?

In den von Roland Berger untersuchten Initiativen zur Verbesserung des kindlichen Wohlbefindens sowie in weiteren Beispielen wird deutlich, worauf es in Zukunft vermehrt ankommt: Für das Wohlbefinden von Kindern tragen Familie, Gesellschaft und Staat eine gemeinsame Verantwortung. Diese nehmen sie am besten wahr, wenn es zu einer bewussten Kooperation kommt. Wie diese Kooperation ausfallen soll, dazu kann in theoretischer Hinsicht das Subsidiaritätsprinzip wertvolle Orientierungspunkte geben, wenn es in einer neuen Weise interpretiert wird: nicht allein als analytischer Leitbegriff der Koordination unterschiedlicher Akteursebenen, sondern auch als normative Aufforderung zur Kooperation. Ein solches neues Verständnis der Subsidiarität ermöglicht zugleich einen kritischen Blick auf die dysfunktionale Zersplitterung in der institutionellen Welt der Kinder- und Jugendhilfe.

Wenn von dem ganzen Dorf die Rede ist, das nötig ist, um ein Kind großzuziehen, dann ist es wichtig zu betonen, dass hiermit keinesfalls eine romantische Sehnsucht nach einer nicht entzweiten Welt gemeint ist. Denn auch ohne auf die Fragwürdigkeit der normativen Wünschbarkeit romantischer Ideale hinzuweisen, wäre die Beschwörung der Integrität einer dörflichen Gemeinschaft eine illusorische Vorstellung, da alle Erfahrung lehrt, dass die Ausdifferenzierung unserer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft mit ihren Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen in der Arbeitswelt, mit der ständigen Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, sich nicht umkehren lässt. Aber man muss sehen, dass nicht alle Erwachsenen mit diesen Anforderungen gut zurechtkommen. Das kann sowohl Menschen in beruflichen Spitzenpositionen betreffen, die der zeitlichen Inanspruchnahme ihres Berufs zulasten ihrer Familie nachgeben, als auch solche, die schlecht ausgebildet sind oder aus anderen Gründen den Qualifikationsprofilen und Leistungsanforderungen der modernen Arbeitswelt nicht entsprechen und daher, auf staatliche Transferleistungen angewiesen, womöglich an Selbstvertrauen und die Fähigkeit zu einer eigenständigen Lebensführung verlieren.

Die zeitgenössische Sozialstaatsdiskussion spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, »capabilities«, verstanden als Verwirklichungschancen, zu stärken.³⁴ Sie befähigen Menschen im Arbeitsleben, im Bildungssystem, im kulturellen und im öffentlichen Leben erst dazu, umfassend am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wenn die arbeitslosen Eltern nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wirkt dies auf die Teilhabechancen der Kinder zurück. So spüren vor allem die Kinder arbeitsloser Eltern die Konsequenzen. Für sie ist nicht materielle Not das größte Problem, sondern mangelnde Zuwendung, instabile Beziehungen, fehlende Unterstützung bei der schulischen Bildung und überhaupt die mangelhafte Teilhabe – an Sport, an Freizeitangeboten, am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

34 Sen, A 2000: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien: Hanser.

4.1 Die Beispiele aus der Praxis: Was fällt auf?

Die Initiativen, die sich für eine Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern einsetzen (s. S. 53–60), weisen einen bemerkenswerten diagnostischen Blick auf. Sie richten sich vor allem an benachteiligte Kinder, die von den bestehenden staatlichen (oder in staatlichem Auftrag durchgeführten) Angeboten nicht erreicht werden. Mit ihrem Angebot legen sie zugleich die Schwachstellen offen, woran es Kindern heute häufig fehlt: an Bewegung in der Freizeit, an einem sozialen Begegnungsraum unter Gleichaltrigen, an Erlebnissen in der Natur, an ästhetisch-kulturellen Unterricht, an Nachhilfe, an Wissen über Gesundheit und Ernährung und mitunter auch an der Befriedigung ganz banaler Bedürfnisse wie einem warmen Mittagessen und einem geborgenen Raum, wo sie den Nachmittag verbringen können. Das letztere Problem hat etwa »Die Arche« erkannt (s. S. 54).³⁵ Dieser Verein ist, im Vergleich zu den anderen hier vorgestellten zivilgesellschaftlichen Initiativen in privater Trägerschaft mit 200 (ehren- und hauptamtlichen) Mitarbeitern ein recht großer Verein, bei dem die Kinder nicht nur ein Mittagessen bekommen, sondern gewissermaßen auch ein Wohnzimmer vorfinden, in dem diejenigen Kinder, die nachmittags nicht in die elterliche Wohnung gelassen werden oder die dort keine Zuwendung erfahren, auch Hausaufgabenhilfe erhalten, spielen oder mit den festen Bezugspersonen, die sie dort betreuen, ihre Geburtstage feiern können.

Andere Initiativen richten sich nicht an die Kinder, sondern an die Eltern und »coachen« sie in ihrem Eltern-Dasein. Denn Eltern verfügen nicht immer über die nötige Kompetenz, für ihre Kinder das bestehende Angebot an Teilhabemöglichkeiten zu erschließen. Das erfolgreich zu tun, stellt angesichts der institutionellen und auch räumlichen Zersplitterung der Angebote (von Gesundheit über Betreuung, über Sport zu Nachhilfe bei unterschiedlichen privaten und öffentlich-staatlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe)³⁶ tatsächlich einige Herausforderungen an die Fähigkeiten der Eltern. Die staatlichen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe in den Kommunen, die Gesundheitsämter, die Kinderärzte und Krankenhäuser, die Schulen, die freien Träger, die im öffentlichen Auftrag Angebote bereitstellen – all dies ist nicht nur für die Eltern, sondern muss auch für die darin handelnden Personen ein schwer überschaubares Geflecht sein, in dem sich eine institutionelle und kompetenzielle Zersplitterung offenbart, die für die Förderung des kindlichen Wohlbefindens dysfunktional ist. Zumeist stehen diese Stellen nicht in einem koordinierten Austausch über ihre Aktivitäten und verfügen nicht über eine gemeinsam entwickelte Strategie, um das kindliche Wohlbefinden zu verbessern.

Ein bemerkenswertes Projekt, das hierauf reagiert, ist das »Netzwerk Gesunde Kinder« in Brandenburg, vom dortigen Familienministerium unterstützt, in dem Krankenhäuser, Kinderärzte, Kommunen und Ehrenamtliche zusammenwirken. Hier helfen ehrenamtliche Paten den Eltern von Neugeborenen und Kleinkindern, Termine zu machen und zum Kinderarzt zu gehen, leisten Ernährungsberatung oder geben Hilfestellung mit Ämtern und anderes mehr. Bemerkenswert ist der Ver-

³⁵ Der Verein unterhält mittlerweile neun Kindertagesstätten in sieben Städten.

³⁶ Schubert, H. 2010: Neue Arrangements der Wohlfahrtsproduktion – am Beispiel der Organisation von Netzwerken früher Förderung, in: Wendt, W.R. (Hrsg.): Wohlfahrtsarrangements – Neue Wege in der Sozialwirtschaft, Forschung und Entwicklung in der Sozialwirtschaft Band 6, Baden-Baden: Nomos, S. 53–86 (hier S. 68)

breitungsgrad: Im »Netzwerk Gesunde Kinder« sind 18 Netzwerke an 30 Standorten zusammengeschlossen. Von dort aus betreuen über 930 Paten rund 3 500 Neugeborene und Kleinkinder, also knapp 20 % der insgesamt 17 700 Brandenburger Kinder im Alter bis drei Jahren.³⁷

Zwei wesentliche Aspekte werden in den von Roland Berger vorgestellten Beispielen erkennbar, die eine besondere Stärke der zivilgesellschaftlichen Initiativen offenlegen und auch einen Weg in die Zukunft einer gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung für das Wohlbefinden von Kindern zeigen. Zum einen erweisen sich diese Initiativen als sehr intelligent hinsichtlich der kritischen Diagnose, nämlich zu erkennen, an was es fehlt bzw. was die realen Probleme sind, und auch darin, wie das erkannte Defizit zu lösen ist und wie die Idee dann in die Tat umzusetzen ist. Diese Initiativen leisten etwas, was so vor Ort und in den konkreten Fällen von den bisherigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in staatlicher Trägerschaft oder den in staatlichem Auftrag tätigen Einrichtungen der großen Wohlfahrtsverbände nicht erbracht worden ist. Zum anderen scheint hier eine zukunftsweisende Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Stellen auf, die im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene stattfindet. Diese Kooperation legt den Blick frei auf ein neues Verständnis des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat, das sich von dem Verhältnis, wie es im klassischen wohlfahrtsstaatlichen Muster ausgeprägt ist, unterscheidet. Bevor auf diese beiden Aspekte – spezifische Qualität in der Arbeit der Initiativen und innovative Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft – genauer eingegangen wird, ist zunächst kurz die traditionelle Sichtweise auf den Sozialstaat und seine Aufgaben für das kindliche Wohlergehen im Verhältnis zur Familie zu kennzeichnen, um den innovativen Charakter ermessen zu können, der in den neuen Ansätzen liegt.

4.2 Subsidiaritätsprinzip und Sozialstaat

Traditionell herrscht die Wahrnehmung vor, dass für Kinder im Grunde nur zwei Institutionen relevant sind, die Familie und der Staat.³⁸ Diese Sichtweise findet einen deutlichen Niederschlag im deutschen Rechtssystem. Das Erziehungsrecht der Eltern ist in Artikel 6 GG grundrechtlich geschützt. Während die Familie für die Primärsozialisation zuständig ist, kommt dem Staat die Aufgabe der schulischen Bildung zu, die alle Kinder und Jugendlichen im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht erhalten sollen und die die Eltern umsetzen müssen. In sozialen Notlagen leistet der Staat den Familien Hilfe bei der Betreuung und Erziehung durch staatliche Betreuungs- und Erziehungsangebote und durch Finanzierung von Leistungen. Das entspricht im Kern einem traditionellen Subsidiaritätsverständnis, wonach das staatliche Recht ein nachgeordnetes Notfallrecht ist und die primäre Kompetenzvermutung bei der dem Menschen am nächsten stehenden und kleinsten gesellschaftlichen Einheit, der Familie, liegt.³⁹

Bei der Etablierung des Jugendwohlfahrtsrechts 1922 war ein bestimmtes Familienbild leitend: das der bürgerlichen Normalfamilie mit dem Vater als patriarchalem

37 <http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.231516.de>

38 Mierendorff, J. 2010: Kindheit und Wohlfahrtsstaat, Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 81–156.

39 Biedenkopf et al. 2009: Starke Familie, S. 28ff, 96ff.

Familienoberhaupt und der Mutter und Ehefrau, die für Haushalt und Kinderbetreuung zuständig ist. Wenn diesem Familienbild nicht entsprochen wurde und (vermeintliche oder tatsächliche) Dysfunktionen in der Familie bzw. Abweichungen von der Normfamilie vorlagen – sei es, dass die Eltern nicht verheiratet waren oder die Mutter alleinerziehend –, konnte der Staat durch Amtsvormundschaft, Sorgerechtsentzug und Heimunterbringung der Kinder eingreifen. Mit dem Grundgesetz wurden die Elternrechte gegenüber dem Staat gestärkt, auch wenn sich dies in den Fünfzigerjahren noch nicht in der Praxis des Jugendwohlfahrtsrechts niederschlug, das weiterhin ein »Notlagenrecht« war und Eingriffe des Staates in die Familie legitimierte. Es kann aber als strittig gelten, ob die Notlage tatsächlich durch eine Gefährdung des Kindeswohls aufgrund der Vernachlässigung der Erziehungspflichten durch die Eltern begründet oder als Abweichung von der bürgerlichen Familiennormvorstellung angesehen wurde. Schließlich wurde alleinerziehenden unverheirateten Müttern (keine Seltenheit nach dem Krieg) regelmäßig noch ein Amtsvormund zur Seite gestellt.

Diese Entmündigung der Eltern wurde sukzessive seit den Sechzigerjahren zurückgenommen, zunächst durch mehr Mitbestimmungsrechte für Eltern, denen mangelnde Erziehungsfähigkeit attestiert wurde, spätestens durch die Reform des Kinder- und Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1990, die die Familie rundum in ihren Rechten stärkte. Allerdings schlug sich die Stärkung der Familien noch nicht in einem regelmäßigen Angebot vor- und außerschulischer Betreuung nieder. Die kritische Diskussion der letzten Jahre hat herausgearbeitet, wie stark dies mit einer bestimmten Familienkonstellation zusammenhängt, die in allen für die Familie relevanten Bereichen wohlfahrtsstaatlicher Tätigkeit normativ Modell gestanden hat:⁴⁰ Denn auf das männliche Allein-Ernährer-Modell mit bestenfalls teilerwerbstätiger Mutter, die für die Kinderbetreuung verantwortlich ist, waren auch das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme zugeschnitten, ebenso der Schulalltag mit Vormittagsunterricht ohne Mittagessen. Im Kinder- und Jugendwohlfahrtsgesetz von 1990 wurden zudem zwar die Rechte der Eltern gestärkt, nicht aber die der Kinder und Jugendlichen. Rechte in anderen Rechtsbereichen, in denen Kinder und Jugendliche gemäß der mit der Menschenwürdegarantie und dem Selbstbestimmungsrecht verbundenen Subjektstellung entsprechend ihrer wachsenden Fähigkeiten, eigene Entscheidungen treffen zu können, auch explizite Rechte erhalten haben (Religionsmündigkeit, Stufen der Geschäftsfähigkeit und im Umgangsrecht).⁴¹

Eine grundlegende Änderung, mit der auch das rechtsbildende Modell der Hausfrauenehe und des männlichen Alleinverdieners aufgegeben wurde, ist erst in den letzten 10 Jahren in Gang gekommen. Zum einen schlägt sich dies in einer stärkeren Positivierung von Kinderrechten im Familien-, Kinder- und Jugendrecht nieder, zum anderen und vor allem in dem staatlichen Bemühen um ein flächendeckendes Regelangebot an vorschulischen Betreuungseinrichtungen, der »verlässlichen« Halbtagsschule mit Mittagessen und der Einführung des Elterngeldes.

Was bedeutet diese Entwicklung für den Stellenwert des Subsidiaritätsprinzips? Der grundlegende Impuls der katholischen Soziallehre des ausgehenden 19. Jahr-

40 Riedmüller, B. 2009, in: Biedenkopf et al. 2009: Starke Familie, S. 120ff.

41 Mierendorff, J. 2010: Kindheit und Wohlfahrtsstaat, S. 128.

hundreds war der eines Anspruchs auf Hilfe in sozialer Not. Dies ging mit der Begründung einer generellen sozialstaatlichen Verantwortung gegen die Risiken des Marktes, die manche mehr treffen als andere, einher. Zugleich richtete sich das Subsidiaritätsprinzip gegen einen überbordenden Allmachtsstaat. In der traditionellen katholischen Soziallehre ist allerdings auch – wie im Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 – ein gewisser Paternalismus erkennbar, nämlich die Subjektstellung des Vaters und seiner väterlichen Gewalt, die er gegenüber Ehefrau und Kinder als Objekte seiner Sorge richtet.⁴² Ein solcher Paternalismus liegt auch dem »Fürsorgestaat« zugrunde, der eingreift, wenn der Hausvater und Ehemann seine Rolle nicht wahrnimmt, also Mütter allein erziehen und an die Stelle des Vaters treten. An ein solches Subsidiaritätsverständnis, wie es lange für den konservativen Wohlfahrtsstaat prägend war, soll hier nicht angeknüpft werden, da es in Zeiten gleichberechtigter Geschlechterverhältnisse und eines entsprechend anderen Familienbildes weder funktioniert noch normativ überzeugt.

Aber der grundlegende Gedanke des Subsidiaritätsprinzips kann auch heute noch Orientierung bieten, nämlich wenn unter Subsidiarität ein Ordnungsbegriff für das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft verstanden wird, der die komplementäre Aufgabenverteilung zwischen verschiedenen Sphären menschlicher Vergemeinschaftung bezeichnet: dem sozialen Nahbereich der Familie, aber auch dem der kleinen Lebenskreise, dem Bereich der gesellschaftlichen Sphäre und dem des Staates. Der aus der Tradition der katholischen Soziallehre stammende Vorrang, wonach diejenige gesellschaftliche Einheit, die näher am Menschen ist, einen Vorrang vor einer staatlichen Kompetenzvermutung hat, ist also zu ergänzen durch den Gedanken, dass diejenige Einheit tätig werden soll, die eine Aufgabe am besten erfüllt, oder dass gegebenenfalls mehrere Instanzen gemeinsam sich einer Aufgabe annehmen und dabei einbringen, was ihre spezifische Kompetenz ist.

Es kommt daher nicht nur auf die Hilfestellung an, sondern darauf, wer was am besten leisten kann und wer mit wem gemeinsam die besten Ergebnisse erzielt.⁴³ Das Subsidiaritätsprinzip, das traditionellerweise mit der Koordination verschiedener Handlungs- bzw. Akteursebenen verknüpft wird, sollte also durch Komplementarität und Kooperation spezifiziert werden.

Wenn aus dem Blickwinkel eines so verstandenen Subsidiaritätsprinzips das Verhältnis von Staat und Gesellschaft beleuchtet wird, kann »Subsidium«⁴⁴ nicht mehr einfach die staatliche Allzuständigkeit bei der Organisation und Finanzierung von Unterstützungsleistungen in sozialen Notlagen bedeuten. Dies gilt umso mehr, als angesichts der heutigen Bedingungen einer »Postwachstumsgesellschaft« das bisherige Ausmaß der sozialstaatlichen Leistungen aus ökonomischen, demographischen und anderen Gründen für die Zukunft nicht aufrechterhalten werden kann.

42 Stein, T. 2009, in: Biedenkopf et al. 2009: Starke Familie, S. 98. In der älteren katholischen Soziallehre ist das Subsidiaritätsprinzip (das in den ersten Enzykliken noch nicht vom Begriff, aber von der Idee her vorhanden) zudem von einem gewissen Misstrauen gegen die pluralistische Gesellschaft und einer Sehnsucht nach der alten ständischen Ordnung begleitet.

43 Biedenkopf et al. 2009: Starke Familie, S. 34: »Richtig verstanden, bedeutet Subsidiarität, dass kleine Lebenskreise und nachbarschaftliche Hilffssysteme ihre Wirkung entfalten, wo sie dem Staat ebenbürtig oder überlegen sind.«

44 subsidium, lat. Hilfeleistung, Unterstützung, bezeichnete im römischen Militär eine Reserveeinheit, die kämpfenden Truppen im Notfall zu Hilfe eilt.

Auf der anderen Seite kann es auch nicht darum gehen, mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips den Sozialstaat aus seiner Verantwortung zu entlassen und etwa sozialstaatliche Leistungen mit dem Hinweis auf ein gewachsenes soziales Engagement der Gesellschaftsmitglieder zu verringern. Vielmehr sind eine neue Aufgabenverteilung und ein neues Verständnis der gemeinsamen Aufgabenstellung vonnöten, bei der jede Instanz das tun sollte, was ihrer spezifischen Qualität entspricht. In der Interpretation der Beispiele aus der Praxis wird darauf zurückzukommen sein. Dazu ist zunächst auf die besondere Qualität der Arbeit der Initiativen einzugehen und festzustellen, welche Chancen neuer Kooperationsformen sich hier zeigen.

4.3 Besondere Qualitäten der Arbeit der Initiativen und die Chancen neuer Kooperationsformen

Zwei Aspekte sind in der Praxis der Initiativen aufgefallen: a) eine besondere Qualität ihrer Arbeit und b) neue Kooperationsformen zwischen Staat und Gesellschaft.

a) Was zeigt sich bei den hier untersuchten Initiativen als vorteilhaft gegenüber der üblichen Praxis bei den für das »Kinder- und Jugendwohl« zuständigen staatlichen Stellen und warum? Es zeigt sich, dass es in den Initiativen sehr häufig, fast regelmäßig eine bestimmte Person ist, die die Initiative gegründet hat und vorantreibt. Diese Person hat ein konkretes Problem im Blick, dachte sich dafür eine Lösung aus und sucht sie in die Praxis umzusetzen. In der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur hat sich für diesen Typus des Engagements, das wesentlich von einem Individuum initiiert und vorangetrieben wird, der Begriff des »social entrepreneurs«, des Sozialunternehmers, etabliert.⁴⁵ Vertreter dieses Typus widmen sich im Übrigen nicht nur lokalen Problemen, sondern sind auch transnational aktiv und nutzen spezifische Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen: Geld (z. B. Bill Gates), Prominenz (z. B. Bono) und Kompetenz (z. B. Muhammad Yunus).⁴⁶

Für »social entrepreneurs« ist typisch, dass sie sozialen Wandel direkt erreichen wollen. Sie gehen nicht so vor, dass sie beispielsweise eine Petition an das Parlament schicken und vorschlagen, wie ein Problem durch ein Gesetz zu regeln wäre. Sie gründen auch keine politische Partei. Sie versuchen vielmehr, durch eine andere Praxis vorzumachen, wie das Problem, an dem sie interessiert sind, lösbar wäre, und hoffen, dass ihr Modell eine gesellschaftliche Breitenwirkung erzielt. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von privaten Stiftungen und Organisationen, die solche innovativ handelnden Menschen mit Stipendien unterstützen: z. B. die Schwab-Foundation, die Skoll-Foundation oder die amerikanische Organisation Ashoka.⁴⁷ Viele

45 Sozialunternehmer nennt man im Deutschen sozial engagierte Unternehmer, die ein produzierendes oder Dienstleistungsunternehmen nicht ausschließlich zur Gewinnmaximierung betreiben, sondern sozialen Kriterien Vorrang geben. Für den social entrepreneur ist dagegen nicht der Aspekt des ökonomischen Betriebes das entscheidende Merkmal, sondern der soziale Wandel, der durch Individuen herbeigeführt werden soll. So können neben Sozialunternehmern auch viele andere sozial Aktive social entrepreneurs sein. Hackenberg, H./Empfer, S. 2011: Social Entrepreneurship – Social Business. Für die Gesellschaft unternehmen, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

46 Stein, T. 2011: Global Social Entrepreneurship – Komplement oder Konkurrenz zu Global Governance?, in: Hackenberg/Empfer (2011): Social Entrepreneurship – Social Business: für die Gesellschaft unternehmen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–48.

47 Eines der in dieser Studie vorgestellten Beispiele aus der Praxis wird von Ashoka unterstützt, nämlich die Ashoka-Jugendinitiative, s. S. 34 und S. 58.

dieser Aktivisten begreifen ihre Tätigkeit nicht als Alternative zu den Lösungsmöglichkeiten, die der Staat hat – eher als gewissermaßen komplementär: Sie entwickeln und erproben die Lösungen, für die klassische Institutionen keinen Raum bieten, und geben so den staatlichen Institutionen mit ihrem ungleich größerem Wirkungsgrad Anregungen. Diesem Engagement kommt so verstanden eine Initiativ- und auch Modellfunktion zu. Damit ist nicht gesagt, dass grundsätzlich in Verwaltungen keine Ideen entwickelt und umgesetzt werden können. Innovative Praxis zeigt sich auch dort. Der Blick auf die ausgewählten Beispiele aus der Praxis macht deutlich, dass einige interessante Beispiele in kommunalen Verwaltungen von engagierten Personen initiiert wurden, die nicht bloß verwalten, sondern gestalten – etwa im Campus Rütli, den der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky gemeinsam mit anderen Personen entwickelte. Man ging dabei das Problem der räumlichen und institutionellen Zersplitterung zwischen Schule, Sportverein, Musikschule, Gesundheitszentrum und so weiter an und löste es mit einer Campus-Struktur für drei integrierte Schulen. Aber auch dieses Projekt kommt nicht ohne zivilgesellschaftliches Engagement aus, in diesem Fall private Stiftungen. Die meisten der hier von Roland Berger ausgesuchten Beispiele gehen auf die individuelle Initiative von Menschen außerhalb staatlicher Verwaltungen zurück. In ihrem Engagement zeigt sich, dass der in offenen und pluralistischen Gesellschaften vorhandene Sachverstand und die Problemlösungskreativität der Bürger sich vielfältig und spontan artikulieren und organisieren können.

Eine weitere besondere Qualität zeigt sich in der Arbeit dieser Initiativen: Die Adressaten, also Kinder, Jugendliche und Eltern, können hier eine andere menschliche Zuwendung erfahren, als in der behördlich-professionellen Zuwendung der Fallbearbeitung möglich ist. Damit soll nicht gesagt sein, dass nicht auch der staatlich bezahlte Sozialarbeiter sich »seinen Fällen« verständnisvoll und menschlich nähert, aber er hat andere Kriterien zu beachten. In der Enzyklika »Deus Caritas Est« bringt Papst Benedikt XVI. die Notwendigkeit einer menschlichen Beziehung zum Ausdruck, die auch einleuchtet, wenn man den religiösen Kontext der christlichen Nächstenliebe nicht teilt: »Immer wird es Leid geben, das Tröstung und Hilfe braucht. Immer wird es Einsamkeit geben. Immer wird es auch die Situationen materieller Not geben, in denen Hilfe im Sinn gelebter Nächstenliebe nötig ist. Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung.«⁴⁸

b) Die zweite Besonderheit, die in vielen der hier ausgewählten Beispiele auffällt, betrifft die ausgeprägte »Vernetzung« der Initiativen, die sich mit anderen in ihrer Arbeit verknüpfen. Grundsätzlich kann mit einer solchen Vernetzung dem Wohlbefinden von Kindern mehr gedient werden als mit einer quasi autonomen Arbeit. Denn die Lebenswelt der Kinder von Schule, Freizeit, sportlicher und ästhetisch-kultureller Bildung weist viele Schnittstellen und Zusammenhänge auf, sodass die Kooperation verschiedener Stellen sehr sinnvoll ist.

48 Benedikt XVI.: Enzyklika DEUS CARITAS EST, Ziffer 28b.

Wenn Personen sich verknüpfen, spricht man von einem natürlichen, bei Institutionen (oder Organisationen) von einem künstlichen Netzwerk.⁴⁹ Für die meisten der hier vorgestellten Initiativen ist eine bipartite Netzwerkstruktur auffällig, das heißt, sie knüpfen Kontakte sowohl mit Personen als auch mit anderen Institutionen. Ziel des Kontakts kann die Informationsaufnahme und -weitergabe sein, Koordinierung, Fundraising und Lobbying für die eigenen Anliegen sowie vor allem die zielgerichtete Kooperation, um das eigene Angebot besser zur Verfügung stellen zu können. So suchen sich die privaten Initiativen einflussreiche Fürsprecher in der kommunalen Verwaltung, möchten Prominente gewinnen, die ihr Anliegen in der Öffentlichkeit vertreten, und kooperieren vor allem mit relevanten staatlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen und Jugendämtern. Damit die Vernetzung gelingt, sind andere Fähigkeiten gefragt als diejenigen, die den klassischen Typus des »social entrepreneurs« auszeichnen. Während der Sozialunternehmer auf sein Projekt fokussiert sein muss, gegebenenfalls dafür auch mit dem Kopf durch die Wand gehen muss, um gegen alle Widerstände sein Projekt durchzusetzen, ist für die Vernetzung ein anderer Typus gefragt, der hier (in Ermangelung eines passenden deutschen Begriffs) als »community organizer« bezeichnet werden soll. Community organizer sind im US-amerikanischen Kontext Einzelpersonen oder Gruppen, die ein gemeinschaftliches Engagement lokaler Akteure für die unmittelbare Verbesserung der Lebensumstände von Menschen in prekären Lebenslagen oder ganz allgemein: sozial Schwache initiieren. Wesentlich für Community Organizing ist, dass es nicht – wie eine zivilgesellschaftliche Dienstleistung – über die Köpfe von Betroffenen hinweg erfolgt, sondern diese einbezieht mit dem Ziel, dass sie selbstverantwortlich ihre Angelegenheiten vertreten können.⁵⁰ Der »community organizer« ist kommunikativ, kooperativ und kontextsensibel, das heißt: Er erkennt, welche Stellen wichtig sind und welche Personen relevant für bestimmte Fragen, kann diese Personen und Institutionen moderierend zusammenbringen und ergebnisorientiert Prozesse vorantreiben.

Es hat den Anschein, als ob der Grad der Vernetzung – neben der Initiativkraft des Gründers – eine der wesentlichen Erfolgsbedingungen ist. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass durch Kooperationen die Wahrscheinlichkeit steigt, entweder potente private Stiftungen oder die öffentliche Hand zur Finanzierung der hauptamtlichen Kräfte und der weiteren Organisationskosten zu finden. Vielmehr gibt gerade die Kooperation mit dem Staat, insbesondere den Schulen, aber auch den Einrichtungen der Jugendhilfe, den Initiativen die Chance, mit ihrem Angebot in die Breite zu gehen. Den Initiativen fehlt in der Regel das, was der Staat besonders gut kann: eine Problemlösung über eine punktuelle Umsetzung hinaus wirksam werden zu lassen. Der neuzeitliche Staat als die soziale Form, mit der die moderne Gesellschaft vermittelt kollektiver Regelungen auf sich selbst einwirkt, ist ja neben dem Gewaltmonopol gerade dadurch gekennzeichnet, dass er eine Territorialorganisation ist:

49 Vgl. Schubert, H. 2010: Neue Arrangements der Wohlfahrtsproduktion (s. S. 82), S. 62.

50 Vgl. Lob-Hüdepohl, A. 2009: Starkes Wir, in: HerderKorrespondenz, 63. Jg., H. 5, S. 259–264:

»... Community Organizing (fördert) nicht ein außengewirktes Wohlergehen der Bevölkerung, sondern im eigentlichen Sinne des Wortes ein subjektives Wohlbefinden, das sich in der Erfahrung eigener Wirkmacht als Gefühl der Anerkennung und Wertschätzung, der Selbstachtung und des Selbstvertrauens einstellt. Ihre Würde, so könnte man das unausgesprochene Credo des Community Organizing zusammenfassen, erfahren Menschen in prekären Lebenslagen nicht schon dadurch, dass sie Leistungen erhalten, sondern dass sie unter Aufbietung eigener Kräfte irgendwann einmal sagen können:

»Das habe ich gemeinsam mit anderen selbstständig geschafft!« (S. 260)

Allgemein verbindlich gesetzte Normen gelten nicht allein in einem Zentrum – wie in Reichsstrukturen –, sondern auch in der Fläche. Die meisten gesellschaftlichen Initiativen sind mit einem Flächenangebot, das möglichst umfassend wahrgenommen wird, überfordert. Heute gibt es nur sehr wenige gesellschaftliche Organisationen, die überregional organisiert sind.⁵¹ Gerade die Initiativen, die gewissermaßen arbeitsteilig vorgehen und sich mit der kommunalen Verwaltung wechselseitig ergänzen, scheinen besonders erfolgreich zu sein, etwa die Initiative »welcome« in Berlin und das »Netzwerk Gesunde Kinder« in Brandenburg. Wenn man sieht, wie viele Stellen etwa bei »Netzwerk Gesunde Kinder« zusammenwirken, ist leicht vorstellbar, wie viel soziale Kompetenz, aber auch institutionelles Wissen nötig ist, um ein solches Netzwerk aufzubauen. Vermutlich ist das Potenzial für »community organizing« daher nicht nur in der Zivilgesellschaft zu suchen, sondern auch und keinesfalls nachrangig in den Verwaltungen der Kommunen oder auch größerer Institutionen wie Krankenhäuser.

Das hier erkennbare Potenzial in der Zivilgesellschaft wie in den Verwaltungen zur Stärkung von Kindern gewinnt vor dem Hintergrund eines in mancherlei Hinsicht überforderten Staates eine besondere politische Relevanz.

4.4 Politische Schlussfolgerungen und offene Fragen

Das Engagement der Bürger wächst von unten, der Staat kann es nicht oktroyieren. Aber auch beim bürgerschaftlichen Engagement zur Verbesserung der Lebenswelt von Kindern kann eine staatliche Politik der Engagementförderung Anreize schaffen und Gelegenheitsstrukturen entwickeln. Noch ist die Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik recht traditionell. Als staatliche Aufgabe erst seit kurzem konzeptionalisiert, sind die Konturen einer engagementfördernden Infrastrukturpolitik bislang eher verschwommen.⁵² Zwar wird individuelles Engagement in vielfacher Hinsicht unterstützt, etwa durch Steuererleichterungen, Unterstützung bei Sozialversicherungsbeiträgen während der Zeit des Engagements und anderes mehr.⁵³ Auch die staatliche Unterstützung für die Einrichtung von Freiwilligen-Agenturen fällt in die Kategorie der Engagementförderung. Mit ihr beginnt die Bundesrepublik eine Form staatlich-gesellschaftlicher Sozialpartnerschaft, die gerade in Zeiten schwacher öffentlicher wie privater Kassen attraktiv ist und in den USA eine lange Tradition hat. Dort werden unter dem Namen »Americorps« staatliche Programme für die Organisation bürgerschaftlichen Engagements zusammengefasst. Im Kontext der Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen sind diese Programme auch deswegen interessant, weil sie vornehmlich junge Leute ansprechen. Sie leisten soziale Arbeit in unterschiedlichen Bereichen, von Bildung (Hausaufgabenhilfe) über Umweltaktivitäten

51 Auch Gewerkschaften und selbst die Kirchen kämpfen um ihre Präsenz in der Fläche.

52 Vgl. Olk, T./Klein, A. 2008: Engagementpolitik – ein neues Politikfeld und seine Probleme, in: Ingo Bode et al. (Hrsg.) 2008: Bürgergesellschaft als Projekt, Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–54 (40f).

53 Vgl. Empfehlungen des Parlamentarischen Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement, in: Olk, T./Klein, A. 2008: Engagementpolitik, s. o., S. 38. Der Unfall- und Haftpflichtschutz für Freiwillige ist durch das Gesetz zur Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung seit 1.1.2005 verbessert.

bis zur Seniorenhilfe – stundenweise oder für einige Monate auch full time.⁵⁴ Dafür können die Aktiven eine Aufwandsentschädigung erhalten, die bei einem Fulltime-Engagement gerade eben die Lebenshaltungskosten deckt, oder auch einen Zuschuss zu den in den USA ja erheblichen Kosten einer akademischen Ausbildung. Damit wird nicht allein Menschen in schwierigen Lebenslagen geholfen – solche Programme helfen diesen auch aus prekären Lebenslagen heraus, indem sie eine Form gesellschaftlicher Integration darstellen, wo der Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem keine bieten. Die »volunteers« werden nicht über staatliche Stellen rekrutiert und vermittelt, sondern der Staat fördert zivilgesellschaftliche Organisationen mit lokaler oder auch nationaler Reichweite ebenso wie »public agencies«, die die Nachbarschaftshilfe, die Hausaufgabenbetreuung, die »environmental cleansing«-Programme organisieren. Bemerkenswert ist das Ausmaß: Americorps bringt jährlich mehr als zwei Millionen Bürger »in service«.⁵⁵

Von solchen Programmen ist die Bundesrepublik weit entfernt. Immerhin wird in den hiesigen Freiwilligenagenturen oder auch staatlich geförderten Bürgerstiftungen deutlich, dass über die Förderung von Einzelnen hinausgehend auch Organisationen unterstützt werden, die eine Infrastruktur für ehrenamtliche soziale Arbeit aufbauen. Insofern zeigen sich in Deutschland Ansätze einer Politik der Infrastrukturförderung. Aber noch scheint diese Infrastruktur vornehmlich auf die Individuen und gesellschaftlichen Initiativen gerichtet.

Vor dem Hintergrund der hier diskutierten Beispiele aus der Praxis käme es darüber hinausgehend darauf an, die Struktur und das Leitbild in den Verwaltungen der Kommunen auf eine neue Qualitätsstufe in der Zusammenarbeit mit bürgergesellschaftlichen Initiativen auszurichten. Damit sind nicht allein und nicht in erster Linie neue Stellen bzw. Fachreferate gemeint, die als Aufgabe die Verbesserung des kindlichen Wohlbefindens haben, obwohl auch dies in Form einer »Kinder-Ombudsfrau« bzw. eines Ombudsmanns sehr wichtig sein kann. Viel mehr noch geht es um das Bewusstsein der Mitarbeiter, dass das Wohlbefinden von Kindern eine Querschnittsaufgabe ist, die in vielen Fachreferaten der kommunalen Verwaltung neben den unmittelbar für Kinder und Jugendliche zuständigen staatlichen Einheiten einen zentralen Stellenwert hat, und dass bei der Wahrnehmung dieser Querschnittsaufgabe die gesellschaftlichen Initiativen wie auch die Unternehmen vor Ort, die einen Beitrag leisten wollen, gewissermaßen natürliche Partner sind.

Das ist eine andere Kooperation als die nach dem Muster der neokorporatistischen Inklusion von Verbänden in die staatlichen Wohlfahrtsinstitutionen. Mit Neokorporatismus bezeichnet die Sozialwissenschaft einen bestimmten Typus von Wohlfahrtsstaat, bei dem die freien Träger sozialer Arbeit auf der Basis staatlicher

54 <http://www.americorps.gov/about/ac/history.asp>

55 Americorps, Lern and Serve America, senior corps und andere werden in der (von unmittelbarem exekutiven Zugriff verhältnismäßig) unabhängigen staatlichen Agency Corporation for National and Community Service zusammengefasst (mit einigen weiteren kleineren Programmen).

Vgl. <http://www.nationalservice.gov/> Die Gesamtstundenzahl ehrenamtlichen Engagements in den USA auch außerhalb der erwähnten Programme wird einer neuen (staatlichen) Studie wie folgt geschätzt: »Volunteers are resolute in their commitment to serving their neighbors and communities, with 62.8 million adults volunteering almost 8.1 billion hours in local and national organizations in 2010, service valued at almost \$173 billion.« <http://www.volunteeringinamerica.gov/>

Vorgaben für den Staat und mit öffentlichen Geldern Dienstleistungen der Wohlfahrtspflege erbringen. In den neuen Kooperationen wird dagegen ein anderes Rollenbewusstsein der Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe in den Kommunen verlangt, die in ihrer professionellen Sozialisation bislang vordringlich darauf geeicht wurden, Einzelfälle zu lösen, und sich womöglich in ihrer Kompetenz beschnitten fühlen, wenn sie nicht mehr für alle Einzelfälle zuständig sind. Das ist auch ein Problem der Ausbildung der Sozialarbeiter, über deren Reform nachzudenken wäre. Wenn es nämlich funktionaler ist, in vielen Bereichen zivilgesellschaftlichen Initiativen den direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen zu überlassen, muss sich auch die Rolle des Mitarbeiters der kommunalen Verwaltung zum »enabler« und Vermittler verändern. Die Aufgabe ist dann nicht mehr allein, womöglich nicht einmal mehr in erster Linie die Einzelfallbetreuung, sondern vielmehr die eines »scouts«, der die brachliegenden Potenziale in der Zivil-gesellschaft erkennt und zu einer konkreten Unterstützungsleistung aktivieren kann – indem er etwa eine Gruppe frühverrenteter Handwerker zusammenbringt, diese professionell berät und für ihre Dauerhaftigkeit sorgt, damit sie dann als Mentoren Jugendlichen aus Migrantenfamilien helfen, Zugang zur Arbeitswelt zu finden. Ansprechpartner der Jugendlichen sind dann nicht die Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen, sondern die Mentoren. Im Brandenburger »Netzwerk Gesunde Kinder« sind es die Paten, die Kontakt zu den Familien halten, nicht Vertreter der Kommunen bzw. des Familienministeriums. Die Aufgabe der Kommune veränderte sich so zum moderierenden Dienstleister, dem eine Börsenfunktion für Informationen zukommt, der operatives Know-how an die Initiativen vermittelt und der gegebenenfalls auch eine Finanzierungsverantwortung übernimmt.

Das Beispiel »Netzwerk Gesunde Kinder« aus Brandenburg zeigt, wie wichtig die Kooperation zwischen Ehrenamtlichen und Staat ist. Denn eine zivilgesellschaftliche Initiative hätte vermutlich keine vergleichbare Ausdehnung in die Fläche erreicht. Die Ausdehnung des Netzwerkes auf drei Viertel der Landesfläche konnte nur mit Hilfe einer Territorialorganisation wie dem Staat und seinem auch in der Fläche umfassenden administrativen Unterbau gelingen.⁵⁶

Eine bislang offene Frage betrifft das Potenzial der Zusammenarbeit von neuen gesellschaftlichen Initiativen mit den etablierten Trägern der Jugendhilfe, die zwar

⁵⁶ Es wäre lehrreich, vergleichbare Kooperationen auszuwerten, die in den USA viel geläufiger sind. Die Wallace-Foundation finanzierte eine Studie zu den Bedingungen von qualitativ hochwertigen Nachmittagsprogrammen (High-quality out-of-school-time programs: OST-programs), die aufzeigt, auf welche Kooperationen es bei den unterschiedlichen Akteuren ankommt. (Susan J. Boddily et al: Hours of Opportunity. Lessons from Five Cities on Building Systems to Improve After-School, Summer School, and Other Out-of-School-Time Programs, Rand Education 2010). Gewiss müsste eine solche Auswertung der US-amerikanischen Erfahrungen die anderen institutionellen Rahmenbedingungen der »communities« in den USA gegenüber den Kommunen in Deutschland einbeziehen (auch die unterschiedlichen Kommunalverfassungen in Deutschland sowie die Unterschiede in den Einzelstaaten der USA). Zudem ist auch das andere Verständnis von »community service« in den USA zu bedenken, vor dem Hintergrund, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaates hier traditionell immer schon eine geringere Rolle gespielt haben im Verhältnis zu jenen Solidarleistungen, die direkt auf gesellschaftlicher Ebene gegeben werden, ohne den Umweg über den staatlichen Haushalt zu nehmen. Wenn auch außer Frage steht, dass der Staat in den USA sich in den letzten 30 Jahren zugunsten von Steuerkürzungen und Ausgaben für andere Zwecke zu weit aus der Finanzierung sozialer Aufgaben zurückgezogen hat (insbesondere bei Bildung, Verkehrs-Infrastruktur und Gesundheit), kann man gleichwohl von den USA viel lernen, was die Zusammenarbeit zwischen individuellem Engagement, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kommunen angeht.

nicht in staatlicher Trägerschaft sind, aber in das neokorporatistische Wohlfahrtsarrangement einbezogen wurden, etwa die Kirchen oder der AWO. Ebenso wären die Stadtjugendringe – soweit ihre Vertreter tatsächlich in Jugendvereinen, in der Schülerarbeit und anderen jugendlichen Netzwerken aktiv verankert sind – wichtige Gesprächspartner im Netzwerk der Initiativen.

Allerdings muss hier auch auf die Gefahr des »Netzwerkrauschens« (Schubert) aufmerksam gemacht werden. Denn wenn sozusagen der Grenznutzen der Vernetzung erreicht ist, übersteigen die Kosten der Vernetzung (Zeit, Informationsaufnahme und -weitergabe etc.) den Gewinn, und die Tätigkeit droht sich in der bloßen Vernetzung zu erschöpfen, während das Ziel der Kooperation aus den Augen gerät.⁵⁷

Und schließlich gilt es weitere Fragen zu bedenken: Was ist mit der rechtlichen und politisch-öffentlichen Verantwortlichkeit derer, die in den Initiativen handeln, wenn ihr Handlungsspielraum gegenüber Kindern und Jugendlichen – gerade solchen in Not – sehr groß ist? Wie kann abgegrenzt werden, wann im Einzelfall eine professionelle Betreuung durch ausgebildete Psychologen angezeigt ist? Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen stehen in einer auch rechtlich definierten Verantwortung, da sie als Vertreter des Staates das »Kindeswohl« zu schützen verpflichtet sind und sie sich bei Fehlverhalten verantworten müssen. In staatlichen Institutionen werden trotz der rechtlichen Verpflichtung auf das Kindeswohl durchaus auch kritikwürdige Entscheidungen getroffen, insbesondere wenn den in Exekutive und Judikative handelnden Personen ein weiter Ermessensspielraum zukommt.⁵⁸ Auch in staatlichen Institutionen können Personen in der Ausübung ihres Amtes diesem ihren individuellen Stempel aufdrücken. Aber sie müssen sich bei Fehlern zur Rechenschaft ziehen lassen, da sie als Vertreter des Staates den rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen unterliegen. Wie kann demgegenüber eine gesellschaftliche Initiative, die nicht wie ein Beamter oder Angestellter einer öffentlichen Verwaltung in der rechtlich normierten Verantwortung steht, der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig und verantwortlich gemacht werden? Wie sich dies erreichen lässt, ohne die Initiativen damit zu Vollzugsorganen der staatlichen Behörden zu machen, ist eine wichtige Frage.

Diese – und vermutlich noch weitere – offenen praktischen Fragen gilt es sachlich zu klären. Demgegenüber können die theoretischen Einwände, die aus einer liberalen und auch republikanischen Sichtweise gegen die neuen Kooperationsformen formuliert werden könnten, nicht überzeugen. Eine liberale Kritik würde vermutlich die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen in die sozialstaatliche Familienpolitik und die Kinder- und Jugendhilfe als immer schon suspekten, da paternalistisch motivierten Eingriff des Staates in private Lebensbereiche wahrnehmen, der nun mit dem verlängerten Arm ehrenamtlicher Helfer durchgeführt wird, wodurch nicht

57 »(M)it der Komplexität der Verflechtungen steigt das Risiko des »Netzwerkrauschens«, weil die Beziehungsketten weniger zielorientiert sind und sich in der vielfältigen Vernetzungsaktivität erschöpfen.« Schubert, H. 2010: Neue Arrangements der Wohlfahrtsproduktion (s. S. 82), S. 72.

58 Etwa bei der Einschätzung von Sachbearbeitern, welche Anwärter als Adoptiveltern in Frage kommen, oder bei den Urteilen von Familienrichtern, die in Pflegekinder-Fällen die Rückkehr zu den leiblichen Eltern als unhinterfragbares Ziel ihrer Rechtsprechung zugrunde legen, wohingegen die Familienrichter 300 km weiter östlich ganz anders entscheiden.

nur die Trennung von privat und staatlich, sondern auch von privat und öffentlich verschwimmen würde. Dieses Misstrauen speist sich nicht zuletzt aus der spezifisch deutschen Erfahrung des nationalsozialistischen Totalitarismus, in dem Staat und Öffentlichkeit eine ununterscheidbare Allianz eingingen. Und eine republikanisch-etatistische Kritik würde diese neuen Kooperationen vermutlich als »billigen« Ausdruck leerer Kassen und illegitimen Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einer umfassend verstandenen sozialen Daseinsvorsorge und -fürsorge werten.⁵⁹ Aber der Wohlfahrtsstaat, wie er aus Zeiten prosperierenden ökonomischen Wachstums bekannt ist, lebte von Bedingungen, die heute nicht mehr reproduzierbar sind. Es erscheint daher fruchtbarer, die neuen Entwicklungen auch in einem anderen theoretischen Format zu betrachten. Danach haben wir es heute mit einem umfassenden Strukturwandel in der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten zu tun.⁶⁰

Wenn die Gesellschaft ein Interesse an starken Kindern hat und daran, dass Kinder real gleiche Chancen wahrnehmen können, dass Familien gefördert werden und auch der wachsenden Zahl älterer Menschen soziale Teilhabe möglich bleibt, dann muss der Wohlfahrtsstaat und der Staat überhaupt eine neue Form finden. Gewiss wird der Staat auch in Zukunft die zentrale Einrichtung bleiben, mit der moderne westliche Gesellschaften in demokratischer Weise auf sich selbst einwirken, sich Ziele setzen und Normen geben, die das gesellschaftliche Miteinander regeln. Aber so wie der Staat nach außen hin seine Aufgaben der Friedenssicherung nur noch in Kooperation und in komplementärer Ergänzung mit anderen Staaten und Organisationen erfüllen kann, so ist er auch im Inneren mehr denn je darauf angewiesen, seine Aufgaben gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen wahrzunehmen. Es geht nicht um eine Gleichung: weniger Staat und mehr Bürgergesellschaft. Es geht mithin nicht um die einfache Ausdehnung eines dritten Sektors der Gesellschaft.⁶¹ Es geht vielmehr um die Erkenntnis, die jeweils passende Arbeitsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zu finden. So verstanden, kann das Subsidiaritätsprinzip eine Orientierung geben, die sich auf der Höhe der heutigen Herausforderungen bewegt.

59 Vgl. Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. 2009: Zivilgesellschaft und ›managerieller‹ Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als Teil instrumenteller Governance, in: Ingo Bode et al. (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt, S. 240–264.

60 Die Rechtswissenschaft führt diese Diskussion seit rund 10 Jahren unter dem Stichwort Gewährleistungsstaat, vgl. Hoffmann-Riem, W. 2010: Modernisierung von Recht und Justiz. Eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates, Frankfurt am Main: Suhrkamp. Die Politikwissenschaft spricht von Governance und Staatlichkeit im Wandel, vgl. Bremer Sonderforschungsbereich, Staatlichkeit im Wandel ab 2003.

61 Dettling, W. 2009: Perspektiven der Bürgergesellschaft, in: Ingo Bode et al. (Hrsg.): Bürgergesellschaft, S. 53–65 (S. 57).

Seitenblick USA – Was lässt sich von den Vereinigten Staaten lernen? Beobachtungen aus dem Großraum Boston

Elisabeth Niejahr

Die Vereinigten Staaten schneiden bei internationalen Vergleichen des kindlichen Wohlbefindens nicht gut ab. Im Child-Well-Being-Ranking von UNICEF liegen die USA beispielsweise im hinteren Drittel. Die Betrachtung von lokalen amerikanischen Programmen für Kinder und Familien ist nicht daher von Bedeutung, weil diese generell vorbildlich wären, sondern weil einzelne Ansätze und Programme Anregungen liefern können. Zum einen ist schon wegen der Größe des Landes die qualitative und quantitative Bandbreite von Angeboten besonders groß. Zum anderen führt das kleinere Angebot an staatlich finanzierter Infrastruktur zu einer größeren Vielzahl privater Initiativen und auch zu einer anderen Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Der Blick darauf lohnt sich, weil er zeigt, dass beide Akteure sich besser ergänzen und inspirieren können, als dies in Deutschland häufig der Fall ist.

Jeder, der in den Vereinigten Staaten gelebt hat, kennt die Bedeutung des Engagements für die community. Es spricht für sich, dass das Wort community sich nicht wirklich übersetzen lässt. Weder der Begriff »Nachbarschaft« noch »Gemeinschaft« passt hundertprozentig, weil bezeichnenderweise für Amerikaner beides automatisch zusammengehört. Man bildet eine Gemeinschaft mit den Nachbarn, man fühlt sich verbunden. Und so ist der Einsatz in der community auch für Menschen selbstverständlich, die sich in Deutschland seltener engagieren, beispielsweise für hochqualifizierte Arbeitskräfte, die bis in die späten Abendstunden hinein im Job beschäftigt sind, für Arbeitslose, die wenig Ressourcen anzubieten haben, oder auch für Studenten, die nur übergangsweise in einer Stadt leben und dann weiterziehen. Wenn Amerikaner stolz über ihre Schule oder ihr Wohnviertel sprechen, erzählen sie, es gäbe eine active community. Jeder im Viertel hat Interesse daran, dass das stimmt. Es wirkt sich unter anderem direkt auf Haus- und Grundstückspreise aus.

Der Einsatz für die Nachbarschaft ist nicht nur auf dem Land ausgeprägt, wo man auf gegenseitige Hilfe angewiesen ist, sondern auch in anonymen Großstädten mit vergleichsweise ausgeprägter öffentlicher Infrastruktur wie New York, Chicago oder Boston. Gerade New York hat in den vergangenen fünf Jahren unter seinem Bürgermeister Michael Bloomberg großen Ehrgeiz entwickelt, bei der Unterstützung freiwilligen Engagements zur führenden Stadt in den Vereinigten Staaten zu werden. Bloomberg gab die Devise aus, nirgendwo solle es einfacher sein, sich zu engagieren. 2009 gründete er den New York City Service, um Freiwillige stärker denn je am Kampf gegen die drängendsten sozialen Probleme der Stadt zu beteiligen.

Boston hingegen gilt schon seit Langem innerhalb der Vereinigten Staaten als wichtiges Labor für sozialpolitische Initiativen und Innovationen aller Art. Häufig werden solche Experimente stark durch die akademischen Milieus rund um die Harvard University und das Massachusetts Institute for Technology vorangetrieben, zudem werden sie oft von deren Experten beobachtet und evaluiert. Momentan fasziniert beispielsweise ein Ansatz die Wissenschaft und die Politik, bei dem gemeinnützige Institutionen auf eine neue Art und Weise in einigen amerikanischen Städten Aufgaben übernehmen, die der Staat eigentlich als seine begreift - in der Region Boston beispielsweise die Rehabilitation von ehemaligen Inhaftierten. Privatisierungen an sich sind zwar nichts Neues, ungewöhnlich ist, dass in dem neuen Ansatz ein privater Geldgeber die Finanzierung für eine Übergangszeit übernimmt. Gelingt es der Initiative, die Aufgabe besser zu erledigen als dem Staat, wird sie auf Dauer delegiert. Präsident Obama hat trotz aller Sparzwänge in seinem neuen Haushalt Mittel vorgesehen, damit solche Projekte testweise im gesamten Land finanziert werden.

Die Überzeugung, dass die community und gemeinnützige Organisationen aller Art soziale Probleme am besten lösen, ist in allen politischen Lagern verwurzelt. In der community wird nicht nur die größte Kompetenz und Kenntnis der konkreten Bedürfnisse vermutet. Viele Amerikaner halten eine Gesellschaft, in der soziale Aufgaben von Freiwilligen übernommen werden, für moralisch überlegen. Ein Sozialstaat nach europäischem Vorbild erscheint als eine Art Ablasshandel - der Bürger kauft sich durch Steuern davon frei, Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft ganz persönlich anzunehmen. Dass eine Gesellschaft, in der sich die Bürger umeinander kümmern, statt dies öffentlichen Institutionen zu überlassen, möglicherweise eine reichere ist - dieser Gedanke ist den meisten Deutschen fremd. Wegen der großen Ungleichheit der Einkommen und Teilhabechancen gelten in Deutschland die Vereinigten Staaten als Land, von dem sich in sozialen Fragen wenig lernen lässt.

Tatsächlich sind die Lücken im amerikanischen Sozialsystem unübersehbar - und sie lassen sich durch zivilgesellschaftliches Engagement allein nicht schließen. Im Herbst 2011 hatten rund 80 der 310 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung. In den amerikanischen Medien erschienen viele Berichte über das Remote Area Medical Corps, eine Freiwilligenorganisation, deren rund 20 000 durch die Provinz reisenden Helfer Amerikaner ohne Krankenversicherungsschutz mit medizinischen Basisleistungen versorgen. Sie ziehen beispielsweise Zähne oder verteilen kostenlose Brillengestelle. Die Folgen der Wirtschaftskrise sind bedrückend. Im Jahr 2011 hatten knapp 50 Millionen der Amerikaner Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, so viele waren es nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. 45 Millionen Amerikaner erhielten Lebensmittelmarken vom Staat; die Ausgaben der entsprechenden staatlichen Programme haben sich seit 2007 verdoppelt. Weil gleichzeitig infolge der Krise die staatlichen Einnahmen wegbrechen, haben einige Städte und Bundesstaaten ausgerechnet in dieser Zeit die Unterkünfte für Obdachlose geschlossen, auch dort, wo kalte Winter drohen.

Allerdings lässt sich auch beobachten, wie eine Mischung aus staatsfernen bürgergesellschaftlichen Traditionen, einem an gesellschaftlichen Fragen interessierten Milieu sowie einem riesigen Bewusstsein für die Bedeutung frühkindlicher Förderung im

Großraum Boston ein nicht staatlich finanziertes Angebot für Familien entstehen ließ, das jede deutsche Stadt schmücken würde. Das Angebot der Schulen ist viel umfassender als in Deutschland, vor allem für die von kommunalen Agenturen unterstützten, aber im Wesentlichen von nicht staatlichen Organisationen getragenen Nachmittagsangebote. Es gibt mehr Museen mit kindgerechten Angeboten; die Bibliotheken bieten umfangreiche Freizeit-Programme für Kinder an. All das wird größtenteils mit privaten Spenden finanziert und von Freiwilligen umgesetzt. Staatliche Stellen haben oft nur die Rolle von Koordinatoren: Sie organisieren, unterstützen durch Personal und Infrastruktur. Sie haben also ein Selbstverständnis, das sich unterscheidet von deutschen kommunalen oder auch bundesstaatlichen Repräsentanten des Sozialstaats, die sich selbst als diejenigen verstehen, die Kontakt mit zu betreuenden Menschen haben, sich also quasi um die Endverbraucher des Sozialstaats von Fall zu Fall persönlich kümmern.

In Deutschland besteht oft eine Konkurrenzsituation zwischen angestellten Profis und engagierten Laien. Das wird von Betroffenen und ganz explizit auch im jüngsten Freiwilligen-Survey der Bundesregierung als ernstzunehmendes Problem beschrieben, das Engagement erschwert und manchmal auch verhindert. Freiwillige seien unzufrieden, heißt es, weil Angestellte ihren Kompetenzvorsprung herausstellten und oft zu wenig Verantwortung delegierten.

Im Sozialstaat amerikanischer Prägung entsteht dieses Problem gar nicht erst. Es gibt zwar Gerangel über konkrete Einzelfragen zwischen den verschiedenen Ebenen, den Vertretern der community und denen des Bundesstaats oder der Stadt. Der Umgang ist gleichwohl anders. Die Beteiligten begegnen sich auf Augenhöhe, wahrscheinlich, weil der Staat insgesamt schwächer ist. Dabei spielt auch eine Rolle, dass staatliche Angestellte sich in ihrer Freizeit wie die meisten Amerikaner ganz selbstverständlich gesellschaftlich engagieren.

In den Vereinigten Staaten ist der zivilgesellschaftliche Bereich deutlich größer als in Deutschland. Nach einer Statistik des amerikanischen Arbeitsministeriums engagieren sich etwa 62 Millionen Amerikaner ehrenamtlich - mit insgesamt acht Milliarden Arbeitsstunden pro Jahr. Das Spendenaufkommen im Jahr 2009 lag bei 304 Milliarden US-Dollar, was im Schnitt knapp tausend Dollar pro Kopf entspricht. In Deutschland wurden im gleichen Jahr nur 2,1 Milliarden Euro gespendet, umgerechnet etwas weniger als 26 Euro pro Person.

An Selbstbewusstsein mangelt es den Engagierten dennoch auch in Deutschland nicht unbedingt, das hat unter anderem die Auseinandersetzung um den Stuttgarter Bahnhof gezeigt. In den Vereinigten Staaten zeichnet die zivilgesellschaftlichen Institutionen darüber hinaus aber häufig eine größere Professionalität aus. Es gibt auch mehr Qualifizierungsangebote für ihr Personal. An der Harvard Kennedy School of Government besteht beispielsweise ein eigenes Zentrum für den Non-Profit-Bereich.

Vor allem an vier Punkten macht sich diese Professionalität fest. Hiervon können deutsche Organisationen möglicherweise lernen:

a) Wenn große amerikanische Organisationen um Freiwillige werben, stellen sie oft den möglichen Gewinn für die Engagierten in den Vordergrund. Das Bellevue Hospital Center in New York ist beispielsweise für seine Freiwilligenarbeit bekannt, die auch deswegen als attraktiv gilt, weil man sich auf diese Weise für Gesundheitsberufe aller Art qualifizieren kann. Andere Organisationen stellen den Kontakt mit Gleichgesinnten in den Vordergrund.

b) Um Enttäuschungen zu vermeiden, wird der mindestens nötige Aufwand eines Engagements von Beginn an sehr klar benannt. Untersuchungen zeigen, dass auch in Deutschland viele Menschen weniger Zeit in soziales Engagement investieren wollen oder können, sie sich daraus aber deswegen nicht zurückziehen möchten. Professionalität bedeutet daher, passgerechte Möglichkeiten des Engagements auch für diejenigen zu erfinden, die entweder nur sporadisch oder in geringem Umfang Zeit für gemeinnützige Zwecke abzugeben möchten.

c) Die Kommunikation zwischen Freiwilligen und Organisatoren spielt eine größere Rolle. Schon seit Jahren werden soziale Medien wie Facebook intensiv genutzt, um über die Entwicklung von Projekten zu informieren. Das hilft erstens bei der Rekrutierung von jungen Engagierten und bietet zweitens auch für die Freiwilligen selbst viele Möglichkeiten, ihre Erfahrungen darzustellen und sich mit Gleichgesinnten auszutauschen.

d) Hinzu kommt schließlich eine andere Kultur der Anerkennung: Gemeinnützige amerikanische Organisationen werben mit Bildern ihrer Freiwilligen, loben den volunteer of the month aus und inszenieren Erfolge generell ganz anders als hierzulande. In Deutschland wird so etwas gern belächelt - aber womöglich stammt diese Haltung aus einer Zeit, in der man sich aus Pflichtgefühl für andere engagierte und dabei nicht auch für sich selbst Inspiration, Spaß, Austausch und Erfüllung wünschte.

Noch eine Beobachtung aus den Vereinigten Staaten erscheint relevant: In den USA kreist die öffentliche Debatte sehr viel stärker als in Deutschland um das Engagement der jüngeren Generation, das interessanterweise durch die Krise nicht zurückgegangen ist. Mehrere Untersuchungen und viele Beiträge in den Medien beschäftigen sich mit der Geisteshaltung der millennial generation, die um die Jahrtausendwende herum erzogen wurde und heute die amerikanischen Hochschulen besucht oder die ersten Jahre im Beruf verbringt. Ihnen wird ein ausgeprägtes Interesse an sozialen Fragen unterstellt, gleichwohl auch eine große Distanz zu den meisten Großorganisationen und vielen herkömmlichen Formen sozialen Engagements.

In Deutschland liegt es auf der Hand, sich für die Möglichkeiten des Engagements von Älteren zu interessieren, weil diese Generation über vielerlei Ressourcen verfügt und nicht in der Rushhour des Lebens steht, die den Jüngeren zu schaffen macht. Wer allerdings die Jungen als Verbündete für das Thema Wohlbefinden von Kindern gewinnt, hat vermutlich länger etwas davon - und schult ganz nebenher womöglich auch noch Eltern von morgen oder heute.

Praxisbeispiele aus den USA

Das Bostoner Afterschool-Programm

Dass in allen deutschen Bundesländern Ganztagschulen fehlen, wurde schon im dritten Kapitel deutlich (s. S. 61). In den Vereinigten Staaten sind die Strukturen auf den ersten Blick zwar ähnlich – sie werden aber auf eine familienfreundliche Weise durch Angebote der communities ergänzt. Der öffentliche Unterricht für Schüler, aber auch für Nachwuchs im Kindergartenalter findet in der Regel zwischen acht und 14 Uhr statt, manchmal dauert das Programm etwas länger. Dafür sind keine Gebühren fällig. Kinder, die nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen, werden mit dem Schulbus abgeholt und zurückgebracht. Das dauert lange, weil der Bus unterwegs an vielen Straßenecken hält. Niemand hat zur Haltestelle des Schulbusses einen weiten Weg.

Nach 14 Uhr beginnt das Afterschool-Programm, für das die Eltern bezahlen müssen. Die Teilnahme ist allerdings sehr preiswert; pro Kurs werden 20–50 Dollar pro Semester erhoben. Zum Angebot der Tobin School in Cambridge, einem Beispiel von vielen, gehörten: Ballett, Fußball, Herbst-Erkundungstouren, Yoga, Gymnastik, Handwerken und Basteln, Computerlabor, Klavierunterricht, Theater, Trommeln, Spanisch, Karate und vieles mehr. Jede Familie kann ein Programm zusammenstellen, das die durchgehende Betreuung des Kindes wahlweise bis 15, 16.30 oder 17.30 Uhr sicherstellt, auch Ruhe- und Spielplatzphasen mit entsprechender Betreuung können eingeplant werden. Selbst wer jeden Tag sein Kind bis zum Ende betreuen lässt, zahlt für ein hochwertiges Programm weniger als umgerechnet 200 Euro monatlich. Das ist weniger Geld, als in Deutschland in vielen Großstädten für den Hortbesuch am Nachmittag zu zahlen ist, der weniger Stunden abdeckt und weniger Qualität in der Betreuung bietet.

Möglich ist das durch eine Mischung aus elterlichem Engagement und vergleichsweise geringem Verwaltungsaufwand. Man muss sich das System, dessen Verwaltung von dem der Schule streng getrennt ist, ungefähr so vorstellen, als heuere eine Gruppe engagierter Eltern gemeinsam Lehrer für Fußball, Spanisch oder Yoga an und teile sich die Kosten. Die Räume stellt die Schule kostenlos zur Verfügung. Das Kursangebot wird von einer Angestellten der Stadt Boston, die ein Büro in der Schule hat und von etlichen Hilfskräften auf Honorarbasis unterstützt wird, gemeinsam mit den Eltern zusammengestellt. Den Nachmittagsunterricht bieten Laien an, die man in Deutschland beispielsweise an einer Volkshochschule treffen würde. Was sich nicht bewährt, wegen schlechter Qualität oder mangelndem Interesse von Eltern und Kindern, wird aussortiert.

Viele Lehrer werden von engagierten Eltern vorgeschlagen, die auch in großem Umfang mithelfen, wenn an besonderen Tagen eine große Halloween-Party oder ein Lebkuchenhaus-Backen stattfindet. Die Eltern organisieren Straßenmärkte, um Spenden einzutreiben. Die Schule ist ein Treffpunkt für die community, die sich dort abends auch zu Vorträgen oder zum Seniorensport trifft. An deutschen Schulen gibt es zwar Workshops, Sport- oder Musikangebote in den Räumen der Schule, aber kein Gesamtangebot in vergleichbarem Umfang.

Die Einführung von Afterschool-Programmen begann vor 10 Jahren etwa zeitgleich in fünf amerikanischen Großstädten. In Boston ist die Tradition noch älter und sah ursprünglich mehr basisdemokratische Entscheidungsgremien der Elternschaft vor. Die genaue Ausgestaltung unterscheidet sich – ohne Zweifel verfügen gerade die Schulen in Cambridge auch über eine überdurchschnittlich engagierte und gebildete Elternschaft –, doch das Niveau ist auch in anderen Stadtteilen hoch. Es sind auch nicht alle Teile von Cambridge wohlhabend, und für einen gewissen Ausgleich sorgt das Schulbus-System, das Kinder aus ärmeren Stadtteilen zu Schulen in Straßenzügen mit wohlhabenderen Bewohnern bringt. Sicher ist: Für Kinder von Eltern, die mit größerem Aufwand für ihre Kinder eine andere Betreuung organisieren könnten, ist das Afterschool-Angebot angenehm. Für ärmere Kinder ist es ein riesiger Gewinn.

Harvard College Stories for Orphans

Am Samstagvormittag gegen elf ist Storytime im großen Coop-Buchladen im Herzen von Cambridge, direkt am Harvard Square. Dann kommen Eltern mit kleinen Kindern, denen Harvard-Studenten im Untergeschoss des großen Buchladens vorlesen. Die jungen Amerikaner präsentieren auf diese Weise Bücher, die sie selbst für Kinder in Not verfasst und illustriert haben. Der Termin in Cambridge ist just for fun – die eigentliche Zielgruppe sind Waisenkinder in Entwicklungsländern, aber auch Kinder in ärmeren Teilen von Boston, denen ebenfalls regelmäßig vorgelesen wird.

Die Harvard Art School ermöglicht das Programm, indem sie junge Studenten mit Spaß am Erzählen und junge Illustratoren zusammenbringt und mit Materialien aller Art ausstattet. Gemeinsam können sie je ein Kinderbuch in geringer Auflage herstellen. Die Kosten tragen die Universität sowie mehrere gemeinnützige Stiftungen, die der Studenteninitiative helfen. Jedes Kinderbuch wird ganz gezielt für ein spezielles Kind in einem Waisenhaus eines armen Landes produziert und anschließend auch an dieses Kind geschickt. Die Studenten verpflichten sich, aus den fertigen Büchern vor Kindern ihrer community und in ärmeren Vierteln vorzulesen; dort werden die Bücher auch verschenkt. Alles zusammen soll die Lesekompetenzen dort stärken, wo der Kauf von Büchern selten ist, und nebenher die in vielerlei Hinsicht privilegierten Harvard-Studenten für die Schwierigkeiten vieler Familien sensibilisieren. Einige Kinderbücher werden gezielt auf Spanisch verfasst, um Familien in Latino-Vierteln zu erreichen. Die Studentenorganisation veranstaltet gelegentlich auch Feste in verschiedenen Teilen Bostons, bei denen Essen einer bestimmten Nation angeboten und zusätzlich aus verschiedenen Büchern vorgelesen wird.

Boston Children's Museum

Es gibt Museen, die süchtig machen – das Kindermuseum von Boston gehört dazu. Es ist ständig überfüllt trotz hoher Eintrittspreise, und am Ausgang sind immer wieder Kinder zu beobachten, die nicht gehen wollen. Kinder lieben das Angebot, Eltern mögen es, weil es pädagogische Inhalte spielerisch vermittelt – man kann im Museum beispielsweise in kleinen Experimenten lernen, welche Gegenstände warum auf Wasser schwimmen oder wie Elektrizität entsteht. Kindern wird vermittelt, was der Treibhauseffekt ist oder wie sich der Glaube von verschiedenen Religionsgemeinschaften unterscheidet.

Museen speziell für Kinder gibt es mittlerweile in mehr als einem Dutzend amerikanischer Städte und auch in einigen Großstädten Kanadas. Sie bieten Gelegenheit zum Lernen, zum Toben und Herumalbern. In Boston kann man unter anderem in einem aus Tokio importierten Haus mit japanischen Möbeln, Küchenutensilien und Lebensmittelpackungen den japanischen Alltag imitieren, man kann die Geheimnisse der Schwerkraft und der Elektrizität mit Experimenten ergründen oder an Bildschirmen ein Haus zusammenbauen und dabei nebenher etwas über Architektur erfahren.

Es liegt auf der Hand, dass sich solch eine Institution für viele Zwecke nutzen lässt: Man kann damit Familien die Idee der Integration näherbringen und beispielsweise das Verständnis für fremde Religionen verstärken. Man kann für die Idee des Klimaschutzes werben (was in Boston eine riesige Rolle spielt, aber nicht allen Besuchern gefällt) oder für gesunde Ernährung. Man kann auch Defizite von schwachen Schulen ein wenig ausgleichen – das Bostoner Kindermuseum hat tagsüber ständig Schulklassen zu Besuch und stellt dafür auch kundiges Personal zur Verfügung.

Das Museum erhält fast keine staatliche Förderung, sondern finanziert sich durch Spenden von Privatpersonen sowie vor allem von Unternehmen aus dem Großraum Boston. Hinzu kommen recht hohe Eintrittsgebühren, die sich aber durch Spezialmitgliedschaften stark verringern lassen. Viele gemeinnützige Organisationen wirken an der Konzeption und Weiterentwicklung mit; es gibt Patenschaften für bestimmte Räume oder Veranstaltungen. Insofern ist das Museum ein herausragendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement, das dem Wohlbefinden von Kindern in einem umfassenden Sinne dienen soll.

Edgerley Family Community Childrens' Center

Ein Besuch im Edgerley Family Community Childrens' Center ist gleichzeitig deprimierend und beeindruckend. Meist sind es sehr arme Eltern, die ihre Kinder hier zur Tagesbetreuung abgeben. Viele haben durch die Wirtschaftskrise nicht nur den Job, sondern auch Wohnung und Krankenversicherung verloren. Die Kinder sind oft schlecht ernährt und gekleidet: Man sieht die Verwahrlosung häufig schon an den Zähnen. Sie brauchen Hilfe. In dem kleinen Center in Bostons Problemstadtteil Roxbury scheint das Angebot zu stimmen. Es wurde mehrfach für seine gute Arbeit ausgezeichnet, die im Wesentlichen auf zwei Voraussetzungen beruht: erstens einer besonders engagierten Leitung, zweitens einer Art Coach in der Ferne – der weltweit arbeitenden National Association for the Education of Young Children. Deren Arbeit eignet sich trotz aller Unterschiede in der sozialen Situation in beiden Ländern teilweise als Vorbild für deutsche Institutionen. Sie liefert nämlich im Wesentlichen Standards und Informationsmaterial für die Kinderbetreuung, beispielsweise ein Curriculum mit genauen Angaben für die Arbeit der Betreuer mit den Kindern. Die Mitarbeiter des Zentrums in Roxbury waren von Beginn an von diesem Programm sehr überzeugt. Sie haben sich eng daran gehalten und anschließend eine fast zweijährige Evaluierung über sich ergehen lassen. Immer wieder mussten sie einen Teil ihrer Arbeit dokumentieren und mit Vertretern der National Association for the Education of Young Children über einzelne Maßnahmen intensiv diskutieren. Am Ende stand

eine Auszeichnung dieser Organisation. Das wiederum ermöglichte Fördergelder von anderen Institutionen und ließ nebenbei das Selbstbewusstsein bei den Beteiligten steigen.

Die Erfolgsgeschichte zeigt, dass sich durch Supervision auch mit vergleichsweise wenig Geld eine qualitative Verbesserung der Betreuung erreichen lässt. Das Beeindruckendste am Edgerley Family Community Children's Center ist das Verhältnis von Aufwand und Ertrag.

5

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Hans Bertram, Tine Stein

Die hier zusammengetragenen Beispiele und Schlussfolgerungen lassen sich in drei Handlungsfelder übertragen:

- a) die spezifische Verantwortung der Kommune,
- b) die Notwendigkeit zur vernetzten Kooperation zwischen den verschiedenen Institutionen und die Entwicklung einer breiten, vielfältigen Förderungsperspektive und
- c) die Entwicklung einer innovativen Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteuren.

a) Verantwortung der Kommune

Wenn der konkrete Lebenskontext, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, die Bedeutung hat, die ihm hier zugemessen wurde, kommt der kommunalen Ebene für die kindliche Entwicklung eine eigenständige Verantwortlichkeit zu, die weder vom Bund noch vom jeweiligen Bundesland übernommen oder gestaltet werden kann. Denn die Lebensbedingungen in den jeweiligen Nachbarschaften und Gemeinden sowie die Personen, die bereit sind, diese konkrete Lebensumwelt mitzugestalten, aber auch die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Lebensformen, ethnischen Gruppen und Altersstruktur setzen spezifische Lösungen vor Ort voraus. In diesem Sinne wird Familienpolitik und eine Politik für das Wohlbefinden von Kindern auch zu einer kommunalen Angelegenheit.

b) Vernetzung der Institutionen und Entwicklung einer breiten Förderungsperspektive
Politik für Kinder und Jugendliche wird in Deutschland nicht als einheitliche Aufgabe betrachtet, sondern orientiert sich an den klassischen administrativen und professionellen Strukturen des modernen Wohlfahrtsstaats. Gesundheitspolitik ist eine Angelegenheit der medizinischen Professionen, und die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gilt als medizinisches Thema, das gesundheitspolitisch in einen Kanon bestimmter Untersuchungen und Vorschriften übersetzt wird. Die gesundheitliche Situation wird jedoch nicht als Thema begriffen, das mit der sozialen Entwicklung von Kindern und der Ausdifferenzierung ihrer Fähigkeiten in Elternhaus und Schule ebenso eng verknüpft ist wie mit den Fragen der Verringerung von jugendlichen Lebensrisiken.

Das Gleiche gilt für andere städtische und staatliche Institutionen: z. B. die Schule, die die gesundheitliche Entwicklung von Kindern ihrerseits nicht als Thema interpretiert, das in schulische Lernprozesse gehört. Ursache für diese Zersplitterung des Umgangs mit Kindern ist nicht zuletzt die historisch gewachsene Struktur des Wohlfahrtsstaats, der die unterschiedlichen Entwicklungsbereiche von Kindern institutionell und professionell unabhängig voneinander organisiert hat.

Mit dieser Tradition hat 1990/91 das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG oder SGB VIII) gebrochen, das wesentlich auf den Ideen und Vorstellungen des Siebten und Achten Jugendberichts aufbaut. Prof. Rita Süßmuth, die Vorsitzende der Siebten Jugendberichtskommission, hat gleich nach ihrem Amtsantritt als zuständige Ministerin 1985 das Jugend-Wohlfahrtsgesetz (JWG) von 1923 infrage gestellt und das klassische obrigkeitsstaatliche Fürsorgemodell durch ein präventives Modell der Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen ersetzt. Dabei hat sie mit ihren Koautoren versucht, die schon damals in den USA erkennbare Entwicklung eines sozial-ökologischen Unterstützungsmodells über den gesetzlichen Rahmen des KJHG auf Deutschland zu übertragen. Die sozialpädagogische Familienhilfe als »Geh-Struktur« und Angebot an die Eltern sowie der Kindergartenausbau und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz waren ebenso Grundelement eines präventiven Modells zur Stärkung der Ressourcen der Eltern im Interesse der ganzheitlichen Entwicklung ihrer Kinder. Die sogenannten »freiwilligen« Leistungen des KJHG – oft die Basis für viele der oben beschriebenen Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe – werden zwar bei Spardiskussionen immer als Erstes infrage gestellt, jedoch bezieht sich die Freiwilligkeit auf eine Vielfalt von Angeboten, zwischen denen Eltern und Kinder freiwillig auswählen können, und nicht darauf, dass Kommunen die Angebote freiwillig bereitstellen können.

c) Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteuren
Infolge dieser neuen gesetzlichen Möglichkeiten haben sich in den Neunzigerjahren viele Initiativen entwickelt, in denen Eltern, teilweise gemeinsam mit Jugendämtern, versuchten, in Selbsthilfe die Lebensbedingungen für ihre Kinder zu verbessern.

Die »Bündnisse für Familien«, die Renate Schmidt während ihrer Amtszeit als Jugend- und Familienministerin initiierte, stellen den ersten breit angelegten Versuch der Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte dar, die sich für Kinder, Jugendliche und Familien einsetzen: Unternehmen, die Verantwortung für die Arbeitszeit und Kinderbetreuung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben, und Kommunen, deren verschiedene Ämter die zivilgesellschaftlich engagierten Bürger zusammenbringen, um gemeinsam den Prozess der Verbesserung der Entwicklungschancen von Kindern zu gestalten.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz, die Initiative zur Ganztagschule sowie die jüngste Kinderschutzgesetzgebung bilden eine neue institutionelle Struktur, in der traditionell getrennte Einrichtungen und Institutionen wie Krippe, Kindergarten, Schule, Gesundheitsämter und Arbeitswelt notwendigerweise kooperieren müssen, denn der Bildungsanspruch wird nicht mehr allein in der Schule umgesetzt, sondern auch in Hort oder Kindergarten und Krippe. Er gilt auch für Kinder und Jugendliche, die – aus welchen Gründen auch immer – in den jeweiligen Systemen scheitern. Sie haben nach diesem Konzept Anspruch auf individuelle Unterstützung und Förderung. Diese Ansätze lassen sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des KJHG realisieren. Das setzt allerdings die Entwicklung neuer Formen der Kooperation voraus, zwischen den in diesem Bereich tätigen professionellen Akteuren und den Eltern sowie anderen Personen, die sich um die Unterstützung von Kindern kümmern.

Eine besondere Herausforderung für ein solches Kooperationsmodell besteht darin, dass die Bürger, die solche Initiativen anregen und häufig auch weitertragen, persönlich über Kompetenzen und Potenziale verfügen, die in manchem über die professionelle Qualifikation der Mitarbeiter der beteiligten Ämter hinausgehen. Wer sich bei solchen Aktionen bürgerschaftlich engagiert, ist oft kein Laie, sondern ein hoch professioneller Mitbürger, der sich hier einem Bereich widmet, der nicht im Fokus seiner beruflichen Tätigkeit steht. Die Lebensläufe einzelner dieser Personen zeigen, dass die spezifische Professionalität in ihrem beruflichen Bereich äußerst hilfreich ist, um auch in anderen Bereichen professionell und zielorientiert zu handeln. Sozialarbeiter und andere Amtsmitarbeiter sind aber nicht immer trainiert, mit solchen lebens- und berufserfahrenen Bürgern angemessen umzugehen und ihre Stärken zu erkennen und konstruktiv einzubeziehen. Das gilt für die Führungspersonen und Gründer von Initiativen wie auch für viele weitere an den Initiativen beteiligte Bürger, die über vielfältige und hilfreiche Qualifikationen verfügen, die es auf Seiten der städtischen oder staatlichen Administration nicht unbedingt gibt. Hier ist also auch zu fragen, ob die Ausbildung vor allem in der Sozialen Arbeit solche Kooperationsformen bei der Aktivierung von Nachbarschaften und Gemeinden tatsächlich angemessen berücksichtigt.

Darüber hinaus kann die Evaluation der eingesetzten Ressourcen hinsichtlich ihrer Effizienz in dem hier skizzierten Ansatz nicht mehr die Aufgabe eines einzelnen Forschers sein, der für eine bestimmte Perspektive und ihre Umsetzung in die Praxis steht. Vielmehr braucht dieses Konzept immer auch den Nachweis, dass sich das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit den eingesetzten Maßnahmen tatsächlich verbessert hat.

Der Bericht »Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise« (Biedenkopf et al. 2009) hat die theoretischen Grundlagen dafür gelegt, nämlich für die Verknüpfung von Komponenten der kommunalen Verantwortlichkeit, für die ganzheitliche Interpretation der kindlichen Entwicklung als kindliches Wohlbefinden, für die Überwindung professioneller Spezialisierungen und für die integrative Zusammenarbeit verschiedener Ämter, die Vernetzung zwischen Ämtern und Bürgerinitiativen und die Neudefinition von Professionalität und speziellen Fähigkeiten zur Organisation von Nachbarschaft und Gemeinde. Alle diese Komponenten sind als Elemente einer Sozialpolitik zu begreifen, deren ausdrücklicher Bestandteil die kleinen Lebenskreise sind.

Für die Handlungsempfehlungen sind mehrere unabhängige Perspektiven zu benennen, die einander ergänzen und in ihrer Wirkung verstärken.

1. Entwicklungschancen von Kindern im kommunalen Kontext durch Aufklärung verbessern

Viele Kommunen und Landkreise haben inzwischen begonnen, Informationen zu den Lebensbedingungen von Kindern im Wege einer Sozialberichterstattung so aufzubereiten, dass die unterschiedlichen Informationen aus den einzelnen Institutionen zusammengeführt werden und dem Rat der Stadt als Information und Entscheidungsgrundlage dienen können. Die Aufgabe solcher Kinder- oder Familienberichte liegt

nicht allein darin, städtisches oder staatliches Handeln zu evaluieren, sondern hat auch die Funktion, die politischen Entscheidungsträger, die Öffentlichkeit, die Verwaltung und die interessierten Bürger über die Entwicklungsbedingungen von Kindern in ihrer Gemeinde aufzuklären.

Dieses Vorgehen ist außerordentlich sinnvoll. Hier ist zu fragen, ob bei dieser Berichterstattung die sechs Grunddimensionen kindlichen Wohlbefindens von UNICEF zugrunde gelegt und zwischen den Kommunen so abgeglichen werden können, dass auch die Stärken und Schwächen der einzelnen Standorte miteinander im Detail vergleichbar sind. Da diese sechs Dimensionen ihrerseits auf einem Tableau von mehr als 40 Indikatoren aufsetzen, ist es sicher noch ein langer Weg, bis solche Informationen vergleichbar vorliegen. Hier ist zu hoffen, dass einzelne (Groß-)Städte und Landkreise dieses integrative Modell trotzdem in ihre Sozialberichterstattung aufnehmen und damit entsprechende Informationen zur Aufklärung und zum Handeln konkret auf der kommunalen Ebene verfügbar sind.

Zudem kann ein institutionell verankertes Audit-Verfahren in den Kommunen eine Rückmeldung über den Stand der Bemühungen zur Verbesserung des Wohlbefindens von Kindern geben, wie es schon für Gleichstellungsfragen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekannt ist. Eine solche regelmäßige Berichtspflicht zwingt die Kommunen, die Effizienz und Effektivität ihrer Maßnahmen kritisch zu hinterfragen. Ein »Kinder-Audit« kann zugleich auch als Transparenz-Maßnahme der Verwaltung gelten, durch die sich Eltern, Initiativen und Kommunalpolitiker über bisher Erreichtes und schon gemachte Erfahrungen informieren können.

2. In den Metropolen beginnen

Die Metropolregionen in Deutschland unterscheiden sich strukturell in ihrer ökonomischen Entwicklung, ihren historischen Erfahrungen, ihrer Bevölkerungszusammensetzung und auch hinsichtlich der jeweils entstandenen Arbeitsmärkte. Solche Metropolregionen sind die Großräume Frankfurt, Hamburg, Berlin, Stuttgart und München, das Ruhrgebiet sowie der Großraum Köln und die Region Dresden/Leipzig. Sie dokumentieren im Detail die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren und stehen vermutlich auch für die Entwicklungsperspektiven in den nächsten Jahrzehnten. Bei diesen Metropolregionen handelt es sich nicht nur um die jeweilige Stadt, sondern auch um ihr Umland. Das Umland von München bildet zusammen mit München eine Region von fast sechs Millionen Einwohnern. Auch Frankfurt umfasst nicht nur die Stadt, sondern das ganze Umland, das nicht nur durch die zentralen Infrastruktureinrichtungen der großen Stadt beeinflusst wird, sondern auch seine Arbeitsmärkte nach dem Zentrum ausrichtet. Nach allen Prognosen (UN 2005) ist davon auszugehen, dass weltweit der Anteil der Menschen in solchen städtischen Räumen zunimmt, während die den Metropolen abgewandten Räume zunehmend Menschen verlieren.

Schon aufgrund dieser demographischen Entwicklungslinien und der enormen Widersprüchlichkeit der strukturellen Voraussetzungen in den genannten Regionen kann nicht von einer vergleichbaren Entwicklung in ganz Deutschland ausgegangen werden. So ist das Ruhrgebiet mit der untergegangenen Stahlindustrie kaum

vergleichbar mit den sich entwickelnden Software-Industrien in München oder der starken Orientierung der Region Stuttgart an der Verkehrsindustrie. Zudem sind auch Lebensformen und ethnische Zusammensetzung regional unterschiedlich. Ohne das hier im Einzelnen auszuführen, ist es wegen der heterogenen Entwicklung der Regionen sinnvoll, sich zunächst auf wenige Metropolregionen zu konzentrieren.

Wer etwa über Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende diskutiert, vergisst häufig, dass drei von vier Kindern in Deutschland bei beiden Eltern aufwachsen. Das gilt nicht für Berlin, wo heute die Hälfte aller Kinder bei einem alleinerziehenden Elternteil lebt, während in einer ländlichen Region Niedersachsens der Anteil unter 10% liegt. Für eine zielgenaue Unterstützungsleistung und die Vernetzung verschiedener Initiativen sollten daher zum einen die jeweiligen ökonomischen und sozialstrukturellen Entwicklungslinien der einzelnen Regionen in den Blick genommen und zum anderen die Varianz der Lebensformen berücksichtigt werden. So lässt sich sicherstellen, dass bei entsprechender Differenz in den ausgewählten Metropolregionen auch hinreichend Erfahrung gesammelt werden kann, wie solche Vernetzungsleistungen in den verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten tatsächlich möglich sind. Das gilt für die Vielfalt der familiären Lebensformen ebenso wie für die Vielfalt der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, für die Möglichkeit der Eltern, am Arbeitsmarkt zu partizipieren und anderes mehr.

3. Kindliches und elterliches Wohlbefinden gemeinsam betrachten

Es ist zu prüfen, ob das vorliegende Konzept des elterlichen Wohlbefindens als Indikatortableau für eine systematische Auswahl der Metropolregionen herangezogen werden kann. Das starke Plädoyer für die Auswahl von Metropolregionen soll keinesfalls die ländlichen Räume vernachlässigen. Doch sind die neuen Herausforderungen zur Unterstützung von Familien und Kindern vermutlich in den großstädtischen Kontexten dringlicher als in anderen Regionen. Das hat nicht unbedingt mit dem Reichtum einer Region zu tun, sondern eher damit, dass vor allem neue Lebensformen, wie Patchworkfamilien und Alleinerziehende, um nur zwei zu nennen, in diesen Regionen in der Regel häufiger vertreten sind. Zugleich bringt die regionale ethnische Vielfalt möglicherweise für die Kinder stärkere Widersprüchlichkeiten in Lebensvorstellungen und Perspektiven mit sich als in anderen Regionen.

4. Netzwerke fördern

Die inzwischen über 500 »Bündnisse für Familien« in Deutschland zeigen schon heute, dass das zivilgesellschaftliche Engagement auf der Basis bestehender gesetzlicher und institutioneller Strukturen zu einem wesentlichen Bestandteil der Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen werden kann. Diese Bündelung unterschiedlicher professioneller Gruppen hat bereits in der neuen Kinderschutzgesetzgebung und bei den Kinderbeauftragten in einzelnen Kommunen einen Rahmen gefunden, den es nun systematisch zu gestalten gilt. Dabei werden nicht in allen Metropolen die Netzwerke und Aktivitäten nach gleichen Mustern organisiert; vielmehr ermöglicht der mehrdimensionale Zugang zum kindlichen Wohlbefinden, spezifische Akzente genau in jenen Bereichen zu setzen, bei denen in der jeweiligen Metropole besondere Ansprüche und Probleme erkennbar sind. In Berlin leben überdurchschnittlich viele Kinder bei arbeitslosen Eltern und

gleichzeitig oft mit nur einem Elternteil, sodass sich hier die Netzwerke und Kooperationen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen eher auf die materiellen Existenzbedingungen von Familien und die Teilhabemöglichkeiten der Eltern am Arbeitsmarkt konzentrieren müssen als etwa in Stuttgart oder München. Dort ist weniger die Arbeitslosigkeit der Eltern das zentrale Problem der kindlichen Entwicklungsperspektiven als vielmehr die Durchlässigkeit des Schulsystems, das trotz einer insgesamt guten Kompetenzentwicklung der Kinder eine erhebliche soziale Benachteiligung mit sich bringt.

Die sorgfältige lokale Analyse des Wohlbefindens von Kindern eröffnet einerseits die Möglichkeit, die Schwerpunkte zur Verbesserung der Lebens- und Existenzbedingungen von Kindern in den jeweiligen kommunalen Kontexten zu identifizieren. Sodann bietet die Vernetzung unterschiedlicher staatlicher und städtischer Institutionen und zivilgesellschaftlichen Engagements die Möglichkeit, systematisch feine Impulse zu setzen. So ist in vielen Metropolen die Drop-out-Rate nicht aus dem Schulsystem, aber aus der Lehre relativ hoch. Solche Jugendlichen zu erreichen und die entsprechenden beruflichen Teilhabemöglichkeiten zu schaffen, setzt voraus, dass die örtlichen Handwerksbetriebe, produzierende und Dienstleistungsunternehmen gemeinsam mit der Schule und dem Hort Wege finden, damit diese Jugendlichen nicht entgleiten.

Eine solche vernetzte Perspektive zeigt, dass nicht eine einzelne Maßnahme, etwa die Ganztagschule, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen gleichsam von selbst verbessert. Vielmehr trägt erst die Kombination aufeinander bezogener Aktivitäten hauptamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements dazu bei, junge Menschen so zu fördern und spezifisch zu unterstützen, dass sich ihre individuellen Teilhabechancen systematisch verbessern, selbst wenn sie in der Schule nicht die erwarteten Leistungen erbringen. Genau diese Denkfigur hat James Heckman bei seiner Analyse des Perry School-Experiments herausgestellt (s. S. 74): In dieser Studie hatte die Unterstützung und Förderung der Kinder zwar keinen besonders großen Effekt für ihre Schulleistungen, aber ihre Teilhabechancen an der gesellschaftlichen Entwicklung, die Partizipation am Arbeitsmarkt sowie die Chance, das eigene Leben ohne Sozialhilfe zu gestalten oder auch stabile partnerschaftliche und familiäre Beziehungen zu leben, waren erheblich größer, als angesichts des nur gering verbesserten Schulerfolgs zu erwarten war.

Das mehrdimensionale Modell des kindlichen Wohlbefindens im Kontext einer netzwerkartigen kommunalen Organisation zur Verbesserung der Lebensbedingungen kann nicht nur direkte kausale Effekte einer Einzelmaßnahme auf die kindliche Entwicklung prüfen, sondern auch indirekte Effekte messen, die selbst zunächst nichts mit der jeweiligen Einzelmaßnahme zu tun haben, aber in einer langfristigen Perspektive die Lebensbedingungen von Kindern doch signifikant verbessern.

Über die Ebene der einzelnen Kommune hinaus könnte der Austausch zwischen kommunalen Netzwerkakteuren gestärkt werden. Metropolen und kleinere Kommunen mit vergleichbaren Herausforderungen könnten durch gemeinsame Professionalisierungsangebote voneinander lernen. Eine überregionale Diskussion über das ganzheitliche Konzept »Wohlbefinden von Kindern« könnte angeregt werden.

5. Partizipation von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen

Die Stärkung des subjektiven Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Anliegen bei der ganzheitlichen Förderung der kindlichen Entwicklung. Kinder müssen darin unterstützt werden, eigene Positionen zu beziehen, und die Möglichkeit haben, selbst zu gestalten und eigenverantwortlich zu handeln. Resilienzprogramme und Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche in Kommunen stellen eine Möglichkeit dar, Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgt in vielen Städten und Gemeinden bereits punktuell und projektbezogen (meist bei Projekten zur Umgestaltung von Stadtteilen, Schulgebäuden, Spielräumen) oder als formales Beteiligungsformat für kommunale Entscheidungsprozesse (etwa Jugendbeirat, Jugendparlament). Eine »echte« dauerhafte Partizipation wird in den meisten Fällen jedoch nicht gelebt. Gerade weil sie den konsequentesten Perspektivwechsel verlangt, könnte eine Förderung hier wichtige Impulse geben.

6. Aus- und Weiterbildung von kommunalen Verantwortlichen reformieren

Mehrfach wurde in diesem Bericht angemerkt, dass Professionalität und Spezialisierung in den sozialstaatlichen Dienstleistungen nicht darauf angelegt sind, mit bürgerschaftlich engagierten Akteuren umzugehen, die in ihrer Kompetenz und Professionalität auf gleichem Niveau agieren wie die Mitarbeiter städtischer und staatlicher Einrichtungen. Auch ist die kooperative Organisation von Kommune, Nachbarschaft und Unterstützungsnetzwerken bisher kein systematischer Teil der Ausbildung in Sozialer Arbeit an Fachhochschulen und Universitäten. Denn traditionell geht die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit ebenso wie das Quartiersmanagement in benachteiligten Quartieren davon aus, dass sich die Experten in den Ämtern oder in entsprechenden Projekten engagieren und dann Kinder, Jugendliche, Eltern oder auch Wohnungslose oder Arbeitslose und andere innerhalb eines Quartiers »organisieren«. Nach dem hier vertretenen neuen Ansatz, der das bürgerschaftliche Engagement strukturell einbezieht, muss diese hierarchische Top-down-Beziehung aufgebrochen werden, und es ist zu akzeptieren, dass Experten und Professionalität in der Nachbarschaft und der Gemeinde selbst zu finden sind. Das bedeutet auch, dass sich die Sozialprofessionellen von der Einzelfall-Betreuung zu einer moderierenden Funktion und der Arbeit in kooperativen Strukturen bewegen.

Das Brandenburger »Netzwerk Gesunde Kinder« ist inzwischen an vielen Orten aktiv. Dieser Ansatz macht sich zum Prinzip, Wissen und Kompetenz vor Ort zu gewinnen, statt es durch externe Experten oder fachliche Akteure aus Ämtern zu implementieren. Dieses Organisationsmodell »von der Basis her« lässt sich lernen. Inzwischen setzen sich einige Fachhochschulen dezidiert mit solchen Handlungsstrategien auseinander. Ein möglicher Ansatz liegt darin, die Ausbildungsmodule erfahrungsbasiert aus diesen Initiativen heraus zu entwickeln, ähnlich wie Hochschulen und Universitäten, um das Organisationswissen weiterzuvermitteln. Daneben gilt für das Selbstverständnis der institutionellen Akteure in den Ämtern, dass sie lernen, miteinander zu kooperieren und die Bürger von außerhalb als Experten zu akzeptieren und in Interaktion mit ihnen konstruktiv auf das gemeinsame Ziel hinarbeiten.

7. Gute Praxis fördern

Ein Förderwettbewerb für Initiativen mit einem ganzheitlichen Ansatz zum Wohlbefinden von Kindern kann Leuchtturmprojekte identifizieren, die Vorbilder für andere Initiativen und Regionen darstellen würden. Durch eine Auszeichnung und zusätzliche Förderung würden Phantasien beflügelt und der Ehrgeiz geweckt. Dieser Förderansatz setzt direkt bei guten Praxisbeispielen an und versucht, sie in ihrer Weiterentwicklung zu stärken. Mit einem Transferkonzept können die Erfolge in die Breite getragen werden.

Denkbar ist entweder ein breit angelegter Projektförderwettbewerb für gute Praxis oder die Auslobung eines Preises, der einzelne besonders herausragende Initiativen in ihrem Modellcharakter auszeichnet.

8. Forschungsbedarf

Über die neuen Formen in der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder auf kommunaler Ebene wissen wir sowohl in systematischer Hinsicht als auch in der Tiefe der kommunal vielfältigen Landschaft in Deutschland wissenschaftlich noch zu wenig. Es fehlt an Studien, die die Faktoren einer gelingenden Kooperation im Sinne einer echten Vernetzung von staatlichen Ämtern, Einrichtungen der Jugendwohlfahrtspflege, Akteuren des Gesundheitssystems (Ärzte, Krankenhäuser, Hebammen) und anderen Stellen untersuchen. Zudem besteht Forschungsbedarf in Bezug auf die Frage, welche intervenierenden Variablen hier eine Rolle spielen, etwa die unterschiedlichen Kommunalverfassungen in der Bundesrepublik und ein jeweils variierender Behördenaufbau, oder auch, inwiefern kulturelle Faktoren in Form regional differenter Formen des Engagements (»Landfrauen« oder Stadtteilinitiative) die neuen Kooperationen beeinflussen. Zudem gibt es in manchen Kommunen bereits eigene »Vernetzungs«-Institutionen in Gestalt einer Kinder-Ombuds-Person oder auch eines Kinderschutzbeauftragten. Es wäre sinnvoll, beispielsweise anhand der Implementation des neuen Bundeskinderschutzgesetzes zu untersuchen, wie die Verzahnung der relevanten Akteure – staatlich, öffentlich, zivilgesellschaftlich – in der Fläche gelingt, und auch, was finanzielle Fördermaßnahmen bewirken (wie jetzt die durch den Bund erhöhte Unterstützung von Netzwerken früher Hilfen). Auch könnte die wissenschaftliche Untersuchung der oben erwähnten »Bündnisse für Familien« unter dem Aspekt, inwiefern diese in besonderer Weise für die Verbesserung des kindlichen Wohlbefindens relevant sind, wichtige Erkenntnisse über die Veränderungen erbringen, bei denen Staat, bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Wir dürfen kein Kind zurücklassen.

9. Allgemeine gesellschaftliche Verantwortung

Es liegt ein hoher Anspruch darin, die integrative und gleichwertige Analyse der kindlichen Entwicklungschancen mit dem Konzept des kindlichen Wohlbefindens im kommunalen Kontext zu führen, die Perspektive institutionell getrennter Bereiche staatlichen und städtischen Handelns mit zivilgesellschaftlichem Engagement netzwerkförmig zu organisieren und zudem die Ausbildung der sozialprofessionellen Akteure so zu erweitern, dass sie auch Nachbarschaften und zivilgesellschaftliches Engagement organisieren und aktivieren können.

Das klassische Modell der Chancengleichheit, wie Dahrendorf es als »Bildung ist Bürgerrecht« formulierte, ging davon aus, dass jeder, der die Angebote von Schule und Ausbildung durchläuft, die seinen Fähigkeiten entsprechen, damit die notwendigen Voraussetzungen erwirbt, um sich in der Gesellschaft behaupten zu können.

Dieses meritokratische Modell kennt immer Verlierer, denn nicht alle verfügen über die nötigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die das System erwartet. Der hier skizzierte Ansatz erweitert das klassische Modell der Chancengleichheit um die Perspektive, dass auch diejenigen, die aus verschiedenen Gründen im Bildungs- und Ausbildungssystem wenig erfolgreich sind, nicht zurückgelassen werden dürfen. Das wird einmal dadurch erreicht, dass die Kinder und Jugendlichen auch unabhängig von ihren Leistungen und Fähigkeiten in ihrer Persönlichkeit so unterstützt werden, dass sie mit den Schwierigkeiten des Lebens angemessen umgehen können; in der Literatur hat sich dafür der Begriff der Resilienz durchgesetzt. Solche Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln sich bei Kindern vor allem dann, wenn sie in einem Kontext aufwachsen, der sie differenziert positiv fördert und akzeptiert, dass sich die Kinder individuell voneinander unterscheiden. Das bietet einerseits die Familie, was ein klares Votum für die Stärkung der Ressourcen der Familie ist. Das werden aber ebenso die Nachbarschaft, die Gemeinde und die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Gemeinde sein, die sich mit Kindern beschäftigen. Die stärkere Berücksichtigung des Kontexts und die Vernetzung der Lebenswelt von Kindern wird sich daran messen lassen, ob und inwieweit es gelingt, die Kinder auch in unterschiedlichen Lebenslagen stark zu machen. Denn nur starke Kinder, selbst wenn sie selbst nicht über alle Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, die eine wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft erwartet, werden die Möglichkeit haben, sich in der neuen und sehr komplexen Gesellschaft auch zu behaupten und ihre Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zu gestalten.

Mit dieser Perspektive wird das klassische Konzept der Chancengleichheit durch Bildung nicht nur infrage gestellt, sondern konstruktiv erweitert. Denn angesichts der demographischen Entwicklung geht es auch darum, dass die familiären wie außer-familiären Sozialisations- und Erziehungsprozesse keine »Verlierer« aus den Kindern machen.

Dies aber ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, insbesondere des Nahraums, in dem sich die Kinder und Jugendlichen bewegen und der von Familie, Nachbarschaft, Schule und anderen öffentlichen Einrichtungen gebildet wird. Es ist nicht nur Aufgabe einzelner spezialisierter Institutionen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine solche Perspektive liegen vor, und einzelne Ansätze haben bereits gezeigt, dass sich ein solches Engagement auch entwickeln lässt. Daher ist es nun angezeigt, solche Perspektiven als systematisches Element von Stadtpolitik und Politik für Kinder in den großen urbanen Metropolen zu entwickeln, in denen sich die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft entscheiden.

Literatur

- Baumert, J./Klieme, E./Neubrand, M./Prenzel, M./Schiefele, U./Schneider, W./Tilmand, K.-J./Weiß, M. (Hrsg.) 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen
- Baumert, J./Artelt, C./Klieme, E./Neubrand, M./Prenzel, M./Schiefele, U./Schneider, W./Tilmand, K.-J./Weiß, M. (Hrsg.) 2002: PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen
- Benedikt XVI. 2005: Deus caritas est, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
- Bertram, H. 2008: Die Zukunft von Kindern als Zukunft der Gesellschaft, in: Bertram, H. (Hrsg.): Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, München
- Bertram, H./Kohl, S./Rösler, W. 2011: Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012. Starke Eltern – starke Kinder: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe, Köln
- Bertram, H./Spieß, K. (Hrsg.) 2011: Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey Elterliches Wohlbefinden in Deutschland, Baden-Baden
- Bertram, H. 2012: Keine Zeit für die Liebe, in: Bertram H./Bujard, M. (Hrsg.) 2012: Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik. Soziale Welt, Sonderband 19, Baden-Baden
- Biedenkopf, K./Bertram, H./Niejahr, E. 2009: Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung
- Boddily, S. J. et al. 2010: Hours of Opportunity. Lessons from Five Cities on Building Systems to Improve After-School, Summer School, and Other Out-of-School-Time Programs, Rand Education
- Bode, I./Evers, A./Klein, A. (Hrsg.) 2008: Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland, Wiesbaden
- Bradshaw, J./Mayhew, E. (Hrsg.) 2005: The Well-being of Children in the UK, London: Save the Children.
- Brooks-Gunn, J./Wen-Jui, H./Waldfogel, J. 2010: First-Class Maternal Employment and Child Development in the First 7 Years. Monographs of the Society for Research in Child Development, Society for Research in Child Development, John Wiley & Sons
- Challen, A. R./Noden, P./West, A./Machin, S. 2009: UK Resilience Programme – Evaluation Interim Report, London: DCSF& LSE
- Challen, A. R. et al. 2010a: Evaluation of the UK Resilience Programme, Final Report (report for the Department for Education), Research Report DFE-PR097, London

Coleman, J. S. 1986: Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen, Weinheim & Basel

Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. 2008: Zivilgesellschaft und ›managerieller‹ Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als Teil instrumenteller Governance, in: Bode, s. o.

Dettling, W. 2008: Perspektiven der Bürgergesellschaft, in: Bode, s. o.

EU Hungarian TARKI Social Research Institute (Hrsg.) 2011: Child Well-Being in the European Union. Better Monitoring Instruments for Better Policies, by Gabos, A./ György, T., Budapest: TARKI Inc.

Federal Interagency Forum on Child and Family Statistics 2011: America's Children: Key National Indicators of Well-Being, Washington, DC

Friedeburg, L. v./Maier, H. 1995: Bildungsreformen im Rückblick: ein Dialog zwischen Professor Dr. von Friedeburg und Professor Dr. Hans Maier am 17. Oktober 1994 im Dominikanerkloster zu Frankfurt am Main, Frankfurt am Main

Hackenberg, H./Empter, S. 2011: Social Entrepreneurship – Social Business. Für die Gesellschaft unternehmen, Wiesbaden

Hoffmann-Riem, W. 2001: Modernisierung von Recht und Justiz. Eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates, Frankfurt am Main

www.americorps.gov/about/ac/history.asp

www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.231516.de

www.nationalservice.gov

www.UNICEF.de/aktionen/kinderrechte20/kurzinfo-was-ist-die-un-kinderrechtskonvention

www.volunteeringinamerica.gov

Irish National Economic & Social Development Office 2009a, 2009b: Well-being Matters: A Social Report for Ireland, Volume I, II, Dublin

Krappmann, W./Oswald, H. 1995: Alltag der Schulkinder. Beobachtungen und Analysen von Interaktionen und Sozialbeziehungen, Weinheim & Basel

Kroll, C. 2010: Erfolgreiche Interventionsstrategien zum Wohlergehen von Kindern, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung

Layard, R. 2005: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/New York

Lob-Hüdepohl, A. 2009: Starkes Wir, in: HerderKorrespondenz, 63. Jg., H. 5, Freiburg i. Br.

- McFall, S. L./Garrington, C. (Hrsg.) 2011: Early findings from the first wave of the UK's household longitudinal study, Colchester: Institute for Social and Economic Research, University of Essex.
- Mierendorff, J. 2010: Kindheit und Wohlfahrtsstaat, Weinheim & Basel
- Nisbett, R. E. 2010: Intelligence and How to Get It: Why Schools and Cultures Count, New York: W. W. Norton & Company
- Olk, T./Klein, A. 2008: Engagementpolitik – ein neues Politikfeld und seine Probleme, in: Bode, s. o.
- PROKIDS Institut für Sozialforschung der PROSOZ Herten GmbH, 2009: Wir sagen euch mal was: Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern in Deutschland, Recklinghausen
- Riedmüller, B. 2009: Ein neues Geschlechterverhältnis?, in: Biedenkopf, s. o.
- Schubert, H. 2010: Neue Arrangements der Wohlfahrtsproduktion – am Beispiel der Organisation von Netzwerken früher Förderung, in: Wendt, W. R. (Hrsg.): Wohlfahrtsarrangements – Neue Wege in der Sozialwirtschaft, Forschung und Entwicklung in der Sozialwirtschaft Band 6, Baden-Baden
- Sen, A. 2000: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien
- Shonkoff, J. P./ Phillips, D. (Hrsg.) 2000: From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development. Children, Youth, and Families Board on Development, Comitee on Integrating the Science of Early Childhood, National Research Council, Washington, D. C.
- Stein, T. 2009, Subsidiarität – eine Idee mit Geschichte, in: Biedenkopf, s. o.
- Stein, T. 2011: Global Social Entrepreneurship – Komplement oder Konkurrenz zu Global Governance, in: Hackenberg, s. o.
- UNICEF Innocenti Research Centre 2007: Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in rich countries. A Comprehensive Assessment of the Lives and Well-Being of Children and Adolescents in the Economically Advanced Nations. Innocenti Report Card No. 7, Florence
- Wilson, W. J. 1990: The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy, Chicago
- Wolf, M. 2009: Das lesende Gehirn: Wie der Mensch zum Lesen kam – und was es in unseren Köpfen bewirkt, Heidelberg
- Zigler, E./Styfco, S. J. 2004: The Head Start Debates, University of Michigan, P. H. Brookes, Pub

Autoren

Prof. Dr. phil. Hans Bertram (*1946). Seit 1992 lehrt und forscht er an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat den Lehrstuhl für Mikrosoziologie inne, seit 2004 Mitglied der Expertenkommission »Familie und demographischer Wandel« der Robert Bosch Stiftung, Bertram ist in zahlreichen Kommissionen, Beiräten, Ausschüssen und Arbeitsgruppen tätig.

Prof. Dr. Tine Stein (*1965): seit 2009 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie am Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Elisabeth Niejahr (*1965): seit Ende 1999 bei der »Zeit« im Berliner Hauptstadtbüro zuständig für politische, sozial- und wirtschaftspolitische Themen, stellvertretende Leiterin, Verfasserin zahlreicher Publikationen zum demographischen Wandel.

Roland Berger Strategy Consultants GmbH (RBSC): berät Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie öffentliche Institutionen in Fragen der Unternehmensführung, der strategischen Ausrichtung, über die Einführung neuer Geschäftsmodelle und -prozesse sowie Organisationsstrukturen. Verantwortlich für die Recherche waren Ina Wietheger, Partner von RBSC und Roland Emrich, Senior Project Manager.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart

www.bosch-stiftung.de

Mitarbeit

Robert Bosch Stiftung:

Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin

Otilie Bälz, Gruppenleiterin Gesellschaft und Kultur

Carolin Genkinger, Projektleiterin Familie und demographischer Wandel

Franziska Germer, Projektassistentin Familie und demographischer Wandel

Redaktion

Robert Bosch Stiftung GmbH

Lektorat

berliner buch.macher

Umschlaggestaltung

Tanja Frey, Robert Bosch Stiftung

Layout

siegel konzeption | gestaltung, Stuttgart

Druck

Typofactory Stuttgart GmbH

Copyright 2012

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-939574-29-3

